

autonomes **Blättchen**



HuppHupp Hurra!

**Zu Hause bei Familie Hupp in Hitzacker:
«Es war eindeutig Terror - die haben
einfach nicht aufgehört zu singen -
mindestens zehn Minuten lang.
Und Olaf war im Einsatz.»**



tatort

**#33
Juni-August 2018**

Hey,

Sie kommt nicht unerwartet aber mit Getöse, die G20-Repressionswelle. Die deutschen Bullen lassen europaweit Wohnungen und Zentren durchsuchen, Leute auf Wachen verschleppen oder Haftbefehle ausstellen. Und sie kündigen weitere Fahndungsoffensiven an. Lassen wir uns davon nicht ins Bockshorn jagen. Wir sollten uns in Erinnerung rufen, was für gute und erfolgreiche Aktionen letztes Jahr in Hamburg und in vielen anderen Städten gelaufen sind. Die Bullen versuchen jetzt nachträglich ihre Schmach in einen Sieg zu verwandeln, in dem sie zum großen Repressionsschlag ausholen. Uns ist wichtig, dass solidarische Menschen und politische Strukturen den konkret Betroffenen die Unterstützung zukommen lassen, die sie brauchen. Auch wenn Knast eine beschissene Bedrohung darstellt, wird die Offensive der Bullen politisch ins Leere gehen, wenn sie keine Abschreckungswirkung entfaltet. Im politischen Kampf wird es immer Gefangene und Verletzte geben. Das ist eine unabänderliche Folge revolutionären Strebens. Lasst uns deshalb sorgsam miteinander sein, während wir kämpfen. Unterstützt die von Repression Verfolgten!

Leider droht mit den neuen Polizeigesetzen noch mehr Ungemach. Dazu findest du einen Artikel im Heft. Der beschäftigt sich vor allem mit den politischen Zielen und Rahmenbedingungen. Wir denken, dass es ein sehr lohnenswerter Artikel ist. Ergänzen wollen wir, dass in

Bayern die DNA-Abnahme zur Feststellung der Identität jetzt bereits im Rahmen einer ED-Misshandlung möglich ist. Auch kann die sog. Erweiterte DNA, bei der Haar- und Augenfarbe sowie „Herkunft“ festgestellt werden, jetzt zur Fahndung benutzt werden – auch wenn nur eine Gefahr droht; also noch gar nicht passiert ist. Seit dem 25. Mai ist außerdem das neue BKA-Gesetz in Kraft. Auch die BKA-Büttel dürfen jetzt viel mit der „drohenden Gefahr“ begründen. Das BKA darf jetzt auch „Gefährder“ (ein Begriff, der ein Vorgehen gegen alle Missliebigen ermöglicht) mit Fußfesseln, Aufenthaltsvorgaben und Kontaktverboten drangsalieren.

Die Räumung in der ZAD, die massive Verfolgung von Anarchist_innen in Russland, Italien, Spanien und Frankreich – all das lässt 2018 ein schwieriges Jahr werden, angesichts des rechten Vormarsches. Außerdem regiert jetzt auch in Italien eine rassistische nationalistisch-populistische Schweinebande. Welche Erfahrungen gibt es aus linksradikaler Perspektive aus Österreich, Ungarn, Polen, Finnland, Tschechien,... Schreibt uns mehr Berichte und Einschätzungen!

Im Heft findest du noch viele interessante Texte. Leider mussten aus Platzmangel einige Texte draußen bleiben: „Sieben Thesen zum Riot“ und eine Dokumentation zum Berliner Aufstand 1980-82 mussten draußen bleiben. Auch die zugeschickte Analyse zum „Ausbleiben sozialer Kämpfe in Deutschland“ hat es nicht geschafft. Ebenso müsst ihr den Aufruf spanischer Amazon-Mitarbeiter*innen zu Aktionen in der zweiten Juli-Hälfte auf makeamazonpay.org nachlesen.

Wir wissen, die Liste der nicht abgedruckten Texte ist viel zu lang. Wir freuen uns über die vielen Zusendungen, aber das Geld reicht derzeit nicht einmal um viermal im Jahr mit je 60 Seiten zu erscheinen. Bitte nehmt daher unseren Bettelbrief auf der letzten Seite ernst; verbreitet ihn und spendet ans Blättchen!

Impressum:

Nr. 33 Juni-August 2018

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail:

autonomes-blaettchen@nadir.org

neuer PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint: (NEU !!!)

962E E3CF F873 19AA 5647
5D93 E37A 4489 E058 5969

Post:

Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

Homepage:

autonomesblaettchen.noblogs.org

Alle Ausgaben gibt's auch online. Außerdem könnt ihr uns Texte etc., anonym und ohne Angabe einer e-Mail-Adresse, über die Kommentarfunktion unserer Homepage schicken. Wie das funktioniert, wird dort erklärt.

Einsendeschluss:

normalerweise alle drei Monate:

1. September, 1. Dezember, 1. März, 1. Juni

ViSdP:

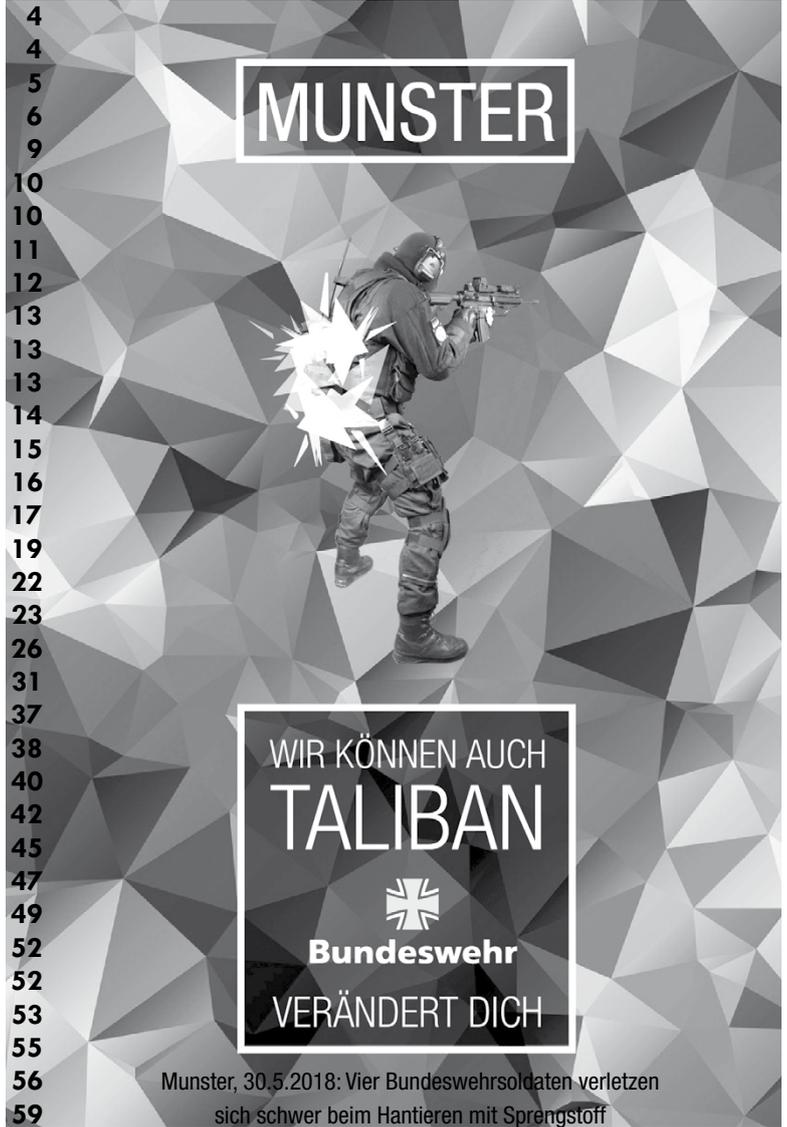
Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover



In diesem Blättchen...

Archiv von linksunten.indymedia.org
Anmerkung zum Text „Krawall und Kontrolle“
Reiseführer für Krawalltouristen
Antifa: „Gib mir irgendwas, das bleibt“
Eine Antwort zur Antifa Diskussion
Loslegen
Aufruf zur Verteidigung des Hambacher Forst
Rheinmetall entwaffnen – Krieg beginnt hier
Sabotage gegen Rheinmetall
MAD fürchtet Anschläge auf die Bundeswehr
Sabotage bei Krauss-Maffei Wegmann
Fight4afrin – Feuer gegen Istikbal in Berlin
Fahrzeuge der LVZPost verbrannt
Farbe gegen DVCK, TFP und Ikaru Verlag
Farbe gegen Christustreff
G20 Prozesse
G20 Sonderausschuss, Razzien und Widerstand
ANKER-Zentren verhindern!
Zum neuen Polizeigesetz
Zur Gesangsaktion in Hitzacker
Brief von Andreas Krebs
neue Repression gegen Anarchist*innen
Unruhe in den „Cités“ von Toulouse
Der 1. Mai in Paris
Schocktherapie auf Französisch
Yogyakarta, Indonesien
Retour au Caire
Herrschaftsnetze sind angreifbar
Stromausfall: deutschlandweiter Netzeinbruch
Facebooks automatische Suizidkontrolle
Start-Up-City angegriffen
Den Staat von morgen angreifen!
Chronik
Bettelbrief

4
4
5
6
9
10
10
11
12
13
13
13
14
15
16
17
19
22
23
26
31
37
38
40
42
45
47
49
52
52
53
55
56
59



MUNSTER

WIR KÖNNEN AUCH
TALIBAN



Bundeswehr
VERÄNDERT DICH

Munster, 30.5.2018: Vier Bundeswehrsoldaten verletzen sich schwer beim Hantieren mit Sprengstoff

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

autonomes
Blättchen



Spenden:

Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

Info zu unserer Sprachpolitik:

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Archiv von linksunten.indymedia.org

Aus Fragmenten entsteht ein linksunten.indymedia.org Archiv. Dieses Archiv kommt aus dem Cyberspace, der neuen Heimat des Geistes.

Es entsteht aus Fragmenten von linksunten die der Zeitmaschine von Archive.org entstammen. Nach und nach wird es mehr Bilder, Downloads, Texte und Metadaten geben.

Die Wachposten an den Grenzen des Cyberspace werden den Virus der Freiheit für eine Weile eindämmen können, aber sie werden ohnmächtig sein in einer Welt, die schon bald von digitalen Medien umspannt sein wird.

<http://gms4gxm7w3pyqykk.onion/>
(Nur mit dem TOR-Browser abrufbar)

Für die Klagen gegen das Verbot und die Unterstützung der Betroffenen:

Spendenkonto

Empfänger: Rote Hilfe OG Stuttgart
IBAN: DE66 4306 0967 4007 2383 13
BIC: GENODEM1GLS
Stichwort: linksunten

Anmerkung zum Text „Krawall und Kontrolle“

(aus Autonomes Blättchen #31, Dezember 2017)

Hamburg im Sommer war schön. Und es ist äußerst genussvoll, die vielen wunderbaren Resümees verschiedener Gefährt*innen zu lesen. Schon in der Vergangenheit störte uns jedoch, wenn aus dem Mangel eines eigenen Programms eine Selbstdefinition nur über Abgrenzung möglich scheint. So blickt aus manchem Text oft mehr Distanzierung als eigenständige Entwicklung linksradikaler Gedanken.

Die Interventionistische Linke und Ums Ganze sind nicht unsere Freund*innen, mit und neben denen wir uns bewegen. Ja, wir halten sogar eine Kritik an der IL für wichtig, die sich auf deren schwache ökonomische Analyse bezieht und auf die reformerischen Inhalte beispielsweise in stadtpolitischen Forderungen nach „bezahlbaren Mieten“ – ohne das auf Profite ausgelegte System des Kapitalismus beim Namen zu nennen.

Aber der konkret nicht belegte Vorwurf, dass die IL Krawall ablehne, berücksichtigt nicht, dass die Gruppe eine Entwicklung durchgemacht hat. Dass sie eine andere geworden ist, erblicken wir an ihrer Pressearbeit während des G20-Gipfels. Im Gegensatz zu anderen, unvorbereiteten, überforderten und – was das traurigste ist: – allein gelassenen Pressesprechern war von ihnen keine Distanzierung oder ablehnende Haltung gegenüber den Riots wahrzunehmen, auch nicht nachdem aufgrund der unkontrollierbaren, teils internationalen, teils migranischen Gäste in der Schanze die Hoheit der Polizei – und teils sogar unsere eigene – außer Kraft gesetzt wurde.

Ein Beleg: Am G20-Samstag schrieb die IL auf Facebook: „Der gestrige Tag war für uns alle ein Erfolg. Heute wollen und werden wir uns das nicht nehmen lassen. Warum auch. Die Demonstration „Grenzenlose Solidarität gegen G20“ wird der Abschluss der Vielen – der Hamburger*innen, der angereisten Aktivist*innen, der Neu-Politisierten. Jetzt erst Recht. Ja gestern gab es Bilder von Menschen, denen der Kragen geplatzt ist. Es gab aber gleichzeitig all jene die ein Schanzenfest zelebrierten,

jene die sich zusammen stellten, jene die den Tag gemeinsam als Erfolg feierten.

Und als die Polizei mit jenem von ihr herbeigeredete Szenario konfrontiert ist, reagiert sie mit bürgerkriegsähnlichen Maßnahmen. Aus einer Straßenschlacht wurde ein Riot. Jeden Versuch, dies als Anlass zu nehmen, die Proteste zu diffamieren, weisen wir entschlossen zurück. Für uns als IL – als Teil von Block G20 – heißt es auch heute, dass wir gemeinsam zusammen stehen. Wir knüpfen an den Mut und das Vertrauen an, dass wir in den letzten Tagen hier in Hamburg zueinander gewonnen haben. See you on the streets.“

Bei den Aktionen am G20-Freitag (nicht bei den Demonstrationen!) waren allen die genauen Wege und Ziele unklar. Man startete am verabredeten Ort, alles weitere war von Spontaneität bestimmt, in der Elbchaussee genauso wie bei Block G20, am wenigsten vielleicht noch im Hafen. Die Gefährt*innen in der Elbchaussee schlugen bald einen Weg ein, der vom reichen Teil der Straße wegfürte – da wünschte man sich doch etwas mehr Kontrolle und Planung. Genauso wenig „durchorchestriert“ waren die Blockaden in der Innenstadt: Es gab sicher keinen Plan, ausgerechnet Frau Trump an genau dieser Stelle auf Stunden festzusetzen.

Nahezu alle Aktionen an diesem Tag sahen bewusst den Gesetzesbruch vor, den Ausbruch aus herrschenden Regeln und Gewalt. Allen, die Wert auf Medienöffentlichkeit legen – auch IL und UG -, ist bewusst, dass erst der Krawall die Bilder und damit den gemeinsamen Protest in die internationale Presse bringt. Das emotionale Gefühl „Wir haben es geschafft. Wir können siegen“ kam an allen Orten des Protests auf und spornte zu weiteren Taten an. Dieses gemeinsame gilt es – bei allen Differenzierungen – festzuhalten.

IL und UG machen ein öffentliches Angebot für viele, die sich eine Beteiligung bei uns (noch) nicht zutrauen oder gar keine Chance haben, uns kennenzulernen, weil wir für sie nicht erreichbar sind.

IL und UG ermöglichen mit ihrer Massenmobilisierung erst Events, bei denen es zu Krawallen kommen kann. Darin liegt eine Bedeutung, die in den bisherigen Resümees nicht gewürdigt wurde.

Chrissie Malberg und Marie Trichotillo

Reiseführer für Krawalltouristen

Am Wochenende des 30. Juni/01. Juli trifft sich die AfD zu ihrem Bundesparteitag in Augsburg. Das werden viele Antifaschist*innen zum Anlass nehmen, um gegen die AfD und vor allem ihr völkisch-rassistisches bis hin zum Teil offen nationalsozialistisches Weltbild zu demonstrieren. Bei vergangenen Parteitagen der AfD, etwa in Stuttgart, Köln oder Hannover wurde dabei vor allem versucht, die direkte Anreise der AfD-Mitglieder zum Tagungsort zu verhindern. Teilweise durchaus mit einigem Erfolg, verhindert werden konnte dadurch jedoch keiner der AfD-Parteitage und auch dieses Mal ist keineswegs zu erwarten, dass es gelingt, den AfD-Parteitag zu verhindern.

Die letzten Male haben sich die Aktionen vor allem auf Personenblockaden der direkten Zufahrtswege zum Gelände des Parteitags konzentriert. Hunderte Menschen haben dort die Straßen blockiert, um die Anreise der Teilnehmer*innen zum AfD-Parteitag zu verhindern. Das ist eine starke Aktionsform, die sicher auch beim AfD-Parteitag in Augsburg wieder einigen Erfolg erzielen kann. Trotzdem hat diese Aktionsform einige erhebliche Schwächen, die möglicherweise durch zusätzliche Aktionsformen ausgeglichen werden können. Gerade Messegelände wie das in Augsburg liegen oft entlegen außerhalb der Stadt. Hier ist es ohne allzu große logistische Einschränkungen und mit einem verhältnismäßig geringen Polizeiaufgebot möglich, das für Blockaden relevante Gebiet abzusperren. Gelingt es dann doch, einen Zugang zum Messegelände zu blockieren, ist die Blockade recht schnell geräumt.

Vorteile einer solchen Personenblockade sind dagegen der verhältnismäßig geringe Aktionskonsens – etwa im Vergleich zu militanten Aktionen – und das damit einhergehende große Mobilisierungspotenzial, ebenso wie eine sehr groe Effektivität – ist es einmal gelungen, die direkten Zugänge zum Messegelände zu blockieren, können diese Blockaden nicht umfahren werden, sondern die Teilnehmer*innen müssen warten, bis die Blockade geräumt ist. Wir wollen dieses Konzept daher nicht verwerfen, sondern eine Erweiterung dieses Konzeptes vorschlagen:

Wir glauben, dass es viele Menschen gibt, die einen höheren Aktionskonsens haben und wir sind sicher, dass es tausende von Möglichkeiten gibt, in die Logistik des AfD-Bundesparteitags einzugreifen. Außerdem glauben wir, dass es nicht reicht, die AfD für die momentane Zuspitzung der Verhältnisse in Deutschland verantwortlich zumachen, sondern sind der Überzeugung, dass diese Zuspitzung viele Schauplätze in der gesamten Gesellschaft hat, die wir ebenfalls angreifen müssen. Daher wollen wir vorschlagen, anlässlich des AfD-Parteitages in Augsburg mit vielen kreativen und dezentralen Aktionen an vielen

solchen Schauplätzen gegen Rassismus, Sexismus, Nationalismus, Antisemitismus und alle anderen Formen von Diskriminierung zu protestieren. Wir wollen vorschlagen, die Angriffspunkte der Logistik des AfD-Parteitages in ganz Deutschland aufzuspüren und wahrzunehmen, um so den Protesten am Augsburger Messegelände den nötigen Raum zu verschaffen.

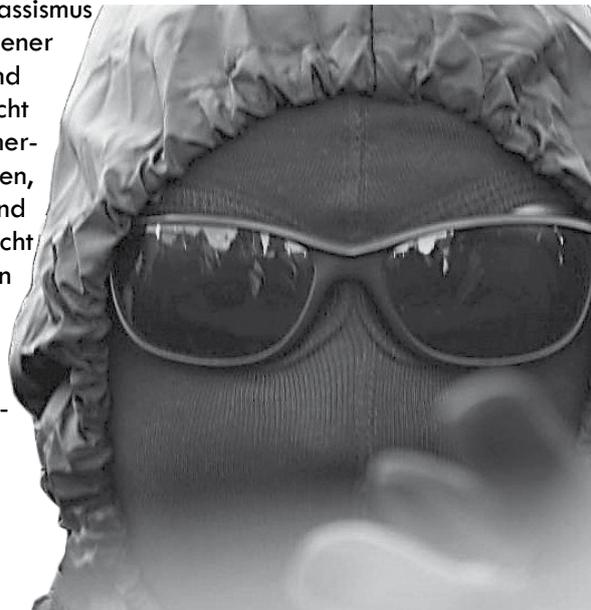
In diesem Reiseführer haben wir deshalb sowohl einige der logistischen Aspekte des AfD-Parteitags, die wir interessant finden, als auch Schauplätze der alltäglichen Diskriminierung in Augsburg dokumentiert. Wir hoffen euch damit viele Ideen für eigene Aktionen zu geben.

Auf unserer Webseite findet ihr Aktualisierungen, noch mehr Fotos und Kartenmaterialien:

<https://augsburgfuerkrawalltouristen.noblogs.org>

AUFRUF ZUM KRAWALL

Den AfD-Bundesparteitag am 30.06./01.07.2018 in Augsburg angreifen! Wir erleben in Deutschland derzeit eine deutliche Veränderung des politischen Klimas. Rechte Positionen sind nicht nur auf dem Vormarsch, sie haben in weiten Teilen der deutschen Mehrheitsgesellschaft bereits um sich gegriffen. Rassistische Klischees, antisemitische Stereotype, antifeministische Hetze und antiziganistische Verhetzungen – alles nichts Neues, möchte mensch als Beobachter*in der postnational-sozialistischen deutschen Gesellschaft sagen, doch innerhalb der letzten Jahre haben sich die Entwicklungen überschlagen: Einst nur hinter vorgehaltener Hand geäußerte, menschenverachtende Meinungen werden zunehmend hemmungsloser öffentlich geäußert und stoßen durchaus auf breite Zustimmung, die Zahl der Übergriffe auf augenscheinlich außerhalb einer deutschen Vollksgemeinschaft verortete Menschen ist drastisch gestiegen, der Staat bringt seinen institutionellen Rassismus immer unverhohlener zum Ausdruck und schreckt auch nicht davor zurück, unerwünschte Personen, die in Deutschland Schutz und Zuflucht suchen, in Lagern zusammenzuroten und zum Teil sogar entgegen der eigenen Gesetze zu deportieren.



Gleichzeitig werden die rechten Forderungen nach einem starken Staat in den Gesetzen verankert. In Bayern, aber vermutlich bald auch in ganz Deutschland, werden mit dem neuen Polizeiaufgabengesetz die Befugnisse der Polizei ausgeweitet, wie seit dem Ende der NS-Herrschaft nicht mehr. Zuvor wurden mit sogenannten „Integrationsgesetzen“ bereits Gesetze verabschiedet, die das „Deutsch-Sein“ bzw. in Bayern das „Bayerisch-Sein“ normiert und sämtliche Abweichungen von dieser Norm unter Strafe gestellt haben.

Diese Zuspitzung hat ihre Schauplätze in der gesamten Gesellschaft. Während die rassistische Mitte dankbar die Parolen der extremen Rechten aufgreift, fällt es sogar weiten Teilen der deutschen Linken nicht schwer in diesen Chor der Ausgrenzung einzustimmen:

Nachdem die Essener Tafel ganz in Manier des damaligen „Winterhilfswerks des Deutschen Volkes“ bestimmte, Hilfsleistungen in Zukunft nur noch Deutschen zu gewähren, fühlte sich Sarah Wagenknecht – Fraktionsvorsitzende der Partei „Die Linke“ – noch bemüht, diese zutiefst rassistische Entscheidung zu verteidigen.

Die AfD ist als extrem rechte Partei, deren „Flügel“ offen mit nationalsozialistischen Ideologien kokettiert, zwar ein wichtiger Akteur dieser rechten und autoritären Zuspitzungen in der Gesellschaft, doch es wäre falsch, sie als Urheberin zu verkennen. Schon auf Ebene des Parteienspektrums unterscheidet sich das Programm der CSU kaum von dem der AfD und schon zu Zeiten von Franz-Joseph Strauß vertrat die CSU diese Positionen. Und es sind letztlich die Forderungen der AfD, die CDU/CSU und SPD in der Regierung umsetzen, während sie die AfD zugleich als demokratiefeindlich brandmarken.

Auch auf gesellschaftlicher Ebene hat die AfD kaum neue Impulse im Hinblick auf Rassismus und andere menschenfeindliche Ideologien gesetzt. Sie hat die Parolen der Stammtische in die Politik getragen und damit – gemeinsam mit anderen Akteuren der extremen Rechten – eine Welle des „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“ losgetreten.

Es ist also die Gesinnung der Deutschen, die sich seit der Niederschlagung der NS-Herrschaft kaum ernsthaft gewandelt hat, die für j den politischen Wandel unserer Zeit verantwortlich ist. Es ist die Gesinnung jener, die in jedem Ort ein Denkmal zu Ehren der gefallenen deutschen Soldaten, nicht jedoch zum Gedenken an die deutschen Verbrechen, aufgestellt haben. Es ist die deutsche Mehrheitsgesellschaft mit all ihren Schauplätzen rechter Gesinnung, gegen die sich unser Widerstand und unsere Wut richten muss.

Deshalb rufen wir anlässlich des AfD- Parteitags in Augsburg zur Revolte gegen das Kollektiv der Deutschen auf. Wir wollen nicht nur der AfD den Kampf ansagen, sondern unseren Krawall gegen jedes Kriegerdenkmal, gegen jede Repressionsbehörde des Staates, gegen jedes Parteibüro einer rassistischen Partei, gegen jeden Kollaborateur eines erneut aufkeimenden Faschismus richten.

Setzen wir in Augsburg ein Zeichen und zeigen der deutschen Mehrheitsgesellschaft, dass jede rassistische, jede antisemitische, jede antiziganistische, jede antifeministische Aggression ihren Preis hat und von uns nicht unbeantwortet bleiben wird!

anonym

Antifa: “Gib mir irgendwas, das bleibt”

Überlegungen und Reflexionen über die Notwendigkeit, Pogrome zu verhindern

“Pogrome verhindern, bevor sie passieren!” – So oder so ähnlich waren Aufrufe und Texte noch vor wenigen Jahren überschrieben. Demonstrationen und Interventionen richteten sich richtigerweise gegen die “aktuelle Welle von rassistischer Hetze, Gewalt und Brandanschlägen. Diese sollten bekämpft und eingegrenzt, Rassismus als Problem erkannt und benannt werden. Der Anspruch, “Gesellschaft so zu gestalten, dass alle Menschen hier ohne Angst und Ausgrenzung leben können“, wurde formuliert.

Dabei wurde Heidenau nur als “weiterer dramatischer Höhepunkt” erkannt, neben Schneeberg, Rackwitz, Wolgast, Freital, Clausnitz, Einsiedel, Dresden, Meißen, Bautzen und vielen weiteren Orten, die in den vergangenen Jahren Schlagzeilen machten. Wurzeln reißt sich spätestens seit Mitte Januar diesen Jahres in die Aufzählung ein.

Die Notwendigkeit des antifaschistischen Eingreifens war klar gegeben. Nach wiederholten Übergriffen auf Ge-

flüchtete im Ort riefen lokale Neonazis für das Wochenende vom 19.-21. Januar 2018 zur Bildung eines Mobs auf. Unter der damaligen Informationslage musste dies als Bedrohung für alle im Ort befindlichen Geflüchteten ernstgenommen werden. Die Möglichkeit eines rassistischen Pogroms stand im Raum, gerade vor dem Hintergrund der rassistischen Mobbildung nach Pfingsten 2017.

Letzter Zeitpunkt für Antifaschist*innen also, um gegenzusteuern. Was gemeinhin als “Feuerwehr-Politik” beschrieben wird und das notwendige Einschreiten von Antifaschist*innen in solchen akuten Fällen benennt, galt in Debatten über Jahre hinweg zwar als zu wenig für eine erfolgreiche Antifa-Strategie, aber doch als logisch notwendige Mindestaktion. Dieser Mindeststandard und geteilter Konsens über Streitpunkte in der antifaschistischen Linken hinweg scheint hier im Nachhinein allerdings in Frage gestellt. Wenige Menschen aus der antifaschistischen Szene Leipzigs kamen zur gemeinsamen Anreise.

Die Möglichkeit einer Intervention im Ernstfall war dadurch kaum gegeben. Es muss auf die Dringlichkeit der Situation hingewiesen werden. Wenn es um den konkreten Schutz von Menschen geht, muss unnötigen Überlegungen zu Ausrichtung, Wirkung und Rezeption einer Aktion eine Absage erteilt werden. In einer solchen Situation sollte der Konsens gelten, den Fokus darauf zu richten, was notwendig ist, um Menschen nicht zu Opfern eines rassistischen und nationalistischen Mobs werden zu lassen.

Im Nachhinein gab es keine wirkliche Auseinandersetzung zum Geschehen (zumindest ist uns keine bekannt) oder auch nur Ansprache dieses Versäumnisses von antifaschistischer Seite. Anscheinend vollzog sich in den vergangenen Jahren in mehrerlei Hinsicht ein strategisches Umdenken. Verkürzt ließe sich dies als "Masse statt Kritik" sowie "Nachhaltigkeit statt Intervention" zusammenfassen.

Da bisher kein Anstoß unternommen wurde, dieses Versäumnis aufzuklären oder überhaupt als solches zu erkennen, wollen wir die Debatte anstoßen, um in Zukunft mittels Zusammenarbeit innerhalb antifaschistischer Strukturen Betroffene von rechter Gewalt zu bestmöglich unterstützen.

Inhalte überwinden – Masse statt Kritik?

Dabei sind theoretische Analysen und Textdiskussionen aus Plena und Gruppen heraus eine wichtige Basis für einen linken Diskurs. Eine sichtbare und nach außen hin wahrnehmbare Intervention kann nur in den Orten selbst erfolgen. Gerade in Sachsen haben die letzten Jahre bewiesen, dass es eine breite Zivilgesellschaft, die auch unabhängig von antifaschistischen Demonstrationen oder Kundgebungen in den Städten und Dörfern aktiv gegen rassistische Mobilisierungen intervenieren würde, kaum noch gibt. Vor allem ist dabei auch keinesfalls Verlass auf Kommunalverwaltungen oder Polizei.

Ganz im Gegenteil: In vielen Fällen wurde die Polizei-Präsenz vor Ort erst dann massiv erhöht, als linker Gegenprotest gegen rechte Aufmärsche zu erwarten war. Infolge rassistischer Übergriffe kommt es nicht selten durch Behörden zu Verharmlosungen oder einer Täter-Opfer-Umkehr. Andernfalls konnte der rassistische Mob in den meisten Fällen weitestgehend ungestört agieren. Dabei können sich die Täter*innen bei Angriffen auf Geflüchtete oder deren Unterkünfte auf (moralische) Unterstützung aus der Bevölkerung berufen.

Ein vehementer Widerspruch blieb fast immer aus, sodass sich Rassist*innen in ihrem Handeln oft bestärkt fühlten. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass dies auch auf die lokale Verbundenheit zwischen den Täter*innen und der zustimmenden oder schweigenden Bevölkerung zurückzuführen ist. Seit jeher werden Antifaschist*innen als das größere Übel angesehen und die selben Argumentationen gegen "die Zecken / die Antifa aus den großen Städten" hervorgebracht. Neu ist dies nicht.

Umso erstaunlicher ist es dann, dass bei antifaschistisch organisierten Aktionen immer häufiger sichtbar wurde, dass Teilnehmer*innen vor Ort gänzlich unvorbereitet und anscheinend recht planlos waren. Das ist schlichtweg gefährlich!

Die Organisator*innen von Demonstrationen oder Kundgebungen können nicht auf alle Eventualitäten vorbereitet sein und tragen auch nicht die Verantwortung für alle Anwesenden. Zu beobachten war eine stärker werdende "Konsument*innenhaltung": einfach hinfahren, herumstehen bzw. mitlaufen und, falls möglich, zeitig wieder zurück sein. Aber eine Organisation in Bezugsgruppen, ein geschlossenes Auftreten von der Anreise im Zug bis zum Ende der Veranstaltung, das Mitbringen von Transparenten, Achtgeben auf den eigenen Schutz und den der Demonstration, das Anschauen einer Karte der Örtlichkeit im Vorfeld und vielleicht ein Plan B für die Rückreise – diese Vorbereitungen wurden oftmals nicht getroffen. Jene "Konsument*innenhaltung" kann als Folge eines schwindenden Organisationsgrads von Bezugsgruppen begriffen werden.

Hier bedarf es einer Reflexion der eigenen politischen Praxis, um die Handlungsfähigkeit und Sicherheit – gerade in provinziellen Gegenden – nicht zu gefährden. Die Neonazis kennen ihre Städte und Dörfer, kommen aus der Region und können gerade in Sachsen meist unbehelligt von der Öffentlichkeit, aber auch von der Polizei, agieren. Sichere Plätze und Rückzugsräume für Antifaschist*innen gibt es de facto nicht. Deswegen ist die Solidarität und gegenseitige Unterstützung aller anwesenden Antifaschist*innen sowie eine intensive Vor- und Nachbereitung unerlässlich. Wir alle können voneinander lernen, Tipps und Tricks weitergeben, uns vernetzen.

So ist es zwar erfreulich, wenn viele Menschen den Weg in einen der besagten Orte finden, aber wenn der Großteil davon dann gar nicht so richtig weiß, was dort zu erwarten ist, können Angst und Verunsicherungen die Folge sein. Das Agieren aller vor Ort wird schwieriger. Dies wiederum kann Menschen abschrecken, überhaupt (wieder) an derartigen Veranstaltungen teilzunehmen. Diese Negativ-Spirale führt dazu, dass beispielsweise in Wurzen bei einer antifaschistischen Kundgebung infolge mehrerer rassistischer Angriffe gerade einmal 250 Menschen zusammenkommen.

Ja, derartige Interventionen sind mit einem Risiko verbunden. Ja, es ist unbequem, stundenlang in der Kälte zu stehen. Ja, es besteht die Gefahr, in körperliche Auseinandersetzungen mit Neonazis zu geraten. Aber was sind die Alternativen? Die Neonazis einfach gewähren lassen und darauf hoffen, dass beim nächsten Mal nichts Schlimmeres passiert? Wohl kaum. Wenn die Stimmung im Ort schon am Kochen ist und sich rassistische Angriffe aneinanderreihen, wird eine antirassistische oder antifaschistische Aktion niemals auf Akzeptanz oder Wohlwollen stoßen. Sie wird als weiterer Einfluss von außen auf die angeblich bedrohte Stadtgesellschaft wahrgenommen.

Eine Intervention unter diesen Bedingungen kann nur eine unversöhnliche sein. Wir sehen keinen Grund darin, diese Zustände hinzunehmen, wenn angeblich Nicht-Rechte lieber schweigen und zu Hause bleiben. Wir fahren trotzdem mit einigen hundert Menschen in diese Orte. Wir setzen eben nicht auf die Massenmobilisierung, sondern auf jene, die es mit ihrem Antifaschismus und Antirassismus ernst meinen und sich dabei eben auch dem Zorn des rechten Mobs aussetzen.

“Widersprüche öffentlich machen, wo es niemand macht” – Intervention und Nachhaltigkeit

Unversöhnlichen Interventionen wie in Wurzen wird regelmäßig fehlende Nachhaltigkeit vorgeworfen. Dass diesem Konzept ein autoritärer und ambivalenter Charakter innewohnt, hat das bundesweite Bündnis “Irgendwo in Deutschland” im Oktober 2017 in einem Debattenbeitrag ausführlich thematisiert. Dass Interventionen, heute wie gestern, dennoch notwendig sind, haben die jüngsten Gewaltausbrüche gegen Geflüchtete sowie die rassistische Mobilmachung in Wurzen in den vergangenen Monaten einmal mehr gezeigt.

Es ist richtig: Die unversöhnliche Intervention kann keine nachhaltige lokale Vorarbeit leisten, sie ist “Feuerwehrpolitik” und hat scheinbar in erster Instanz keinen pädagogischen Auftrag an die ansässige Bevölkerung. Natürlich gilt es, lokale antifaschistische und zivilgesellschaftliche Akteur*innen – sofern vorhanden – mit einzubeziehen und bestmöglich in ihren Kämpfen zu unterstützen. Doch darf dabei nicht vergessen werden: Es ist kein Zufall, dass sich organisierte Neonazis in Orten wie Wurzen wie die sprichwörtlichen Fische im Wasser fühlen, als selbstverständlicher Teil der Stadtgesellschaft wahrgenommen werden und frei wirken können.

In Orten, in denen der virulente Rassismus den ideologischen Kitt zwischen militanten Neonazis und schweigender bis zustimmender Mehrheitsgesellschaft bildet und in denen als nicht-deutsch Markierte, Antifaschist*innen und Andersdenkende nichts zu lachen haben,

findet sich oftmals schlicht kein handlungsfähiges zivilgesellschaftliches Korrektiv, mit dem es Bündnisse zu schmieden gäbe.

Die Frage, wie eine kontinuierliche Unterstützung aus den Städten in die aufgegebene Provinz aussehen könnte, treibt leider nur noch wenige Antifaschist*innen um. Fehlende Ansprechpartner*innen vor Ort, mangelnder Rückhalt aus der Bevölkerung sowie das Nichtstattfinden von Aktionen festigen die Komfortzonen von Neonazis, bestätigen die Stillhalte-Taktik der Stadt und lassen nicht zuletzt die (potenziellen) Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt allein zurück.

Diese Orte sich selbst zu überlassen, anstatt den Rassist*innen, Neonazis und Imagepfleger*innen den Spiegel vorzuhalten und sie öffentlich zu demaskieren, gleicht einer Kapitulation vor den (sächsischen) Verhältnissen. Was bleibt ist die Frage, wann eine politische Aktion als “nachhaltig erfolgreich” zu bewerten ist. Gerade angesichts einer antifaschistischen Szene, die bis heute fast ausschließlich eine Jugendbewegung ist und die immer wieder daran scheitert, dass gerade im ländlichen Raum junge Linke früher oder später in die Metropolen gehen.

Wie kann daher ein Zustand hergestellt und aufrecht erhalten werden, der langfristige und nachhaltige antifaschistische und linke Politik in der Fläche ermöglicht? Wie kann eine rechte Hegemonie gestoppt und zurückgedrängt werden?

Es fehlt unserer Einschätzung nach an Konzepten sowie Strategien eines Land-Stadt-Austausches, um nicht zu Hunderten wie ein Ufo aus den Großstädten in der Provinz zu landen. Solange diese Strategien nicht diskutiert und entsprechende Strukturen nicht etabliert sind und keine nachhaltige Einbindung älter-werdender Genoss*innen (vor Ort) vorhanden ist, bedarf es Interventionen von organisierten Menschen, um in akuten Situationen Betroffene rechter Gewalt zu schützen und sich in großer Zahl solidarisch an ihre Seite zu stellen.



Wo sind all die Antifaschist*innen hin?

“Am besten jeden Tag dem rassistischen Normalzustand entgegenstellen – in Orten wie Wurzen, Cottbus oder Plauen” – dieser Forderung können wir uns nur anschließen. Und dennoch scheint in Leipzig und Sachsen genau diese Notwendigkeit nicht als solche erkannt zu werden. Viele Genoss*innen sprechen sich zwar nicht grundsätzlich gegen ein Agieren in ländlichen Räumen aus, aber per se gegen die konkreten Aktionsformen, die als “Selbstbespaßung oder Gewissensberuhigung” ohne “langfristigen strategischen Nutzen” angesehen werden.

Dabei erachten wir unversöhnliche Interventionen in Situationen, wo nachhaltige Strategien nicht vorhanden sind oder wirken, auf keinen Fall als Spaß, nicht für uns, nicht für irgendwen. Nur warum hat die Losung “Pogrome verhindern, bevor sie passieren!” für Antifaschist*innen keine sonderliche Relevanz mehr? Weil scheinbar kein langfristig strategischer Nutzen besteht? Warum haben strategische Kalküle Priorität gegenüber der Solidarität und dem operativen Schutz anderer? Diese Fragen sind keine rhetorischen!

Wir stellen sie, da wir sie nicht beantworten können, aber gerne einen Austausch über die Notwendigkeit und die Bedingungen für Interventionen anstoßen würden. Interventionen erachten wir – leider – als notwendig und quasi unumgänglich.

Wir sehen die Notwendigkeit, in ländlichen Regionen zu intervenieren, um Betroffene zu schützen und zu unterstützen. Wir glauben nicht, dass dadurch Neonazis und Rassist*innen nachhaltig ihr Bedrohungspotenzial genommen wird. Unversöhnliche Interventionen sind Ausdruck der Notwendigkeit antifaschistischen Handelns, wenn außerhalb unserer Kieze Menschen konkret gefährdet sind. Sie sollen sich mit Betroffenen von rechten Übergriffen solidarisieren oder zumindest den Fokus von ihnen nehmen. Sie sollen im Weiteren aber auch das Kennenlernen potenzieller Bündnispartner*innen ermöglichen, wie es gerade die antifaschistische Demonstration seinerzeit in Rackwitz tat.

Wir laden hiermit alle antifaschistischen Gruppen ein, in die Debatte mit uns einzusteigen und gemeinsam Antworten zu finden.“

Rassismus tötet!” – Leipzig

Eine Antwort zur Antifa Diskussion

Unter dem Titel „Antifa im Zwiespalt“ wird im Autonomen Blättchen #32 das Dilemma der Antifa im Hinblick auf die faschistischen Mobilisierungen der letzten Zeit angerissen. Den Autor*innen ist in weiten Teilen zuzustimmen, ähnliche Schlussfolgerungen tauchten bereits in dem Text „Obduktionsbericht der antifaschistischen Bewegung“ in dem Heft radikal & destruktiv auf.

Ratlosigkeit hingegen in einem Bericht aus der ZECK Nr. 200, unter der Überschrift „Unversöhnlich in Wurzen“ über die lediglich 400 Antifaschist*innen, die sich dort im September 2017 mobilisieren ließen.

Den Problemen wird indes kaum noch widersprochen; wo die noch nicht zerfallenen Antifa Gruppen in die Bündnisfalle der Parteien und Gewerkschaften gegangen sind, ist es natürlich schwer einen starken Widerstand auf die Straße zu bringen. Setzt sich die Antifa, egal ob als Szene oder Gruppe, aus Menschen zusammen, die sich ausschließlich um den Kampf gegen Nazis kümmern wollen, werden schnell staatliche und gesellschaftliche Institutionen am Start sein, um dafür zu sorgen, dass der Protest einen bestimmten Rahmen nicht verlässt, nämlich den gesetzlichen.

Ein gutes Beispiel dafür ist der europaweite Naziaufmarsch am 14.04.2018, von dessen Vorbereitung die meisten Leute am 12.04.2018 durch einen auf Indymedia verlinkten Artikel einer Lokalzeitung erfuhren (<https://de.indymedia.org/node/19939>). Dortmunder Antifagruppen mobilisierten zwar bereits sechs Wochen vor dem Termin dafür, diesem Aufmarsch „entgegen zu treten“, von einer überregionalen Mobi für Freund*innen militanterer Optionen kann aber nicht die Rede sein. So

wurde der Protest vom BlockaDO – Bündnis dominiert, dessen Aktionskonsens nicht über das Gesicht zeigen an der Strecke hinaus ging. Entsprechend war die Zufriedenheit, nachdem die Nazis die ganze Strecke ohne Probleme zurück legten, für die dem Bündnis angeschlossenen Gruppen ein voller Erfolg, weil man zahlenmäßig mehr Füße auf die Straße bekommen habe.

Einen Tag später wurde ein Text veröffentlicht, der die gegenteilige Position vertritt, (Von wegen „Nazis plattmachen“ oder: Warum der 14.04. in Dortmund eine Enttäuschung war..., <https://de.indymedia.org/node/20002>). Was in Dortmund – und auch in anderen Städten – fehlt, sind Strukturen, die den Staat und seine gesellschaftlichen Stützen bekämpfen. Nur unter diesen Bedingungen werden sich genug Menschen finden, um Nazis mit Methoden außerhalb des rechtlichen Rahmens zu bekämpfen. Das ist schon lange bekannt aber jede Antifa Generation muß diese Erfahrung aufs neue machen: wo die Linkspartei oder Gewerkschaften mit im Boot sitzen, kann der Protest nicht über das Symbolische und Staatstragende hinaus kommen.

Das es auch anders gehen kann, zeigt die Mobi gegen den AfD Aufmarsch am 27. Mai in Berlin,

<https://chaosstattafd.blackblogs.org/>.

Solange es sich nicht durchsetzt, dass Voraussetzung für einen erfolgreichen antifaschistischen Kampf der Bruch mit dem Staat und den gesellschaftlichen Verhältnissen ist, sondern Antifa als sich selbst beschränkender Teilbereich auftritt, wird diese Diskussion nicht von der Stelle kommen. Immerhin mehren sich die Stimmen, die nicht die

eigene marginale Existenz schon als Erfolg feiern. Der antifaschistische Kampf benötigt keine Legitimation durch bürgerliche Mehrheiten, er ist von Natur aus in Deutschland minoritär und richtet sich manchmal direkt gegen

Nazis, aber eben auch oft gegen die politischen Profiteure und Strippenzieher des Faschismus, eben gegen die kapitalistischen und autoritären Verhältnisse insgesamt.

Loslegen

Im Spätsommer kommenden Jahres finden in Sachsen Landtagswahlen statt.

Derzeit steht die Alternative für Deutschland (AfD) in Prognosen bei rund 25 Prozent. Die Möglichkeit, dass eine offen nationalistische, rassistische und antifeministische Partei ab 2019 als stärkste oder zweitstärkste Partei in den Landtag einzieht ist somit mehr als wahrscheinlich.

Analyse

Die NPD zog 2004 als erste offen menschenfeindliche Partei nach 1945 in den sächsischen Landtag ein. Allerdings schaffte sie es nie wirklich ihren selbsternannten Kampf um die Straßen, Parlamente und Köpfe durchzusetzen. Dies sieht bei der selbsternannten „Alternative“ deutlich anders aus. So hat es die AfD nicht nur geschafft rechts-konservative Werte in der Mitte der Gesellschaft zu verankern, sondern diese auch mehrheitsfähig werden zu lassen. Eine Zusammenarbeit mit „PEGIDA“ wird

in Sachsen offen zur Schau getragen und eine sich ins unendlich drehende Spirale von menschenverachtenden Provokationen scheint keine Grenzen mehr zu kennen. Im öffentlichen Diskurs haben solche Ansichten mittlerweile eine normale Rolle eingenommen. Dafür lassen sich inzwischen unzählige Beispiele finden.

Diskussionen und öffentliche Debatten bringen nichts mehr. Wer bis heute nicht verstanden hat, was die AfD ist und das sie im Kern gegen jegliche Formen einer emanzipatorischen und freien Gesellschaft steht, wird es auch in den nächsten Monaten nicht mehr begreifen!

Was uns bleibt ist die offene Konfrontation

Wir müssen uns der Konfrontation mit der AfD annehmen. Die Zeit der Diskussionen, der Aufklärung und auch des Redens muss vorbei sein. Sie ist, wie wir täglich erleben müssen, gescheitert. In dieser Konfrontation wird es darum gehen ob unsere eingesetzten Kräfte und antifaschistischen Kämpfe der letzten Jahre umsonst waren

oder nicht. In dieser Konfrontation wird deutlich werden, ob unsere antirassistischen Initiativen, Demonstrationen und Gruppen nur zum Selbstzweck der eigenen Szene durchgeführt und gegründet wurden oder ob diese auch bereit sind ihre „Wohlfühlszenekieze“ zu verlassen.

Auf allen Ebenen, mit allen Mitteln!

Uns ist bewusst das wir diese Konfrontation weder an der Wahlurne, noch bei einem Gespräch gewinnen werden. Texte, Diskussionen und Demonstrationen helfen nicht mehr. Es muss praktischer und auch persönlicher werden. Machen wir es der AfD, ihren Mitgliedern, Wähler_innen und auch Sympathisant_innen in den Monaten bis zur Landtagswahl 2019 in Sachsen so unangenehm und teuer wie möglich. Nur so werden wir es schaffen, dass sie sich aus dem öffentlichen Raum wieder zurückziehen müssen. Dabei geht es nicht nur, aber auch um offene Militanz, Outings oder vielfältige kreative Aktionen. Diese Formen von Widerstand können dabei helfen die Rassist_innen der AfD aus der Deckung zu holen und anzugreifen. Das Ziel unseres militanten, antifaschistischen Kampfes ist es, die Faschist_innen in unserer Nachbarschaft zu bekämpfen und zurückzudrängen. Nur so werden wir unserem längerfristigen Ziel, eine befreite Gesellschaft, einen Schritt näher kommen.

Nehmen wir diese Konfrontation und Auseinandersetzung nicht an, wird im Jahr 2019 eine Partei in Sachsen mit an der Macht sein, welche ihre menschenverachtende Ideologie dann auch parlamentarisch umsetzen wird.

Es sollte allen bewusst sein, dass ihre Politik alle treffen wird, zuerst jedoch die Menschen, die am allerwenigsten in das beschränkte Weltbild der AfD passen.

Deswegen, loslegen – fight AfD!

<https://loslegen.blackblogs.org/>

Vielen Dank *loslegen*

Aufruf zur Verteidigung des Hambacher Forst

Seit 6 Jahren ist der Hambacher Forst besetzt. Menschen errichten hier Baumhäuser und verteidigen sie, um die Bäume auf denen sie leben zu beschützen. Nichts desto trotz rücken die Kohlebagger, Bulle immer näher.

Laut Gesetz gehört der Wald RWE, einem Energieriesen, der für die Braunkohleverstromung nicht nur den jahrhundert alten Wald zerstört, Lebensräume vernichtet, die Menschen aus den umliegenden Dörfern vertreibt,

sondern auch, allein im rheinischen Braunkohlerevier, 30% von Deutschlands CO2 Emission ausstößt. So beutet RWE für seine Profitmaximierung die ganze Welt aus, und trägt maßgebend dazubei, dass Menschen gezwungen werden, ihre Heimatländer zu verlassen. Denn die ersten, die unter Klimaerwärmung leiden, sind nicht die, die die Profite einfahren, sondern Menschen im globalen Süden. Damit ist der Konflikt hier auch ein Kampf gegen Imperialismus, gegen Unterdrückung und Rassismus. Was

hier passiert, passiert nicht zufällig. Es ist ein Symptom des kapitalistischen Systems. Und wir entwickeln Wege es anzugreifen.

Seit 6 Jahren greifen wir hier also nicht nur RWE, sondern ein System von Herrschaft und Ausbeutung an, dass den Profitwahn des Industrialisierten Großkonzern möglich macht. Für uns ist klar: Der Kampf um Klimagerechtigkeit ist auch der Kampf für eine herrschaftsfreie Welt, jenseits von kapitalistischen Zwänge, einer Welt in der Großkonzerne keine Macht über Mensch und Natur haben. Wir streben einen generellen Systemwandel an!

Durch direkte Aktion haben wir es geschafft RWE zu schaden, durch Sabotage und Blockaden hat der Konzern Millionen Verluste gemacht. Der Imageschaden der entstanden ist, da die Folgen von Braunkohle aus der Öffentlichkeit nicht mehr wegzudenken sind, ist nicht berechenbar. Mit der jahrelangen Besetzung haben wir gezeigt, dass es möglich ist, effektiven Widerstand zu leisten. Nur durch gemeinsame Organisation und Mut haben wir es geschafft, diesen Freiraum zu erkämpfen und zu erhalten. Denn trotz extremer Repression, obwohl viele von uns verprügelt, misshandelt und eingesperrt wurden, sind und bleiben wir hier! Denn in einem System, dass es wenigen erlaubt für ihre Gier den ganzen Planeten auszubeuten wird Widerstand zur Pflicht.

Die Zeit läuft. Wenn der Braunkohleabbau nicht sofort aufhört ist es unmöglich den Klimawandel aufzuhalten. Und die Zeit läuft auch für den Wald. Ab Oktober hat RWE die Erlaubnis weiterzuroden. Wenn sie wie geplant 70 Hektar roden, dann wird nicht nur der Großteil des alten Waldes unwiderrufbar zerstört, sondern auch die einzige Waldbesetzung im deutschsprachigen Raum komplett geräumt werden. Es geht nicht mehr darum nur einen Wald zu beschützen. Es geht um globale Gerech-



tigkeit, es geht darum einen Konzern zu Rechenschaft zu ziehen. Das können wir nur schaffen, wenn wir viele sind!

Alle, die Staat und Kapitalismus bekämpfen wollen! Macht eure Theorie zur Praxis. Helft mit diesen Freiraum zu erhalten, gestaltet ihn mit und verteidigt ihn!

Ab Oktober werden wir den Wald so großflächig besetzen, dass es für RWE unmöglich wird, ihn zu roden. Falls du nicht hier her kommen kannst, dann hilf uns und dir selbst, von wo auch immer du bist. Verbreite diesen Aufruf, mache Solidaritätsbekundungen oder komm während der Rodungssaison von Oktober bis Februar für ein paar Tage vorbei und mache eine Aktion. Nimm Kontakt zu uns auf. [PGP Key auf der Webseite]

Bleibt auf dem laufenden.

Tragt euch in den SMS Verteiler ein und werdet informiert wenn zu einer Räumung kommt!

hambacherforst@riseup.net
#Hambibleibt #Endcoal #join #resistance
facebook.com/hambacherforstbesetzung
www.hambacherforst.org

Rheinmetall entwaffnen – Krieg beginnt hier

Weltweit sind deutsche Waffen am Morden beteiligt. Deutschland liegt bei den Rüstungsexporten auf Platz 4 und in der EU an zweiter Stelle. In den letzten 10 Jahren konnte Rheinmetall ohne großen Aufschrei zu einem der größten Munitionslieferanten der Welt aufsteigen.

Über Tochtergesellschaften im Ausland schafft es Rheinmetall sogar die wenigen bestehenden Rüstungsexportregeln zu umgehen und seine Erzeugnisse auch in Kriegs- und Krisenregionen zu verkaufen.

Die Folgen sind profitbringend und blutig zugleich: Im Jemen sterben Menschen durch Bomben, die Rheinmetall in Italien produziert hat. Die Türkei führt mit Leopard-2-Panzern im nordsyrischen Afrin völkerrechtswidrigen Krieg. Die türkische NATO-Armee zerschlägt gesellschaftliche Strukturen, die sich in den letzten Jahren in den Bereichen Frauenbefreiung, Basisdemokratie & Ökologie richtungsweisend organisiert hatten.

In Zusammenarbeit mit diesem türkischen Regime strebt Rheinmetall den Bau einer Munitionsfabrik und die Produktion von Panzern in der Türkei an. Rheinmetall baut eine Fabrik für FUCHS-Radpanzer in Algerien. Diese Auflistung lässt sich lange fortsetzen.

Wir wollen nicht weiter zulassen, dass Menschen durch Rüstungsgüter von Rheinmetall sterben.

Auf den ersten Blick wird deutlich, dass das Gerede von Exportkontrollen und Menschenrechten in der Realität absolut keine Rolle spielt. Die deutsche Politik verteidigt im Ausland keine hohen Werte, sondern lediglich den Absatz deutscher Produkte – Kriegsgerät inbegriffen.

Zwar lehnen rund 80% der Bevölkerung Deutschlands diese Waffenexporte ab, doch lassen sich die Verantwortlichen davon wenig beeindruckt. In der Vergangenheit hat es bereits eine Reihe von Aktivitäten gegen Rheinmetall gegeben, z.B. Camps und Aktionen an dem

von Rheinmetall betriebenen Gefechtsübungszentrum (GÜZ) in der Colbitz-Letzlinger Heide und an Rheinmetall Fabriken. Daran wollen wir in diesem Jahr mit einer Demonstration, einem Friedenscamp und vielfältigen Aktionen am Produktionsstandort von Rheinmetall in Unterlüß anknüpfen. Damit setzen wir gemeinsam ein klares Zeichen gegen Rüstungsproduktion und dessen direkte Folgen wie Krieg, Terror, Flucht und Armut.

Die Aktionen rund um den Antikriegstag am 1. September bedeuten für uns nicht nur den Widerstand gegen

einen Rüstungskonzern, sondern das Eintreten für eine andere Welt. Wir wollen über die Umstellung auf zivile und ökologische Produktion anstelle von zerstörerischer Industrie diskutieren. Wir wollen für ein weltweites friedliches & soziales Miteinander anstelle von Mord und bitterer Konkurrenz eintreten. Eine Welt voller Diskriminierungen und Unterdrückungen ertragen wir nicht länger.

www.rheinmetallentwaffnen.noblogs.org

Sabotage an Bahnstrecke Hannover-Hamburg gegen die Firma Rheinmetall

Dokumentation: „Aufgrund des Einmarsch der faschistischen Truppen mit ihren islamistischen Banden, wurde ein Anschlag auf die Bahnstrecke Hannover-Hamburg gegen die Firma Rheinmetall durchgeführt.“

sehid haukur hilmarsson:

am 18. märz standen jihadisten und türkische soldaten auf dem balkon des rathauses von afrin und feierten ihren einmarsch. in der nacht vom 18. auf den 19. märz haben wir die kabelschächte entlang der gleise bei eschede (niedersachsen) in brand gesetzt. unser ziel war es die bahnstrecke hamburg-hannover zu sabotieren da sich entlang dieser strecke ein werk der firma rheinmetall befindet in dem sowohl munition als auch teile für die im krieg gegen afrin verwendeten panzer (leopard 2) gefertigt werden.

unsere aktion richtet sich gegen das unternehmen rheinmetall in unterlüß das durch seine waffenproduktion durch waffenlieferung und durch die vergabe von lizenzen zum bau dieser waffen an die türkei direkt den angriffskrieg auf den kanton afrin in nordsyrien unterstützt. es sind waffen der firma rheinmetall sowie anderer deutscher firmen wie etwa kraus-maffai wegmann die diesen völkerrechtswidrigen angriffskrieg erst ermöglichen. bisher sind mehr als 1000 zivilisten ums leben gekommen und hunderte kämpfer und kämpferinnen der kurdischen selbstverteidigungseinheiten ypg und ypj gefallen. fast täglich werden in afrin kinder durch türkische luftangriffe und artilleriebeschuss ermordet oder stark verletzt. jeden tag sterben unschuldige menschen weil die türkische regierung bewusst die bevölkerung in afrin bombardiert um ihre moral zu schwächen und weil alle anderen staaten tatenlos dabei zusehen.

tagtäglich leisten die selbstverteidigungseinheiten einen erbitterten widerstand gegen die angreifenden verbände türkischer soldaten und jihadistischer milizen. sie leisten widerstand gegen den globalen faschismus der in der türkei und in form des is derzeit seine widerlichst blüten treibt. die türkei unter der regierung von erdogan greift die menschen an die als einzige seit jahren erfolgreich gegen den is kämpfen und diesen weit zurückgeschlagen bzw. fast besiegt haben. mit der revolution in

rojawa in nordsyrien wird eine gesellschaft aufgebaut die auf basisdemokratie geschlechterbefreiung und ökologie basiert und in der schon jetzt menschen verschiedener religionen und volksgruppen friedlich zusammenleben. in rojava organisieren sich viele frauen in autonomen strukturen und attackieren so die patriarchal geprägte gesellschaft. diese starke frauenbewegung und dieser starke frauenbefreiungskampf sind gründe für den bisherigen erfolg der revolution und als solche einzigartig. die türkische regierung will all das mit allen mitteln auslöschen und ist bereit dafür die kurdische geschichte und existenz in der region auszulöschen. der derzeitige faschismus in der türkei ist ein ausdruck des global erstarkenden faschismus. es ist unser aller verantwortung dem alles entgegen zu setzen wozu wir fähig sind.

wir hoffen dass durch unsere aktion die produktionsabläufe bei rheinmetall gestört werden. wir hoffen auch dass möglichst viele den grund für die heutigen verspätungen ihrer züge im ganzen norddeutschen raum erfahren und verständnis dafür haben dass uns das leben von menschen wichtiger ist als wartezeiten und ein paar geplatzte termine. wir jedenfalls werden jubeln wenn wir in den kommenden wochen hören dass der zug mit dem wir vielleicht gerade fahren wollten aufgrund einer solchen aktion ausfällt oder verspätung hat denn das bedeutet dass menschen aufgestanden sind und zeigen: es reicht.

wir möchten uns nocheinmal besonders an das unternehmen rheinmetall und alle angestellten wenden:

wir fordern die verantwortlichen bei rheinmetall dazu auf alle waffenlieferungen sowie die vergabe von lizenzen an die türkei und andere faschistische diktaturen sofort zu beenden oder zurück zu ziehen.

wir fordern alle angestellten des unternehmens auf unverzüglich in einen gemeinsamen streik zu treten sich krankschreiben zu lassen zu kündigen oder die produktion zu sabotieren. sie alle sind verantwortlich für das was sie tun und dafür welche konsequenzen ihr handeln hat. es gibt keine entschuldigung oder rechtfertigung dafür etwas zu tun was dazu beiträgt dass unschuldige menschen angegriffen verstümmelt und ermordet werden.

wir rufen alle die sich mit dem kurdischen befreiungskampf und der revolution in rojava verbunden fühlen und feministische und antifaschistische kämpfe führen dazu auf in den kommenden tagen und wochen alles zu tun um die revolution in nordsyrien zu verteidigen! auch hier gibt es viele angriffsziele für uns und die bomben auf rojava prasseln auch auf unsere träume nieder. es gab schon viele aktionen in den letzten tagen und wir hoffen dass noch mehr menschen mit entschlossenheit und kreativität aktiv werden.

die menschen in afrin und in ganz rojava sind bereit alles zu riskieren um den faschismus ein weiteres mal zurück zu schlagen und stattdessen eine alternative gesellschaft aufzubauen. auch wir sollten dazu bereit sein viel zu riskieren.

hoch die internationale solidarität!
es lebe der widerstand von afrin!
jin jiyar azadi!
feuer und flamme dem faschismus!“

MAD fürchtet Anschläge auf die Bundeswehr

Infolge der türkischen Militäroperation in den kurdischen Gebieten in Syrien befürchtet der Militärische Abschirmdienst der Bundeswehr (MAD) Angriffe auf die Truppe in Deutschland. In einem internen Sicherheitshinweis heißt es: „Es muss angenommen werden, dass es zu weiteren Anschlägen, unter anderem gegen Fahrzeuge der Bundeswehr, kommen kann.“ Die Soldaten werden angewiesen, vor Fahrtantritt „den Sitz der Radmuttern zu kontrollieren“ und bei Dienstreisen Parkhäuser zu nutzen. Bei Reparaturen außerhalb von Kasernen sollten die Bundeswehrautos auf dem Gelände der Werkstätten „stets

in einem umzäunten Bereich, möglichst in einer Halle und nie in vorderster Reihe“ geparkt werden.

Am 13. März hatte es in Soltau einen Brandanschlag auf zwei Lkw der Bundeswehr gegeben. Ein Bekenner schreiben, das der linksextremen Szene zugeordnet wird, begründete die Angriffe anschließend damit, dass „was hier brennt woanders keinen Schaden mehr anrichten“ könne und die betroffenen Fahrzeuge nicht mehr „in den Händen der türkischen Besatzungsarmee landen“.

München: Sabotage bei Krauss-Maffei Wegmann

Dokumentation: „In der Nacht vom 29.4. auf den 30.4.18 wurde in München-Allach eine Elektrolok auf dem Gelände von Krauss-Maffei Wegmann in Brand gesetzt, welche zum Abtransport von Panzern abgestellt war. Zudem wurde Feuer in einem Kabelschacht gelegt, der für die Signalanlagen des Güterverkehrs nach Allach verantwortlich ist. Das auf dem Firmengelände von Krauss-Maffei Wegmann produzierte Kriegsgerät kommt u.a. in den kurdischen Gebieten Syriens zum Einsatz und dient der türkischen Armee für ihre Massaker.

Die Infrastruktur des Krieges sabotieren!“

Indymedia



Fight4afrin – Feuer gegen Istikbal in Berlin

Dokumentation: „Wir, das „Rachekommando Barbara Kistler“, sind in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch, den 28.03., los gezogen faschistische Strukturen anzugreifen und unsere Verbundenheit mit den Kämpfenden in den kurdischen Gebieten auszudrücken.

Als Ziel unseres Angriffs haben wir eine Filiale der Möbelkette Istikbal, Tochterunternehmen der Boydak Holding, ausgewählt. Vor der Filiale an der Sonnenallee in Berlin Neukölln haben wir einen Brandsatz abgelegt, der zwei Lastwagen der Firma völlig verbrannte und einen weiteren beschädigte, wobei auch die Fassade des Lagers kaputt ging.

Boydak Holding ist seit dem Vorgehen Erdogans gegen den Gülen Putsch 2016 in türkischer Staatshand und

finanziert als milliardenschwerer Konzern direkt das faschistische Regime. Ein Regime, deren Kerker täglich mit hunderten Menschen mehr gefüllt werden, die es wagen die Stimme gegen den Faschismus zu erheben. Während jegliche Opposition im Inneren des Landes zum Schweigen gebracht wird, führt die türkische Armee einen brutalen Angriffskrieg und bombardiert in Zusammenarbeit mit dem IS, die Hand gefüttert mit deutschen Waffen und gesegnet von NATO-Partnern und jeglichen Staaten dieser Welt die kurdischen Gebiete in Syrien und Irak.

Wir werden nicht schweigen und unsere Hände abwartend zusammen falten. Es ist notwendig, hier und jetzt, dem Faschismus die Stirn zu bieten.

Was den Krieg in den von Syrien und Türkei beanspruchten kurdischen Gebieten von anderen heißen Kriegen unterscheidet: Normalerweise bieten die Kriege der Gegenwart keine Möglichkeit sich mit einer der Konfliktparteien zu solidarisieren. Alle kriegsführenden Mächte verfolgen Ziele, die nicht die unseren sind. Der von der YPG / YPJ und weiteren Gruppen gelieferte Kampf gegen die Despoten der Region zwingt uns jedoch zur Teilnahme. Denn bei aller Kritik an der PKK und den von ihr inspirierten gesellschaftlichen und militärischen Strukturen – unsere Revolution, die anarchistische, ist nicht weiter entwickelt. Im Gegenteil haben wir weniger Befreiung erreicht als diese Linie es unter den dortigen Verhältnissen geschafft hat. Wer jetzt keinen Bezug zu diesem Kampf verspürt, wird es niemals spüren.

Seit dem Angriff der Türkei auf Afrin hat es viele gewagte Schläge in Europa gegen die Verantwortlichen gegeben. Um ihnen und auch allen die seit Jahren den Kampf in Kurdistan führen, eine Referenz zu erweisen, haben wir diesen Brandanschlag verübt.

Es wird notwendig sein, bis zu einer friedlichen Phase der Revolution in den jetzt von der Türkei/NATO/Rus-

sland/Daesh besetzten Region, das Feuer pausenlos in den Nächten der europäischen Städte zu verbreiten. Denn der Krieg lässt sich nicht auf eine bestimmte Region begrenzen. Er wird hier in Europa mit geplant, finanziert und unterstützt. Wenn wir hier los ziehen, dann tragen wir den Krieg zurück ins Herz der Bestie. Nehmen wir die aktuelle Situation zum Anlass, die Strukturen der Unterdrückung aller freiheitsliebenden Menschen zur Rechenschaft zu ziehen. Beschränken wir uns nicht nur auf den Moment der Verteidigung, sondern greifen wir täglich an.

Bedanken wollen wir uns bei den Leuten aus Athen, die am 2. Februar eine ähnliche Aktion gegen Istikbal durchführten <https://insurrectionnewsworldwide.com/2018/02/11/athens-greece-incendiary-attack-against-turkish-state-owned-company-istikbal-in-solidarity-with-the-defenders-of-afrin/> und uns damit erst auf die Spur dieser Finanzquelle Erdogans brachten. Was hier verbrennt, bringt seinem Krieg keine Devisen mehr.

Rachekommando Barbara Kistler“

Fahrzeuge der LVZPost verbrannt

Dokumentation: „Am Abend des 27.3. wurden Fahrzeuge der LVZ-Post in Brand gesetzt und zerstört. Die erneute Zusammenarbeit der LVZ mit den Bullen bei der Fahndung nach Genoss*innen ist Grund für diese Tat.

In Solidarität mit der von der faschistischen Türkei besetzten Stadt Afrin im Norden Syriens hatten diese die Ditib-Moschee von Diktator Erdogans Handlangern in Leipzig mit Farbe und Steinen beworfen. Nachdem der Diktator Erdogan sich öffentlich zu diesem und vergleichbaren Vorfällen äußerte, veröffentlichte die LVZ im Auftrag der Bullen im Auftrag des Diktators Erdogan ein Fahndungsfoto. Das Foto soll angeblich einen Genossen oder eine Genossin zeigen, der oder die die schöne Tat umgesetzt haben soll. Egal, ob die auf dem Foto abgebildete Person etwas damit zu tun hat oder nicht: Die Veröffentlichung dieses Bildes und die Kooperation mit den Bullen und dem faschistischen und massenmordenden Regime in der Türkei hat Konsequenzen.

Nicht zum ersten Mal beteiligte sich die LVZ an der Menschenjagd nach Oppositionellen durch die Bullen des rechten Regimes in Dresden. Schon einmal hatte sie Fotos von Genoss*innen veröffentlicht. Von Jenen, die zum Naziaufmarsch am 12.12.2015 Nazis und rechten Bullen mutig die Stirn boten. In Reaktion auf diese Fotos wurden der LVZ mehrere Scheiben eingeworfen und bei indymedia haben wir gelesen, dass an die Wand gesprüht wurde: „Ihr sucht nach uns - wir kommen zu euch!“. Die in der DDR erlernte Praxis, wie man mit Oppositionellen

umgeht, hat sich nicht geändert. Es wäre besser gewesen, sich mehr Gedanken dazu zu machen. Ein neuer Denkanstoß ist nun gegeben.

Bereits die Behauptung, es gehe um eine Öffentlichkeitsfahndung, ist dreist. Das Instrument der Öffentlichkeitsfahndung galt früher als letztes Mittel. Es wurde eingesetzt bei Mord, Entführung und anderen Schwerkverbrechen. Nun wird es eingesetzt für Kleinigkeiten, wie eingeworfenen Fenstern und Farbe an Fassaden. Wer hier von Fahndung spricht, meint öffentlichen Pranger und bevölkerungsweites Spitzeltum. So begrüßt man den Polizeistaat a la Türkei. Dieser Wahnsinn war zuletzt bei der Jagd auf Genoss*innen nach dem G20-Gipfel zu sehen.

Die Gesellschaft demaskiert sich selbst und zeigt die Fratze des Polizeistaates. Wir kämpfen dagegen.

Ein solidarischer Gruß geht daher an alle Genoss*innen, die im Knast eingesperrt wurden und an alle die in Afrin, Rojava und überall für ein Leben in Freiheit und gegen den Faschismus kämpfen.

P.S. Und das die LVZ noch Aufträge entgegennimmt von Institutionen, die sie ausgehorcht und bespitzelt haben bei ihrer professionellen Tätigkeit, sagt doch alles über die politische Einstellung dieser Zeitung aus.

Oppositionelle gegen Krieg, Diktatur und ihre Handlanger egal welcher Herkunft

Farbe gegen DVCK, TFP und Ikaru Verlag

Frankfurt am Main, 8. März 2018

Dokumentation: „8. März ist Frauen*kampftag – Antifeminist*innen aus der Deckung holen!“

Wir haben den heutigen internationalen Frauen*kampftag zum Anlass genommen, antifeministische Akteur*innen, Organisationen und Institutionen in Frankfurt sichtbar zu machen und zu markieren.

Derzeit finden während der Fastenzeit wieder täglich Mahnwachen sogenannter „Lebensschützer“ statt. Auf ihrer Facebookseite 1 werben sie damit, dass sie mit Gebeten und Fasten vor der Beratungsstelle Pro Familia in der Palmengartenstraße 14 jeden Tag von 9-15 Uhr „ungeborene Leben“ schützen wollen und zählen auf der verlinkten Seite 40 days for Life², wie viele Abreibungen sie angeblich durch ihre Anwesenheit bereits verhindert haben wollen. Danijel Majic schreibt im Rechten Rand, dass diese Mahnwachen, welche bereits 2017 stattfanden, u.a. von dem Frankfurter Rechtsanwalt Tomislav Cunovic mitorganisiert wurden, der sich als deren Koordinator versteht. Seine Anwaltskanzlei ist in der Bettinastraße 30 ansässig, des weiteren wird auf seiner Webseite die Saalburgstraße 86 in Bad Homburg angegeben. Er war im Stadtsynodalrat der Katholiken in Frankfurt und ist in der kroatischen Gemeinde in Offenbach aktiv. Als weitere Unterstützer der Mahnwachenaktion wird die Deutsche Vereinigung für eine christliche Kultur (DVCK) um den Publizisten Mathias von Gersdorff genannt.³ Er bezeichnet sich selbst als Lebensschützer, ist Autor bei der rechten Zeitung Jungen Freiheit und ist Direktor der deutschen Sektion der Gesellschaft zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum (TFP), einer extrem-rechten-christlichen Sekte⁴ die eine „sakrale, antiegalitäre und antilibérale christliche Kultur“⁵ befürwortet. Die TFP ist laut AfD-Watch weltweit in die Organisation von „Märschen für das Leben“ involviert und tritt für die gesellschaftliche Rückkehr zur „katholischen Hierarchie“ ein. Sie setzen sich gegen die „Gleichheits-Ideologie“ ein, sei es die Gleichheit von Unternehmer*innen und Arbeiter*innen, der Hand- und Kopfarbeit, der von Frauen und Männern, von Homosexualität und Heterosexualität.... Gott habe die Welt als ungleiche Welt geschaffen.⁶ Von Gersdorff versucht u.a. andere Menschen für seinen Ziele zu gewinnen, indem er gegen Zeitschriften wie die Bravo wettort. Die Internetseite der Bravo sei in seinen Augen nichts anderes als ein „elektronisches Erotik-Magazin, das sich als Jugendzeitschrift tarnt“. In einem Interview auf der Webseite Aktion Kinder in Gefahr der DVCK spricht er davon, dass „die Sexualisierung der Gesellschaft (...) die wichtigste Ursache für die Krise der Familie“ sei, da

sie „sich in den Geburtenrückgang, an der geringeren Zahl von Eheschließungen usw. bemerkbar“ mache. Zudem sei eine „direkte Konsequenz der Sexualisierung der Gesellschaft (...) die hohe Anzahl von Abreibungen“ und für ihn wäre ein „Vordringen der Kultur des Todes spürbar“, denn Sex würde „nicht mehr als Zeugungsakt aufgefaßt.“

Mit diesen Positionierungen stehen von Gersdorff und die Organisationen, denen er eng verwoben ist, kurz gesagt gegen das Selbstbestimmungsrecht und die Bürgerinnen-Rechte der Frau.

Neben dem DVCK und der TFP haben wir zudem auf den Ikaru Verlag in der Basaltstraße 32 aufmerksam gemacht. Dieser wird von Prof. Dr. Gerhard Amendt, ehemals Professor am Institut für Geschlechter- und Generationenforschung der Universität Bremen, betrieben. War er vor längerer Zeit mal Teil der anti-§218 Bewegung („Anti-Abtreibungsbewegung“) und ist selbstbezeichneter „Alt 68er“, hat er im Verlauf seiner wissenschaftlichen Karriere und aktivistischen Laufbahn eine mehr als problematische Wende vollzogen. Mittlerweile wird Amendt als Schlüsselfigur und einer der Hauptakteure einer rechten Männerrechtsbewegung erachtet. In seinen publizistischen Arbeiten geht Amendt unter anderem mit seinen Annahmen so weit, die Schließung von Frauenhäusern zu fordern und negiert die Tatsache, dass Frauen weit häufiger Opfer häuslicher Gewalt werden als Männer. Während diese Arbeiten in der antifeministischen Männerrechtsbewegung großen Anklang finden, ist Amendt selbst auch Mitbegründer der Organisation agens e.V., welche als richtungsgebend in ebendieser gilt.

Für uns ist klar: es braucht (noch) immer feministische Kämpfe, nicht nur am 8. März, um sich dem (hetero-)sexistischen Normalzustand und vor allem den gegenwärtig immer stärker werdenden reaktionären, antifeministischen und homophoben Tendenzen in der Gesellschaft entgegenzustellen!“

1. [facebook.com/40-Tage-f%C3%BCr-das-Leben-Frankfurt-am-Main-1792624544322020/](https://www.facebook.com/40-Tage-f%C3%BCr-das-Leben-Frankfurt-am-Main-1792624544322020/)
2. <https://40daysforlife.com/>
3. <http://www.der-rechte-rand.de/archive/2960/kroatisch-katholischen-auslandsgemeinden/>
4. http://www.frankfurter-hefte.de/upload/Archiv/2009/Heft_03/PDF/NGFH_Maerz_09_Priester_Web.pdf
5. <http://tfp.at/>
6. <https://afdwatchafd.wordpress.com/tag/tfp-deutschland>

Farbe gegen Christustreff

Marburg, 9. März 2018

Dokumentation:“ In der Nacht vom 8. auf den 9. März haben wir den Christustreff in Marburg mit Farbe angegriffen.

Da es sich bei dem Christustreff um eine antifeministische und zuweilen auch homophobe evangelikale Ge-

meinde handelt, sahen wir uns gezwungen, die Fassade mit einem umgebauten, mit Farbe gefüllten Feuerlöscher, zu verschönern. Wenn Evangelikale oder sonstige religiöse Spinner ihren reaktionären Unsinn verbreiten, müssen sie damit rechnen, auf unseren Widerstand zu stoßen.

Für mehr Intoleranz gegenüber Menschenfeinden – 8. März ist jeden Tag!

Farbe gegen CDU, Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde und Kanzlei

Leipzig, 6. März 2018

Dokumentation:“ Erklärung zu den Angriffen auf das CDU-Landtagsabgeordnetenbüro, die Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde und die Anwaltskanzlei Ulbrich & Mandic

Feministischer Kampftag ist jeden Tag – nicht nur am 8. März!

Denn die Unterdrückungsmechanismen wie das Patriarchat und die davon ausgehende Gewalt, denen vor allem Frauen*, aber auch alle anderen Menschen ausgeliefert sind, führen überall auf der Welt zu vielfältigem Leiden.

Patriarchale Zustände sind noch lange nicht Geschichte! Ganz im Gegenteil: Sie sind allgegenwärtig und ziehen sich durch die gesamte Gesellschaft. Ob bei der Lohnarbeit, in der Uni, der Schule, innerhalb der eigenen Familie oder dem eigenen Freund*innenkreis. Dabei unterscheiden sie sich in ihren Erscheinungsformen und ihrer Intensität:

Femizide, Vergewaltigungen, dumme Anmachversuche, konservative Familienbilder, klassische Rollenzuweisungen, um nur einige Beispiele zu nennen. Andere sind deutlich subtiler und schwerer zu erkennen, was sie nicht harmloser macht.

Von früh aus sind Menschen dieser Diskriminierung ausgesetzt, mit fatalen Folgen für die persönliche Entwicklung. Wobei alle Versuche diese Logik des binären Geschlechts und der heterosexuellen Norm zu überwinden, gesellschaftlich stigmatisiert werden.

Deswegen heißt es für uns umso mehr, sich konsequent den herrschenden Verhältnissen entgegenzustellen, egal ob Patriarchat, Staat und Kapital oder zwischenmenschliche Beziehungen, in denen gesellschaftliche Unterdrückung reproduziert wird.

Die in den letzten Nächten angegriffenen Akteure sind allerdings nicht nur Produkte einer durch und durch patriarchalen Gesellschaft, sondern treiben den Antifeminismus und die damit einhergehende Verstärkung konservativer, reaktionärer Rollenbilder und normativer Geschlechtszuschreibungen aktiv voran.

Während die in der CDU organisierten „Christdemokraten für das Leben“ und die zu der Arbeitsgemeinschaft Brüdergemeinden gehörende Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde Jacobstraße Leipzig jedes Jahr aufs Neue nach Annaberg-Buchholz bzw. Berlin aufrufen, um dort ihre Anti-Abtreibungs-Propaganda auf die Straße zu tragen, mit welcher sie Frauen* das Recht auf Selbstbestimmung verweigern wollen. Diese Akteure stärken das Fundament, das Abtreibungen kriminalisiert und Frauen* dazu zwingt ihre Zurechnungsfähigkeit zu bescheinigen, um straffrei über ihren eigenen Körper bestimmen zu können, sowie Ärzt*innen zu Strafen verurteilt, die über Schwangerschaftsabbrüche informieren.

So ist auch die AfD maßgeblich verantwortlich für ein konservatives, antifeministisches Rollback dieser Gesellschaft. Sie treibt die Stabilisierung traditioneller Geschlechterrollen voran und diffamiert alle Lebensformen, die nicht ihren Vorstellungen entsprechen.

Roland Ulbrich und Dubravko Mandic, die sich eine Rechtsanwaltskanzlei in der Leibnizstraße Leipzig teilen, arbeiten als AfD Mitglieder zudem aktiv an der Vernetzung mit anderen rechten Gruppierungen wie der Identitären Bewegung, des Netzwerkes „Ein Prozent für Deutschland“ und lokalen Burschenschaften. Diese reden zwar gerne über die Opfer sexueller Gewalt, aber dann nur über die deutschen und instrumentalisieren diese für ihre rassistische Hetze. Wir wollen nicht, dass irgendjemand in unserem Namen redet. Vor allem dann nicht, wenn das gesellschaftliche Bild eines ist, das die Rolle der Frau* immernoch vor allem in Reproduktionsarbeiten wie Kindererziehung, emotionaler Fürsorge für Familie und Freunde, Haushaltstätigkeiten, sexuellen Dienstleistungen für Beziehungspartner etc. verortet. Reproduktionsarbeiten, die als normalisierte Mehrfachbelastung Frauen* zugeschrieben, kaum beachtet und in den seltensten Fällen entlohnt werden. Diese Ideologie, die nicht nur Frauen* unterdrückt, sondern auch Trans- und Interidentitäten anfeindet, PoC Menschen und Personen die als „nicht-deutsch“ angesehen werden diskriminiert, gilt es zu bekämpfen, dabei begreifen wir diese Ideologie als Zusammenspiel unterschiedlichster Diskriminierungsformen, wie Sexismus, Rassismus, Transfeindlichkeit usw., die auch als solche klar benannt werden müssen.

Wir kämpfen für eine befreite Gesellschaft, in der keiner über die andere herrscht. Es sind viele Fronten, an denen wir uns konfrontiert sehen, doch eines ist uns klar:

Solange auf der Welt Frauen* systematisch unterdrückt werden, wird es auch andersweitige Unterdrückung geben. Die Befreiung der Frauen* muss eine kollektive und universelle sein und ist für uns nicht verhandelbar!

In diesem Sinne:

Im Zuge des 8. März alle auf die Straßen, egal ob in Chemnitz, Magdeburg, Erfurt oder anderswo!

Am 16. Juni nach Annaberg-Buchholz Fundis und Rechten den Tag versauen!

Für eine emanzipatorische Praxis – Feminismus oder Schlägerei!

ggbo.de/aufruf-frauen-kampf-tag-iva-chemnitz
feministischerkampftag.blogspot.eu/category/events/schweigemarsch-stoppen.de/aufruf/

G20 Prozesse

Berufung gegen Stanislaw:

Stanislaw wurde in der ersten Instanz wegen „Verstoß gegen das Waffengesetz“, „Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz“ und „Verstoß gegen das Versammlungsgesetz“ zu 6 Monaten auf Bewährung verurteilt. Grundlage dafür ist eine Personenkontrolle am Gorch-Fock-Wall um 9:50 Uhr am 8.7.. In seinem Rucksack fanden die Cops ein Pfefferspray (Vorwurf „Waffengesetz“), sieben mini Böller (eine Kategorie über Tischfeuerwerk -> Vorwurf „Sprengstoffgesetz“), dunkle Kleidung, ein Seil, eine Taucherbrille und einen G20 Stadtplan. Der Verstoß gegen das Versammlungsgesetz wird mit der Unterstellung begründet, er sei auf dem Weg zur Demo „Grenzenlose Solidarität statt G20“ gewesen, deren Auftaktkundgebung ab 11 Uhr ca. 2 km entfernt stattfinden sollte. Laut Aussage eines Beamten, der an der Kontrolle maßgeblich beteiligt war, fand diese während ihrer Pause statt, da die Begleiterin von Stanislaw Dreadlocks hat und Stanislaw einen großen Rucksack dabei hatte. Weitere Kontrollen fanden nicht statt. Der Auftrag während ihrer Pause sei gewesen augenscheinlich linkes Klientel zu kontrollieren.

Am 15.2. endete nun sein Berufungsverfahren mit einer Geldstrafe in Höhe von 120 Tagessätzen zu 12€, sowie die Hälfte der Gerichtskosten. Staatsanwältin Geis wollte zur „Verteidigung der Rechtsordnung“ und wegen des abschreckenden Charakters beim amtsgerichtlichen Urteil bleiben. Einerseits ist das Landgerichtliche Urteil nun deutlich besser, als das Erste. Selbst in Haft umgewandelt würden maximal vier Monate raus kommen. An den verurteilten Vorwürfen hat sich aber wenig geändert. Einzig der Vorwurf „Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz“ wurde fallen gelassen. Dass das Landgericht weiterhin davon ausgeht, Stanislaw sei auf dem Weg zur 70 Minuten später und 2 km entfernten Demo unterwegs gewesen und nicht wie er selber sagte zum nahegelegenen Dammtorbahnhof, ist fatal. Zwar ist der Weg zu einer Versammlung versammlungsrechtlich geschützt, dies nun aber statt dessen strafrechtlich in einem derart räumlich und zeitlich entfernten Radius gegen den Angeklagten zu wenden, ist ein weiterer Versuch das Versammlungsrecht zu untergraben. Auch das Pfefferspray als „Waffe“ zu werten ist juristisch stark umstritten. Nach Meinung der Richterin besteht hier nur Unklarheit, weil Anwält*innen

auf die Barrikaden gegangen sind, so dass Sprays mit den gleichen Inhaltsstoffen unterschiedlich bewertet werden, je nachdem ob sie zur Tierabwehr bestimmt sind, oder nicht. Zu Stanislaw Lasten ging, dass er eine Einlassung mit Teilangaben gemacht hat, zu anderen Fragen aber von seinem Schweigerecht gebrauch machte

Die Regelung, dass sich das Aussageverweigerungsrecht von Angeklagten nicht zulasten des Beschuldigten auswirken darf, gilt nur bei vollständiger Aussageverweigerung.

Die Richterin machte in ihren Urteil zudem deutlich wie sie sich politisch verortet. Sie war als eine der freiwilligen Richter*innen im „Neuland“, dem GeSa-Gericht, tätig. Dort hätte sie einen Flaschenwerfer gehabt, der im Anzug festgenommen worden war, im Rucksack aber schwarze Kleidung hatte. Daher sei auch die schwarze Kleidung von Stanislaw zu seinen Lasten zu werten. Das Gejammere über die GeSa könne sie nicht ab, alle ihr zugeführten Beschuldigten hätten Anwält*innen gehabt. Der Verteidiger hatte angemerkt, dass in Neuland immer nur 10 Rechtsanwält*innen gleichzeitig rein durften und wenn gerade aufgrund von Wechseln weniger da waren, schnell Gefangene ohne Beistand vorgeführt wurden. Zudem war er selber bei Stanislaw Vorführung körperlich raus geflogen. Richter*innen und Cops hätten außerdem das selbe wie die Gefangenen bekommen: trockenes Brot. Von links würde verkannt, dass alle leiden mussten. Vermutlich wird dieses Verfahren in der Revision weitergehen.

Berufung gegen Peike:

Bislang gab es 2 Termine und einen sogenannten Sprungtermin. Beide Termine wurden durchgehend mit einer Kundgebung begleitet. Auch im Prozess nahmen viele solidarisch teil.

Am 9.2. waren zwei Bereitschaftspolizisten aus Berlin – Kosnik und Marx – als Zeugen geladen. Laut erster Instanz hatte Marx Peikes Festnahme durchgeführt, Kosnik gab an, ihn als Flaschenwerfer identifiziert zu haben. Der Vormittag wurde damit verbracht, eine schriftliche Aussagegenehmigungen von Kosnik anzufordern, da er keine mitgebracht hatte. Danach zeigte sich, dass auch Marx keine dabei hatte. Nach zahlreichen Unterbre-

chungen begann die Richterin mit der Befragung des Zeugen Kosnik. Daraufhin wurde auf den in der Akte fehlenden Kurzbericht (von Marx) gewartet, da Kosnik diesen als Grundlage für seine Zeugenaussage nannte, seinen eigenen Bericht habe er nicht mehr. In der begonnenen Befragung durch die Verteidigung konnte Kosnik sich kaum an den Einsatz am 6.7. erinnern. Auch nicht mehr, mit welchen Kolleg*innen er im Einsatz gewesen war, oder wo die Festnahme überhaupt stattfand. In ihrem eigentlichen Auftrag - eine bestimmte Personengruppe im Auge zu behalten – waren sie zu diesem Zeitpunkt gerade gescheitert. Im Gegensatz zur ursprünglichen Angabe, Peike vor allem an „Rastahaaren“ identifiziert zu haben (die er nicht hat), will er nun Statur, Größe, längere Haare und einen „markanten Bart“ des Werfers als Identifikationsmerkmal gesehen haben. Auch daran wie lange der Einsatz nach der Festnahme noch andauerte und was in dieser Zeit geschah erinnerte er sich nicht. Auf dem Gerichtsflur stand für die Unterstützer*innen extra eine Einsatzhundertschaft mit Helmen, was nicht üblich ist und vom Gericht extra angefordert werden muss.

Während der Verhandlung kontrollierten 5 Beamte einer BFE Einheit eine Person, die sich von der Kundgebung vor dem Gericht weg bewegt hat. Als Grundlage nannten sie die Vermutung, er sei eine der Personen aus der „Öffentlichkeitsfahndung“. Obwohl schnell geklärt war, dass dies nicht zutrifft wurden seine Daten dennoch aufgenommen – mit dem Argument: einmal angefangen müsse der Vorgang auch fertig durchgeführt werden.

Am 16.2. waren zwar die beiden Berliner Beamten erneut geladen, mussten aber unverrichteter Dinge wieder gehen. In der Zwischenzeit waren nicht nur aktuelle Aussagegenehmigungen der beiden beim Gericht eingegangen, sondern auch die „Zeugenschaftliche Aussage“ von Kosnik aus der Akte des Staatsanwalts (STA) Elsner, die von den Kopien in den Akten des Gerichts und der Verteidigung abweicht, sowie ein Mailverkehr seitens des SoKo Sachbearbeiters vom 20.7. an die beiden Zeugen vor der ersten Haftprüfung. Die Beiden, Marx und Kosnik, sind die einzigen „Beweismittel“ gegen Peike. Marx fertigte am Festnahmetag einen Zusatzbericht zur Anzeige, aus dem sich die Vorwürfe aus seiner Sicht ergeben, an. Darin berief er sich vom Hörensagen auf Kosnik, der Peike identifiziert habe. Ausschließlich dieser Bericht war Grundlage für den Haftbefehl in der GeSa. Nun stellt sich der Ablauf so dar, dass: STAin Geis forderte wiederholt vom zuständigen Sachbearbeiter der SoKo die Fertigung detaillierter Zusatzberichte an. Dieser schrieb am gleichen Tag besagte Mail und Kosnik fertigte am 24.7. seine „Zeugenschaftliche Äußerung“, von der er 1. Berufungstermin angab, lediglich den allgemeinen Kurzbericht dazu eingesehen zu haben. In der Folge schrieb die STA am 10.8. die Anklageschrift, der Haftbefehl wurde aufrecht erhalten und am 28.8. fand dann die Hauptverhandlung bei Krieten statt.

Alles allein anhand der Angaben von Marx und Kosnik. Diese seien: „glaubhaft, anschaulich, widerspruchsfrei,

sich gegenseitig stützend und bestätigend, ohne Anschein von Absprachen.“. In der Mail vom 20.7. der SoKo an beide Zeugen steht u.a. „Damit ihr euch erinnert, hier der grobe Sachverhalt“. Die Mail enthält für Kosnik nahezu Wortidentisch den Bericht von Marx sowie ein extrem suggestives „Handout“, verknüpft mit der Aufforderung die erfragten Berichte schnell zu schreiben, aufgrund der anstehenden Haftprüfung. @Marx die Bitte einen Zusatzbericht zur Gesamtsituation zu schreiben (Verhalten der 500 Personen, waren die 10-15 Personen teil davon, wie verhielten diese sich), sowie @Kosnik einen umfassenden Bericht zu fertigen. Dazu sei im Anhang ein „grobes Gerüst“. Das „Handout zur Fertigung der Anzeige/des Zusatzbericht“ enthält sehr konkrete Vorgaben was darin enthalten sein soll.

Daher stellte die Verteidigung die Anträge das Verfahren Auszusetzen, die Beiziehung sämtlicher bisher zurückgehaltener Aktenteile, sowie die Aufhebung des Haftbefehls. Peike ist nun seit über 7 Monaten in U-Haft wegen der Aussagen von Marx und Kosnik, die eine heimlich geschaffene Fiktion sind. Mit der Mail wurde seitens der Polizei Hamburg gezielt manipulativ in die Erinnerung der Zeugen eingegriffen und versucht eine einheitliche Erinnerungsleistung herbeizuführen. Dadurch wurden von der SoKo die Grundlage für U-Haft und Amtsgericht Urteil gelegt. Die Polizei hat rechtswidrig wichtige Aktenteile zurückgehalten. Auch der SoKo Sachbearbeiter Massner wird zu hören sein.

STA Elsner beantragte die Anträge abzulehnen, die Verteidigung habe aus einer völlig belanglosen Mail eine Verschwörungstheorie entwickelt. Das „Handout“ sei „Geschmackssache“. Die Verteidigung wies dies zurück. Objektiv hat Kosnik vor Erhalt der Schreibenweisungen keinen Bericht geschrieben. Es wäre schön sich sachlich weiter zu unterhalten. In der Akte fehlen z.B. auch Angaben der Polizeizeugin Christen, die Würfe in Richtung der Wasserwerfer gesehen habe.

Die Richterin lehnte die Anträge ab und wollte mit der Vernehmung Kosniks weitermachen, kam aber nicht dazu. Weitere fehlende Aktenteile wurden von der Verteidigung vor der Vernehmung gefordert: die gesamte Mail Kommunikation bei zuziehen, zumal eine Antwortmail von Kosnik angefordert wurde, sowie Videos von der Kreuzung zu der Zeit und die Angaben von Christen.

Danach wurden noch jede Menge Termine bis Ende April vereinbart.

Am 9.3. fand lediglich ein sehr kurzer „Spungtermin“ statt, um die vorgeschriebenen Fristen formal einzuhalten.

Der Prozess geht begleitet von Kundgebungen, die ab 8 Uhr beginnen, jeweils ab 9 Uhr am 20.3. bis 12 Uhr, 21.3. bis 16 Uhr und 23.3. bis 12 Uhr am Sivekingsplatz weiter.

Prozess gegen Fabio:

Fabios Prozess ist ausgesetzt worden, da die Richterin ab Mitte März in Mutterschutz geht. Eine Beendigung mit Urteil war noch lange nicht in Sicht, zumal die Staatsanwaltschaft ständig nachermittelt und ihre „neuen Erkenntnisse“ erst während der Verhandlung fallen lässt. Der als letzter Prozesstermin angesetzte 27.2. ist wegen „Krankheit“ der Richterin dann ausgefallen.

Für Fabio bedeutet dies, dass der gesamte Prozess von vorne beginnt.

Wann es mit welcher Richterin wieder los geht ist bisher unklar, Fabios Verfahren hat nun, da er nicht mehr in U-Haft ist keine Dringlichkeit mehr und die Gerichte sind ohnehin eher überlastet.

In der bisher gelaufenen „Beweisaufnahme“ ging es höchstens am Rande um Fabio, statt dessen gab es sich widersprechende Aussagen verschiedener Polizeizeugen und eine starre Verbissenheit der Staatsanwältin irgendwie daran festzuhalten, die Demo im Rondenbarg in das Hooligen-BGH Urteil zu pressen. Dies obwohl sie selber an einem der vergangen Terminen sagte: es könne als wahr gesehen werden, dass Blockaden stattfinden sollten und Fabio im Vorhinein nichts von Einzelheiten von Gewalt wusste und selbst wenn sich zeigen sollte, dass gleich Geleidete sich verabredet haben sollten, oder auch nicht, spiele es in diesem Verfahren keine Rolle, denn es ginge ja nur um Fabio.

Prozess gegen Konstantin:

Die Richterin will in diesem Verfahren deutlich zum Ende kommen. Anträge der Verteidigung lehnt sie ohne wirkliche Auseinandersetzung nur noch ab und kündigte mehrfach an, die Beweisaufnahme schließen zu wollen.

Die Verteidigung wird allerdings nicht müde weitere Anträge und Gegenvorstellungen zu deren Ablehnungen zu stellen. Nach wie vor ist unklar, ob die hessische BFE 38 überhaupt ordnungsgemäß in Hamburg während des G20 unterwegs war. Das Gericht zieht sich darauf zurück, die Abforderung der Polizei zu Großereignissen sei Gerichtsbekannt und der Einheitsführer habe ja erzählt den Auftrag „Störerabwehr“ gehabt zu haben, was er sich sicher nicht selbst ausgedacht habe. Anträge zu zwei Sachverständigengutachten sind, bis Redaktionsschluss, noch nicht entschieden.

Ein Antrag bezieht sich auf die beabsichtigte Verurteilung nach dem Erwachsenenstrafmaß, obwohl das Verfahren vor dem Jugendgericht eröffnet wurde. Gehört werden soll eine Wissenschaftlerin aus St.Petersburg, die eine vergleichende Studie zur Entwicklung von russischen und deutschen Jugendlichen veröffentlicht hat.

Der zweite Antrag bezieht sich auf ausgelöste hirnrorganische Reaktionen, beispielsweise durch bestimmte Hormonausschüttung, bei Betroffenen eines polizeilichen Überraschungsangriffs. - Der einzige noch verbliebene Vorwurf gegen Konstantin lautet Widerstand (bei der Festnahme). Allerdings gehen die polizeilichen Aussagen worin der Widerstand bestanden haben soll deutlich auseinander und auch die Richterin hat sich noch nicht festgelegt, welcher Erzählung sie beabsichtigt zu folgen.

G20 Sonderausschuss, Razzien und Widerstand

von: Anwohner*innen und Stadtteilaktivist*innen

Am Dienstag den 29.05. fanden unmittelbar vor einer Anhörung des G20 Sonderausschusses in mehreren europäischen Ländern zeitgleich Durchsuchungen und 7 Festnahmen von linken Aktivist*innen statt. Nach Aussage der Polizei fanden die Durchsuchungen auf Grundlage der Öffentlichkeitsfahndung, der Auswertung von Videomaterial und DNA-Proben statt.

Polizeipräsident Meyer äußerte zur Motivation der Durchsuchungen, ob und wieviele Festnahmen es würden, darauf käme es nicht an: Die Aktion wenige Tage

vor dem Sonderausschuss im Schanzenviertel solle vor allem zeigen, dass der Arm der Hamburger Justiz von Deutschland aus durch ganz Europa reiche. Mailand oder Madrid - Hauptsache Italien. Stadtteilaktivist*innen und autonome Gruppen rufen inzwischen dazu auf, am Donnerstag den 31. Mai ab 16:30 zum Ort des Sonderausschusses, dem ehemaligen Ausweichcamp an der Johanniskirche zu kommen und dort auch selbstorganisiert Solidarität mit den Betroffenen der aktuellen Durchsuchungen und Festnahmen in Europa im Zusammenhang mit dem G20 zu demonstrieren. Die Wiese muss wieder zum Zeltplatz werden! Im Folgenden ein Artikel zu den Hintergründen.

Sollen sie doch Kuchen essen

Zum G20 Sonderausschuss im Schanzenviertel und der Aktualität einer Kultur des Sich-Wehrens

I. Prolog

Schon kurz nach dem G20 Gipfel wurde in der etablierten Politik davon gesprochen, ein Forum für die Stimmen von Anwohner*innen im Schanzenviertel zu schaffen.

Doch je näher dieser Termin gerückt ist, desto offensichtlicher wurde, dass dieses Vorhaben weder im parteipolitischen Interesse von Beteiligten ist noch mit den parlamentarischen Gepflogenheiten harmoniert.

Eine wenige Tage nach dem G20 durchgeführte Stadtteilversammlung mit über 1000 Menschen im Millern-torstadion zeigte, dass es auch anders geht. Neben

einer solidarischen Haltung zu den G20-Protesten im Allgemeinen wurde dort vor allem massive Kritik an der polizeilichen Durchsetzung des Gipfels mitten in Hamburg deutlich. Doch dies passt nun gar nicht ins geplante Programm.

Es gibt bei der sogenannten Anhörung des Sonderausschusses im Schanzenviertel lediglich 260 Plätze. Die beteiligten Parteien mobilisieren zu der Veranstaltung eigene Anhänger*innen aus dem gesamten Stadtgebiet. Entsprechende Beiträge sollen hinlänglich besorgte Bürger*innenstimmen im Sinne der jeweiligen Parteilinie demonstrieren und deren Erfüllung anschließend mahnend bekräftigen und einfordern. Eine sich selbst antreibende Beschleunigungsmaschine der Ressentiments und Totschlagargumente.

Vor dem Hintergrund des erstarkenden Rechtspopulismus in Deutschland gilt es, sich gegenüber der AFD und den Ausschusskolleg*innen zu profilieren und beim Schulterchluss mit der Polizeiführung in staatstragender Dehnbarkeit zu überbieten. Immerhin wird 2020 in Hamburg gewählt. So folgt die Inszenierung, wie ein klassisches Ballet mit tragischem Ende, den üblichen Regeln und Figuren klar verteilten Rollen. Das Böse kommt, wenig überraschend, in den folgenden Geschichten nicht selten aus fremden Ländern.

II. Aktuelle Repression: United we stand!

Als Teil dieser Aufführung fanden am Dienstag den 29.05. in mehreren europäischen Ländern zeitgleich Durchsuchungen und 7 Festnahmen von linken Aktivist*innen statt. Nach Aussage der Polizei fanden die Durchsuchungen auf Grundlage der Öffentlichkeitsfahndung, der Auswertung von Videomaterial und DNA-Proben statt.

Polizeipräsident Meyer äußerte zur Motivation der Durchsuchungen, ob und wieviele Festnahmen es würden, darauf käme es nicht an: Die Aktion wenige Tage vor dem Sonderausschuss im Schanzenviertel solle vor allem zeigen, dass der Arm der Hamburger Justiz von Deutschland aus durch ganz Europa reiche. Mailand oder Madrid - Hauptsache Italien.

Stadtteilaktivist*innen und autonome Gruppen rufen inzwischen dazu auf, am Donnerstag den 31. Mai ab 16:30 zum Ort des Sonderausschusses, dem ehemaligen Ausweichcamp an der Johanniskirche zu kommen und dort auch selbstorganisiert Solidarität mit den Betroffenen der aktuellen Durchsuchungen und Festnahmen in Europa im Zusammenhang mit dem G20 zu demonstrieren.

Die Wiese muss wieder zum Zeltplatz werden, um die Selbstherrlichkeit des Sonderausschusses und der Hamburger Polizei und Politik zu demontieren und durchbrechen.

III. Der Einsatz

Die Dynamik der Auseinandersetzungen während des G20 war auf der reinen Erscheinungsebene recht offensichtlich. Die Einsatzleitung hat am Abend des 7. Juli einen Unruheherd im Schanzenviertel gegen viele andere in der Stadt eingetauscht. Durch das Implodieren der verfolgten Strategie der absoluten Kontrolle und Härte wurde schließlich eine Situation, bei der die Polizei sich völlig verspekuliert hatte.

Die Polizei hat in den Tagen vor dem G20 ihre Kräfte dabei in Inszenierungen polizeilicher Allmacht eingesetzt und diese fehlten schließlich, als sie aus ihrer Sicht tatsächlich gebraucht worden wären. Game Over durch das eigene Eskalationspotential und das Gewicht der eigenen Schwerkraft.

Das Ausblenden der gesellschaftlichen Struktur und Dynamik des Protestes, zugunsten eines Denkens der Stadt als Gefahrengebiet, trug zum taktischen Kontrollverlust während des G20 bei. Vor allem offenbart sich darin aber eine autoritäre Radikalisierung der Polizei und Politik der inneren Sicherheit.

IV. Vom fallen der Ordnung und sich selbst Fallen stellen

Die Verhinderung von Camps und die Angriffe gegen Straßenproteste wie das Massencornern sollten eine Totalität polizeilicher Kontrolle in der Stadt demonstrieren, um bereits präventiv alles im Würgegriff zu halten. Wie ein Zug, der gegen die Wand fährt, wurde dieses Ziel mit allen Mitteln und ohne Rücksicht auf rechtliche Beschränkungen verfolgt.

Spätestens mit der als Machtbotschaft geplanten Zer Schlagung der Welcome to hell-Demonstration löste sich dieses polizeiliche Konzept zunehmend in Rauch auf. Die folgenden Auseinandersetzungen zogen sich bis in die Nacht. Der Polizeischutz aus bayrischen Beamten vor der Wohnung von Innensenator Grote wurde von einem wütenden Mob in die Flucht getrieben. Beamte aus demselben Bundesland weigerten sich am nächsten Abend, das Schanzenviertel zu betreten. Statt sich das eigene Scheitern einzugestehen, die gesellschaftliche Breite und den Widerstandswillen der Menschen auf der Straße zu erkennen, wurde anschließend von Fallen und Gehwegplatten phantasiert und nach sonstigen Erklärungen aus dem reichen Fundus der Legendenbildung gesucht.

Nach Ansicht von Politik und Polizei haben sie im Prinzip und weitestgehend alles richtig gemacht und würden sich wieder so aufstellen, nur noch härter und entschlossener. Die Definition von Wahnsinn ist, ständig dasselbe zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten.

Die Repression nach dem Gipfel hat nicht absondern zugenommen. Weil aus Sicht der Handelnden nicht falsch sein durfte, wie gehandelt wurde. Weil die Erkenntnis, dass die Länge des Polizeiknüppels als Ordnungsinstru-

ment physisch begrenzt ist, als Niederlage begriffen wird. Und weil es das Management ängstigt, wenn die Massen im städtischen Raum nicht nach dem Protokoll von Gipfeln und der Musik von Beethoven tanzen.

Dass Menschen sich im Widerstand befinden, auf die Straße gehen und protestieren, sich einen eigenen Kopf machen, bisweilen sperrig sind, sich nicht an Regeln halten und manchmal nerven oder unausstehlich sind, ist dabei gut und nicht schlecht. Denn alles andere würde bedeuten, dass eine polizeiliche Strategie der absoluten Gewalt und Kontrolle aufgehen würde. Es würde bedeuten, dass Veränderungen nicht erreichbar wären und alles beim Gleichen und Alten bleibt.

V. Dämonisierung zur Entsorgung des Politischen

Wackersdorf im beschaulichen Bayern, Hafensstraße, erster Mai Berlin, Demonstration am 21.12.2013, G8 in Heiligendamm, EZB in Frankfurt oder nun G20 in Hamburg. Wir halten die Auseinandersetzungen während des G20 weder für eine einzigartige Singularität noch für eine neue Qualität des Widerstandes. Die Ereignisse bewegten sich im Rahmen des üblichen Geschehens bei großen Mobilisierungen und Straßenprotesten der neuen sozialen Bewegungen.

Die Dämonisierung von Protestierenden soll vor allem ablenken von einer Niederlage der Polizei. Der katastrophalen Bilanz der Hamburger Linie, dem Modell eines kompromisslosen Vorgehens mit aller polizeilichen Härte, das an den Gipfelrealitäten an die Wand gefahren ist. Soll politische oder gesellschaftliche Fragestellungen überhaupt verhindern und die Ebene der Diskussion auf die Höhe des Sachschadens und staatstragende Bekenntnisse der Empörung und Distanzierung begrenzen.

Plünderungen oder Barrikadentage gab es in der Vergangenheit und gibt es immer wieder. Sie stellen keinen modernen Verfall der Sitten dar, sondern uralte Formen des Aufstandsgeschehens und sind wie Sabotage oder Straßenblockaden wichtige gewerkschaftliche Kampfmittel der internationalen Arbeiter*innenbewegung. Verändert hat sich heute teilweise die Wahrnehmung und sicher die mediale Reichweite von solchen Ereignissen. Vor allem anderen aber der Kontrollanspruch von Polizeibehörden und die totalitäre Reichweite im Denken der Akteur*innen der inneren Sicherheit.

Wenn Innensenator Grote davon spricht, dass Beamte*innen während des Protestzuges durch die Elbchaussee nicht hätten eingreifen können, weil diese überall in der Stadt „im Gefecht“ gestanden hätten, dann zeigt dies in bedenklicher Weise, wie die Proteste in ihrer Gesamtheit während des G20 wahrgenommen wurden. Denn zum angesprochenen Zeitpunkt waren Polizeikräfte im Stadtgebiet zum größten Teil durch Gefechthandlungen wie Verkehrslenkung beschäftigt, ein anderer Teil mit der Verhinderung von Aktionen wie Sitzblockaden oder sonstigen betont gewaltlos angelegten Protestformen.

VI. Menschenverachtung und Hass der Polizei

Der Einsatz von Sondereinsatzkräften mit Maschinenpistolen im Demonstrationsgeschehen und die Stürmung von Wohnungen im Schanzenviertel stellt sich hier nicht mehr nur als Panikreaktion aufgrund der Niederlage im Einsatzgeschehen dar, sondern als Konsequenz eines polizeilichen Handelns und politischen Denkens, das die Stadt nicht mehr als gesellschaftlichen Ort, sondern als Schlachtfeld begreift. Bewohner*innen werden darin als Bedrohung gesehen und Protestierende als Feinde, die es in deren Reihen in militärischer Logik zu bekämpfen und auszuschalten gilt.

Tote und Schwerverletzte wurden in Kauf genommen, als Polizeibeamte im Schanzenviertel die Dachkanten mit Gummigeschossen „abgestreift“ haben, als am Rondenburg Demonstrationsteilnehmer*innen über ein Gelände gedrängt wurden oder beim Angriff auf die „Welcome to hell“-Mobilisierung in der Hafensstraße, als die Massen auf gesamter Breite mit Wasserwerfern, Gas und Schlagstöcken gegen eine Flutschutzmauer gedrängt wurden.

Der Hamburger Polizeichef offenbarte im Sonderausschuss die strukturelle Menschenverachtung und den Hass der Polizei, als er einen Vergleich mit dem Loveparade-Unglück empfört zurückwies: Bei der Loveparade habe es sich schließlich um „Menschen“ gehandelt, bei der Demonstration um „Straftäter“, denen leider die Flucht gelungen sei.

Offenbar sieht die Polizei die Teilnahme an der Demonstration pauschal und gleichermaßen als „Straftat“ an. Wäre es der Polizei lieber gewesen, wenn es im Sinne des Einsatzkonzeptes ein anderes Ergebnis gegeben hätte und Menschen an der Wand möglicherweise zu Tode gekommen wären?! Aus Sicht von Polizei und Innenbehörde die notwendige Strafe und ein hinzunehmendes Risiko für das unentschuldbare Verhalten, sich Gewaltandrohungen und -handlungen der Polizei organisiert zu widersetzen.

VII. Sich zum Teil der Ereignisse machen

Wir lamentieren an dieser Stelle nicht weiter über das Verhalten der Polizei. Ebenso wenig über Sinn und Zweck jeder einzelnen Aktion während der Riots und Auseinandersetzungen rund um den G20. Es macht für uns als Anwohner*innen und Aktivist*innen keinen Sinn, Noten oder hegemoniale Stellungnahmen zu Krawallen abzugeben.

Unsere politische Antwort ist stattdessen, die Stadt als gesellschaftlichen Ort zu verteidigen. Dies beinhaltet auch, die politische Diskussion über die Ursachen von Ausbeutung und Gewalt in unserem lokalen Lebensalltag und globalen Maßstab zu führen.

Auch viele Jugendliche aus der Nachbarschaft waren auf der Straße während der G20 Proteste. Weshalb wurde eigentlich kaum darüber gesprochen, und statt dessen

lieber über die mögliche Herkunft der Teilnehmer*innen aufgrund fremder Sprachen auf den Straßen spekuliert? Als ob Polizeigewalt und die Möglichkeit des Sich-Wehrens keine normale Erfahrung und Teil der Sozialisation und des Erwachsenwerdens auf St. Pauli wäre. Die vermeintliche Fremdheit von Akteur*innen sollte allein der eigenen Entfremdung und dem Nichtverstehen der Ereignisse irgendwie Sinn geben und es erklären, damit im eigenen Verständnis alles beim Alten und Gewohnten bleiben kann.

Der unerschütterliche Glaube, durch Polizei und Gewalt die Verhältnisse ruhig stellen zu können, erinnert an absolutistische Realitätsfluchten. Königin Marie Antoinette soll auf den Hinweis, dass die Bevölkerung kein Brot hätte, geäußert haben, dann sollten sie doch Kuchen essen. In dieser Bemerkung manifestierte sich Unverständnis und völlige Entfremdung zu den realen Lebensverhältnissen. Wir schreiben nicht mehr 1789 und heute bewegen völlig andere Dinge die Menschen. Aber wer Ereignisse verstehen will, muss sich zu einem gesellschaftlichen Teil von diesen machen, statt von außen über sie zu sprechen.

VIII. Eigene Formen und Foren der Auseinandersetzung

Was hat die Menschen und uns selbst auf den Straßen bewegt in den Tagen des Gipfels? Wir brauchen keine Expert*innenrunden oder Sonderausschüsse. Wir haben politische Orte des Zusammenkommens. Projekte wie das Centro Soziale, die Rote Flora oder das Gängeviertel. Stadtteilversammlungen und Gespräche, die für alle Beteiligten einen Blick über den eigenen Tellerrand möglich machen, den Erfahrungshorizont erweitern und uns im besten Fall aus unseren eigenen scheinbaren Sicherheiten und Gewissheiten katapultieren.

Uns gewiss machen, dass wir unterschiedlich sind und es keine herrschenden Hegemonien der Friedfertigkeit oder der Militanz im Stadtteil gibt, dass wir aber solidarisch sein und zusammen stehen können und die Stadt und die Welt, die uns umgibt, beeinflussen können. Diese Haltung

machte den Unterschied und den Erfolg der G20 Proteste aus. Daran arbeiten wir weiter.

Wie immer uns auch die Zukunft begegnet, eines ist klar: Der Kapitalismus und das Patriarchat als globale Prinzipien der Ausbeutung werden nicht freiwillig verschwinden. Es wird Kämpfe geben und wir sind, ob wir wollen oder nicht, Teil von diesen.

IX. Gegen autoritäre Formierung und die Militarisierung der inneren Sicherheit

Eine Frage, die sich stellt, ist allerdings, wie sich Proteste in Zukunft organisieren und selbst verteidigen müssen, wenn Leib und Leben von Teilnehmenden und Unbeteiligten durch die Polizei bedroht wird? Welche Schutzmaßnahmen werden notwendig, wenn auf militant Demonstrierende scharf geschossen wird oder systematische Menschenjagden veranstaltet werden mit dem Ziel, diese nicht mehr festzunehmen, sondern durch körperliche Gewalt »auszuschalten«?

Die Geschichte zeigt, dass solche Eskalationen nicht zur Niederschlagung von Protesten führen, sondern neue Formen des Widerstandes mit sich bringen. Dezentrale militante Proteste wie in der der Elbchaussee können als eine Konsequenz auf den angekündigten Terror der Polizei gelesen und so als politische Botschaft verstanden werden.

Gegen einen Sicherheitsapparat, der sich militarisiert und sich selbst eine Hegemonie der Unangreifbarkeit und Unantastbarkeit verleiht, ist in der Perspektive breites gesellschaftliches Aufbegehren notwendig. Die Demonstration von 40 000 Menschen in München gegen das neue Polizeigesetz in Bayern war dabei ein richtiges Signal des Protestes. Es braucht massenhafte Verweigerung und Widerstand gegen Polizeigewalt und Gesetzesverschärfungen, Solidarität mit Betroffenen von staatlicher Repression und neue Formen des Protestes ebenso wie die Verteidigung von Großdemonstrationen als Orte unseres Zusammenkommens und selbstbestimmten Protestes.

ANKER-Zentren verhindern!

Alle wissen davon. Es ist selbstverständlich, Bescheid zu wissen. Selbstverständlich, dagegen zu sein, selbstverständlich, sich nicht merken zu können, wofür die 5 Buchstaben stehen. Es versteht sich von selbst, bedauerlicherweise nichts tun zu können. Es ist zum Kotzen.

Die von der Bundesregierung geplanten sogenannten zentralen Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen (ANKER-Zentren) werden ab Herbst ihren Betrieb aufnehmen. Ganz im Sinne der EU-Politik wird in Deutschland geradezu beiläufig ein Lagersystem eingerichtet, in dem alle Menschen konzentriert und interniert werden sollen, die einen Asylantrag stellen wollen. Man mag es kaum sagen - es werden Konzentrationslager eingerichtet. Wen die Anwendung des Begriffs in die-

sem Kontext empört, möge sich die Geschichte solcher Lager anschauen. Die Unterschiede zu den historischen Lagern, wie die verschiedenen politischen Bedingungen unter denen sie errichtet wurden bzw. werden sind uns klar. Geschichte wiederholt sich nicht. Gleichwohl mahnt sie ohne jeden Zweifel, die Parallelen nicht zu übersehen, das Gespür wach zu halten, was alles damit gemeint war als es 1945 hieß: Nie wieder!

Uns geht es nicht darum, detailliert die Funktionsweisen der geplanten Lager darzustellen. Aber der Zweck den sie erfüllen sollen ist, alle ankommenden Flüchtenden in die Lager zu sperren bis entschieden wurde, ob dem Asylantrag zugestimmt wird. Bei Ablehnung erfolgt aus den „Zentren“ die Abschiebung. Obwohl sich wahrschein-



aber nicht daran, dass sie nach einer „erfolgreichen“ Testphase mitziehen werden.

Die aktuellen Widersprüche innerhalb der Regierungsparteien ermöglichen es aber vielleicht, die Lager zu verhindern. Wenn die Test-Phase zum Desaster wird, lassen sich die Pläne der Regierung vielleicht durchkreuzen. Zusammen mit dem Widerstand der Leute in den Lagern, den es schon immer gab und geben wird, könnte eine Offensive von Außen die nötige Kraft entwickeln.

Dazu müssten die Regierungsparteien ebenso wie die ökonomischen und politischen Profiteure des Lagersystems angegriffen werden - diskursiv, kreativ und militant. Die Test-Zentren selbst könnten geöffnet und Häuser von Verantwortlichen verschlossen werden. Securitydienste, Parteibüros und Politiker_innen haben Adressen. Die Infrastrukturen der Lagerverwaltungen sind sicherlich angreifbar (ohne die Inhaftierten zu schädigen). Lasst uns ausprobieren, was geht

Es gibt nur ein kurzes Zeitfenster, in denen eine Verhinderung der Lager möglich sein dürfte. Wenn die Tests (mit realen Menschen) gelaufen sind und nach einer anstehenden Grundgesetzänderung die Lager bundesweit eingerichtet werden, wird es zu spät sein. Deswegen rufen wir dazu auf, die ANKER-Zentren jetzt zu verhindern!

Wir haben wenig Hoffnung aber werden nicht aufgeben im Kampf gegen Rassismus und seine institutionalisierten Ausformungen.

In anderen EU-Staaten ist die hier geplante Form der Lagersysteme bereits Realität. Es braucht dazu jedoch keine stramm rechten rassistischen Regierungen. Konzentrations- und Abschiebelager einzurichten ist beschlossene EU-Politik. In Griechenland und Ungarn, zum Beispiel, kann man bereits seit einer Weile sehen, welche Varianten möglich sind. Die EU wird nach Außen eine Festung und nach Innen ein übler Knast für Alle, denen die Regierenden keinen Aufenthalt zubilligen. Ganz beiläufig werden die Entscheidungen gefällt, getestet und umgesetzt. Lasst uns dafür sorgen, dass nichts „beiläufig“ geschieht. Reißt das Maul auf und die Mauern ein! Wir rufen dazu auf, massiv gegen die Einrichtung der ANKER-Zentren vorzugehen!

Andernfalls wird man bald wieder nichts gewusst haben.

Ein paar Anarchist_innen

lich die meisten Insass_innen innerhalb des jeweiligen Landkreises außerhalb des Geländes aufhalten dürfen werden, ist es nur eine Frage der Zeit, wann die „Zentren“ zu geschlossenen Lagern werden, zu Knästen. Denn laut Stephahn Mayer, Staatssekretär im Bundesinnenministerium, muss es bzgl. der ANKER -Zentren das „Ziel sein, die Zahl der Abschiebehafplätze erheblich zu erhöhen“. Dieses Vorhaben werde „höchst prioritär betrieben“. Abschiebehafplätze!

Bei der Bundespolizei lösten die Pläne Seehofers derweil wenig Begeisterung aus. „Bewachung und Betreuung von Ausreisepflichtigen ist keine polizeiliche Aufgabe“, sagte Jörg Radek, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in der Bundespolizei. „Wir bilden nicht Polizisten aus, um Haftanstalten zu betreiben.“ Haftanstalten! Auch die GdP lässt keinen Zweifel.

Schon die „offenen“ Lager verunmöglichen fast die Kontakte zwischen Geflüchteten und Bevölkerung, zwischen von Abschiebung Bedrohten und Unterstützer_innen. Es droht die völlige Abschottung von zehntausenden Menschen hinter Zäunen und Stacheldraht. Nie wieder!

Laut Umfragen befürworten 53% der Bevölkerung die zentrierte Unterbringung von Geflüchteten in ANKER-Zentren. Die restlichen 47% dürften nur zum Teil Gegner_innen rassistischer Politik sein. Die meisten wollen sicher einfach keine großen Lager in ihrer Nähe. So wie die vielen CDU-Politiker, die sich gegen diese „Zentren“ in ihrer Nähe wehren. Es gäbe ja schon so viele Ausländer in der Region. So werden von den 5 geplanten Test-Zentren nach jetzigem Stand wahrscheinlich nur 2 in Betrieb gehen. In Bayern und in Sachsen. Die anderen Bundesländer haben zwar bisher dankend abgelehnt, wir zweifeln

Zum neuen Polizeigesetz

Einleitung

Kurz bevor das neue Polizeigesetz in Bayern verabschiedet wurde, kam es zu einem unerwarteten Widerspruch gegen das Gesetz. Alleine in München demonstrierten am 10.05.2018 um die 40.000 Menschen gegen die Gesetzesänderungen. Auch in weiteren Städten in Bayern hatte es zuvor Demonstrationen gegeben, an denen

sich Tausende beteiligten. Der bayerische Innenminister Joachim Hermann (CSU), äußerte dazu, dass dies schon nachdenklich stimmen würde, das Gesetz aber trotzdem verabschiedet würde und dass es schade sei, dass so viele Menschen auf die Lügenpropaganda der letzten Tage hereingefallen seien. Kein anständiger Bürger bräuchte sich Sorgen zu machen, dass sich durch das neue Gesetz auch nur irgendetwas ändern würde. Ob er

damit das Vertrauen der Demonstrant_innen zurückgewinnen konnte, darf bezweifelt werden.

Deutschlandweit wurde eine Modernisierung der Polizeigesetze beschlossen. Da das Polizeigesetz Ländersache ist, muss jedes Bundesland eigens eine Gesetzesänderung im Landesparlament beschließen. Im Rahmen dieser Modernisierung hat nun Bayern als erstes Bundesland in Deutschland ein neues Polizeigesetz erlassen. Die anderen Bundesländer werden bald folgen, Gesetzesvorlagen existieren bereits in NRW, Sachsen und Niedersachsen. Sie alle ähneln dem Bayerischen Vorbild, vor allem die Unterschiede zwischen der Sächsischen Vorlage und dem Bayerischen Gesetz sind gering. Wer sich für die Details der Gesetze interessiert, wird im Internet schnell fündig, nicht nur informieren verschiedene bürgerliche und linksradikale Gruppen und Initiativen darüber, die Gesetze und Gesetzesentwürfe lassen sich zum Teil auch selbst nachlesen. Welche Neuerungen kommen unterscheidet sich im Detail, lässt sich aber im Groben so zusammenfassen: Die Polizei wird mit Maschinengewehren, Tasern und Granaten aufgerüstet, Ermittlungen werden auch ohne konkreten Verdachtsmoment ermöglicht, Menschen dürfen auch ohne konkreten Verdacht auf eine Straftat eingesperrt werden, die Polizei bekommt die Befugnis auf Rechner von Verdächtigen zuzugreifen und dort Daten zu ändern, es kommt die Fußfessel, die Videoüberwachung inklusive Gesichtserkennung wird massiv ausgeweitet, das Ausspionieren von Menschen bedarf in einigen Fällen keines richterlichen Beschlusses mehr, es dürfen Kontaktverbote ausgesprochen werden. Damit erhält die Polizei nun Befugnisse, wie es sie seit der Niederwerfung des Nationalsozialismus nicht mehr gegeben hat. Die Trennung zwischen Geheimdienst und Polizei wird aufgehoben, ebenso die Gewaltenteilung, da für eine Reihe der polizeilichen Maßnahmen kein richterlicher Beschluss mehr nötig ist. Wir wollen uns aber hier nicht mit der Frage beschäftigen, was genau kommen wird. Hierzu wurde schon viel veröffentlicht. Darüber hinaus befinden sich die meisten Gesetze noch im Status der Gesetzesvorlage, was bedeutet, dass noch nicht abzusehen ist, wie das Gesetz zum Ende hin genau aussehen wird. Wir beschäftigen uns hier vielmehr mit der Frage, warum die neuen Polizeigesetze kommen und wie damit umzugehen ist.

Warum neue Polizeigesetze?

Die Forderung nach einer Kompetenzausweitung der Polizei ist alles andere als neu. Geäußert wurde sie schon immer von rechten und konservativen Politiker*innen, sowie von Vertreter*innen der Polizei. Dass das Gesetz gerade jetzt und auf diese Weise kommt, hat verschiedene Gründe, die im Detail an den jeweiligen Paragraphen der neuen Gesetze und ihrem Zusammenspiel gezeigt werden kann.

So zeigt sich etwa ein ganz praktisches Problem an der Unterbringung von Gefangenen. Zum einen soll ihre Zahl steigen, das Gesetz erlaubt der Polizei das Gefangennehmen von sogenannten Gefährdern. „Sogenannt“ nicht nur deswegen, weil der Begriff ein Herrschaftsbegriff ist, sondern auch deswegen, weil er schwammig und juristisch

nirgends fixiert ist. Vielmehr wurde er durch andauerndes Platzieren des Begriffs durch ein Zusammenspiel aus Polizei, Politik und Medien etabliert. Niemand weiß genau, was ein*e Gefährder*in überhaupt sein soll. Eingesperrt werden dürfen sie zukünftig trotzdem und zwar nach Ermessen der Polizei, ohne richterliche Überprüfung. Damit das Gesetz wirksam eingesetzt werden kann, braucht es aber einen Ort, der bekannterweise Gefängnis heißt. Hier aber besteht bereits jetzt schon ein Problem: Erst kürzlich wurde vermeldet, dass die Auslastung der Gefängnisse viel zu hoch sei, in manchen Bundesländern liegt die Auslastung der Zellen bei nahezu 100%, in anderen zwischen 95% und 100%, wobei 95% bereits als Vollbelegung gilt. Um wirksam Menschen, die eine Bedrohung darstellen sollen, einsperren zu können, braucht es also neuen Platz. Eine Möglichkeit wäre, die Haftstrafe für Bagatellen abzuschaffen, wie es Anfang des Jahres bezüglich des Schwarzfahrens überlegt (und natürlich nicht umgesetzt) wurde, oder aber es braucht eine Alternative zum Einsperren. Diese Alternative ist die Fußfessel. Sie ist für die Polizei das angesagte Mittel, um eine große Anzahl von potentiell als bedrohlich eingestuft Menschen zu überwachen, ohne dass sie einen Gefängnisplatz brauchen. Kostengünstiger dürfte dies ebenfalls sein, eine Software überwacht den Aufenthaltsort aller Fußgefesselten gleichzeitig und gibt ein Warnsignal, sobald jemand den ihm oder ihr zugewiesenen Bereich verlässt. Erst ab diesem Punkt wird Personal nötig.

Die Gesetze zur Fußfessel und dem Einsperren von „Gefährder*innen“ drücken gemeinsam also die Problemlage des Staates aus, bereits viele Menschen gefangen zu halten und zugleich den Wunsch zu haben (oder wie es dann aus Staatskreisen heißt „die Notwendigkeit zu haben“), die Anzahl der Gefangenen zu steigern. Dieser Wunsch wiederum resultiert daraus, dass der Staat im dialektischen Wechselspiel zwischen Staat und Gesellschaft an Bedeutung verliert. Denn die Gewalt des Staates in Form der Repressionsorgane legitimiert sich durch das Vertrauen in ihre generelle Nicht-Notwendigkeit aus der Gesellschaft heraus, was wiederum das Vertrauen der Bürger*innen in ihren Staat bedeutet. Der Staat jedoch ist in eine krisenhafte Situation eingetreten, in welcher das Vertrauen der Bürger*innen zurückgeht. Der Staat kompensiert nun den Vertrauensverlust dadurch, dass er seine Zugriffsmöglichkeiten erhöht, die auftretende Kluft zwischen Gesellschaft und Staat durch mehr Gewalt überbrücken will.

Dabei ist das Auseinanderklaffen zwischen Gesellschaft und Staat zuerst an den sogenannten Rändern zu erkennen, beziehungsweise sind die Ränder immer Ausdruck der Fliegkräfte, die in der Gesellschaft existieren und welche gegen die Macht des aktuellen Staates gerichtet sind. Sie kleinzuhalten ist Aufgabe des Staates in seinem eigenen Interesse der Machterhaltung. Das gelingt in stabileren Zeiten durch eine Mischung aus Integration und Repression, wobei das Gewicht zur Integration tendiert. Eine krisenhafte Zeit drückt sich dadurch aus, dass die Integration nicht mehr gelingt, weil das Vertrauen in den

aktuellen Staat schwindet. In diesem Moment richtet der Staat sich auf Repression aus.

Die sogenannten Ränder selbst geben sich dem Staat zu erkennen, indem sie eine Bedrohung gegen den Staat formulieren. Erst hierdurch werden sie zu erklärten Feind*innen des Staates und verlassen die Ebene der bloßen Gegner*innenschaft. In der aktuellen Situation erfüllen drei relevante Strömungen diese Bedingung: Teile der neuen und alten Rechten, Teile der linken Bewegung und Teile der Islamistischen Gruppierungen. Dabei ist es nicht relevant, ob diese Strömungen eine tatsächliche Bedrohung für den Staat darstellen. Es reicht, dass der Staat sich bedroht fühlt. Dieses Gefühl wird erzeugt durch das Formulieren der Feindschaft aus den Strömungen und einem praktischen Ausdruck dieser. Dabei richtet sich die formulierte Feindschaft nur in wenigen Fällen gegen den Staat überhaupt, sondern vielmehr gegen den aktuellen Staat. Das Ziel ist nicht, den Staat zu beseitigen, sondern die Staatsmacht an sich zu reißen. Nur Teile der linken Bewegung wollen den Staat als Macht- und Gewaltzusammenhang abschaffen, wie die nach Rojava orientierten Teile der kurdischen Bewegung und die Anarchist*innen.

Durch die Verschärfung der Polizeigesetze erhofft sich der Staat in der aktuellen Lage folgendes: Zum einen hofft er auf eine integrative Wirkung bei denjenigen seiner Feind*innen, die den Staat nicht abschaffen, sondern selbst die Macht übernehmen und den Staat autoritär transformieren wollen. Zum anderen will er diejenigen seiner Feind*innen einschüchtern, die er durch Integration nicht auf die Ebene der Gegner*innen herüberziehen kann, sich ruhig zu verhalten. Zuletzt will er ein Mittel sich in die Hand geben, seine Feind*innen durch Repression zu bekämpfen und auszuschalten, sofern sie sich nicht ruhig verhalten. Der Staat schaltet also insgesamt auf die Ebene der Konfrontation und der innerstaatlichen Kämpfe, welche ihn von seinen sogenannten Rändern aus bedrohen.

Diese Strategie ist Ausdruck der inhärenten Widersprüchlichkeit des Staates selbst. Denn die sogenannten gesellschaftlichen Ränder ergeben sich nicht aus externen Gründen oder aus der generellen Schlechtigkeit der Menschen, oder einer übersteigerten Moral, sondern sie ergeben sich daraus, dass der Staat als Gebilde grundsätzlich nicht in der Lage ist, die Probleme der Menschen zu bewältigen und zu lösen. Vielmehr ist er ein Gebilde, das in der Lage ist, ein wohlständiges Leben für die gesellschaftliche Elite nach unten abzusichern und durch Ausbeutung der unterlegenen gesellschaftlichen Schichten zu ermöglichen. Um die unterlegenen Schichten auszu-beuten, bedarf es der Propaganda, des Zuckerbrots und der Peitsche, um einen Verblendungszusammenhang herzustellen, der den Menschen glauben macht, trotz allem tatsächlichen Elend, sei es vorteilhaft, an der Produktion und Organisation des Elitenwohlstands teilzunehmen. Ist der Verblendungszusammenhang stabil, so ist der Staat in einer stabilen Situation. Dabei ist ein wichtiger Teil der

Propaganda, dass der Staat die Probleme der Menschen lösen kann.

Die Situation des Staates allerdings hat nichts damit zu tun, ob die Probleme der Menschen gelöst werden oder nicht. Es reicht, wenn er eine ausreichend gute Show macht, die die Menschen glauben lässt, dass er die Probleme lösen kann. In Wirklichkeit ist es jedoch so, dass die Organisation des Elitenwohlstandes dafür verantwortlich ist, die Probleme der Menschen zu verschlimmern und in vielen Punkten überhaupt erst zu erzeugen. Je stabiler der Staat also ist, je besser seine Propaganda-maschine läuft, desto mehr vergrößert er zugleich die Probleme aller Menschen aus den unterlegenen Schichten auf der ganzen Welt, tatsächlich im Endeffekt auch für die Elite selbst, durch die Zerstörung der Umwelt, durch das Aufstacheln der Menschen zum Krieg, durch das Erfinden neuer Massenvernichtungswaffen und durch die Konstruktion einer menschenfeindlichen Technologie überhaupt.

Das Existieren der Ränder ist immer die Gefahr für den Staat, dass seine Propaganda zumindest in Teilen durchschaut wird. Dies bedeutet eine krisenhafte Situation für den Staat, welche die aktuelle Situation kennzeichnet. Da die Probleme größer werden, der Staat folglich immer weniger in der Lage ist, sie zu lösen, werden ihm die Ränder gefährlicher, was er durch Repression zu lösen versucht. Jedoch zeigt auch hier sich ein weiteres Problem, welches der Staat nicht bewältigen kann, da es aus seiner inneren Widersprüchlichkeit selbst erzeugt wird: Durch das Scheitern der Integration der Ränder und die Aufnahme des Kampfes, wachsen die Ränder. Denn die Maßnahmen der Repression treffen nicht nur die Ränder, sondern die gesamte Gesellschaft und Teile der Gesellschaft nehmen die Haltung einer Gegnerin zum Staat ein. Wir finden dies in der konkreten Beschäftigung mit dem Polizeigesetz in Bayern, wo 40.000 Menschen gegen das neue Gesetz, welches der Staat verabschiedet hat, auf die Straße gingen. Im Kampf gegen seine Feinde, also die neue Rechte, die linke Bewegung und Teile der IslamistInnen, erzeugt er durch die ihm innewohnende Rücksichtslosigkeit und Ignoranz ungewollt neue Gegner*innen.

Was nun?

Angesichts der aktuellen Transformation des Staates hin zu einem autoritären Regime hilft es nichts, sich in Illusionen oder Träumereien zu flüchten. Vielmehr muss der Realität ins Auge geblickt und die Stirn geboten werden: Wir werden kein einziges der kommenden Polizeigesetze verhindern oder relevant beeinflussen können, wir werden den Staat nicht dazu bewegen können, die Gesetze zurückzunehmen. Auch darüber hinaus wird die autoritäre Transformation des Staates weitergehen. Zwischen den Polizeigesetzen und anderen bereits erlassenen Gesetzen und der fortschreitenden technologischen Entwicklung werden sich Synergieeffekte ergeben, welche dem Staat im Kampf gegen uns von großem Nutzen sein werden. Der Staat ist dabei, sich uns gegenüber sehr gut aufzustellen, um uns durch Repression und Gewalt zu beseiti-

gen, durch Wegsperrern, Fußfesseln und Kontaktverbote. Durch die Bedrohung allein wird er einige von uns zum Rückzug von unseren gemeinsamen Werten und Absichten zwingen. Ziel aller Maßnahmen ist es, uns voneinander zu isolieren, uns einzuschüchtern und uns mehr als zuvor zu unterwerfen. Deutlich stellt sich also die Frage nach dem Umgang mit der sich gegenwärtig entwickelnden Situation.

Wer sich die Gesetze im einzelnen anschaut, wird sicherlich schnell auf Ideen und Gedanken kommen, wie die eine oder andere Gegebenheit auszutricksen ist, bzw wie sich die bisherige Praxis im Kampf gegen den Staat fortführen lässt, auch bei einer massiven Ausweitung der Überwachung und Ausrüstung der Polizei. Einige praktische Ansätze seien kurz genannt: Erwerb von Kenntnissen im Bereich der (Computer)Spionage- und Kameratechnik. Herausfinden der Firmen, welche die Technik für die Polizei produzieren. Ermitteln von Möglichkeiten, Fußfesseln zu entfernen oder zu manipulieren. Vergrößern des eigenen Ausrüstungsumfangs. Bei allen Überlegungen hierzu sei folgendes zu bedenken: Durch die Aufrüstung der Polizei ist es notwendig, sich zusätzlich zu spezialisieren, um die bisherige Praxis weiter fortführen. Diese Spezialisierung ist möglich, sie bedarf der Herausbildung neuer und notwendiger Fähigkeiten und Kenntnisse. Dabei ist es jedoch so, dass zwar der Besitz dieser Kenntnisse nicht schadet, ihre Praxis jedoch ein schädliches Element in sich trägt. Denn jede Spezialisierung im Bereich des Kampfes gegen den Staat, trägt die Gefahr der fortschreitenden Selbstisolation mit sich, sofern der Kampf und die Spezialisierung nicht auf breiten Füßen steht. Denn die Spezialisierung geht in Zeiten der erstarkenden Überwachung mit einer Spezialisierung im Feld der Heimlichkeit einher. Die Heimlichkeit erhöht die Sicherheit im Rahmen der Praxis, gefährdet jedoch die ohnehin verkümmerten sozialen Bindungen zu den Menschen, die sich nicht in der gleichen Intensität am Kampf beteiligen können oder wollen. Wenn es schlecht läuft, ergibt sich daraus eine Vergrößerung der existierenden Kluft zwischen den spezialisierten Teilen unserer Bewegung und den bewegungsorientierteren Teilen. Diese Kluft sollte aber eigentlich verkleinert werden.

Es ist zu verhindern, dass uns die neuen Gesetze weiter voneinander entfernen und isolieren. Dies ist neben dem

praktischen auch ein inhaltlicher Punkt. Staat und Patriarchat haben in ihrem Zusammenwirken die Menschen von sich selbst und untereinander Fremd gemacht. Das neue Polizeigesetz hat das Potential, diese Fremdheit noch zu verstärken. Ohnehin werden wir nicht viel weiter als bisher kommen, wenn es uns nicht gelingt, die Fremdheit zu uns selbst und zueinander verkümmern, während wir die Verbundenheit zwischen den Menschen stärken und sich entwickeln lassen.

Konkret für das Themenfeld Polizeigesetze heißt das unter anderem, dass wir uns mit den neuen Gegner*innen des Staates in Verbindung setzen müssen. Wie sich eine Gegner*innenschaft entwickelt, ist nicht ausgemacht. Eine Bewegung zu jedem der Ränder ist möglich, wie auch ein erneutes Hereinfallen auf die staatliche Propaganda mit der daraus resultierenden Ergebnis gegenüber dem Staat. In welche Richtung sich die Menschen bewegen, und ob in den Zeiten der Krise sich unsere fortschrittlichen Kräfte durchsetzen können, hängt nicht zuletzt davon ab, inwieweit unsere Einsichten, Ansichten und Argumente die Herzen der anderen Menschen erreichen können, damit wir uns gemeinsam aus der Umklammerung des menschenfeindlichen und -verachtenden Systems befreien können. Hierin besteht die größte Angst des Staates, dass er zwischen Gegner*innen und Feind*innen nicht mehr unterscheiden kann. Nicht zuletzt deswegen bemüht er sich darum, uns vom Rest der Gesellschaft zu isolieren und die Angst vor uns zu verbreiten und zu vergrößern. Solange es ihm gelingt, die Gefährlichkeit, die für ihn von uns ausgehen mag, als eine Gefahr und Bedrohung für die Gesellschaft anstatt für den Staat darzustellen, solange bleibt es schwierig, dass die Gegner*innen des Staates ihren Weg zu uns finden.

Zuletzt sei gesagt, dass wir uns auf eine lang anhaltende, sich verschlimmernde Situation einstellen müssen. Die Gesetze werden ihre volle Dimension nicht zu Anfang entfalten, sondern erst im Laufe der Zeit. Unser praktisches Vorgehen und unsere inhaltlichen Analysen müssen sich an dieser langen Zeitspanne orientieren.

Es grüßt und küsst euch

irgendjemand

Zur Gesangsaktion in Hitzacker

1. Die Ausgangslage

Am 18.05.2018 gingen 60 Menschen vor das Haus des bekannten Staatsschützers Olaf Hupp in Hitzacker, einem kleinen Dorf im Wendland. Dort brachten sie ein paar Wimpel der YPG an, Musiker*innen der Rotzfrechen Asphaltkultur spielten Lieder des Widerstands. Nachdem eine Streife angekommen war und die Menschen den Platz vor dem Haus des Staatsschützers verließen, kam es zu einem heftigen Polizeiübergriff. Eine BFE-Einheit aus Oldenburg stellte die sich entfernende Ansammlung, kesselte sie ein und zwang alle Anwesenden, sich flach auf

den Boden zu legen. Dabei wurden die Einkesselten geschubst, geschlagen und getreten. Der Staatsschützer, vor dessen Haus gesungen worden war, kam ebenfalls vorbei und war gewalträchtig gegen die am Boden Liegenden. Mehrere Demonstrant*innen wurden verletzt, es laufen Anzeigen wegen Sachbeschädigung, Nötigung, Beleidigung, Widerstand und Landfriedensbruch.

Dass ausgerechnet Olaf Hupp zu Hause besucht wurde, war sicherlich kein Zufall. Schon lange drangsalierter Bewohner*innen des Wendlands, verfolgt und beobachtet sie. Zuletzt jedoch hatte er seinen Willen, den

Menschen das Leben schwer zu machen noch gesteigert, veranlasste eine Hausdurchsuchung im Gasthof Meuchefitz, einem Ort der Begegnung, wo sich Linksradikele und Bürgerliche treffen für gemeinsame Freizeit und Austausch, hetzte mehr Polizei als gewöhnlich gegen kleine Demonstrationen.

Davon jedoch wollte außer den Demonstrant*innen, die zusammengekommen waren, um vor dem Haus des Staatsschützers ein paar Lieder zu singen, niemand etwas wissen. Die Polizei veröffentlichte eine völlig verdrehte Darstellung der Ereignisse, die bereitwillig von Politik und Medien übernommen wurde. Es wurde behauptet, Vermummte seien auf das Privatgrundstück des Staatsschützers eingedrungen und hätten dessen Familie bedroht, auf ihrer Flucht hätten sie sich eine Auseinandersetzung mit der Polizei geliefert. Artikel in Zeitungen wurden mit Fotos willkürlicher Aktionen, bei denen Vermummte Steine werfen, bebildert. Von einer neuen Stufe der Gewalt wurde gesprochen, dass Eindringen in den Privatbereich eines guten Polizeibeamten angeprangert und harte Strafen, sowie eine Erweiterung der Gesetzeslage bezüglich der Vermummung ins Spiel gebracht. Die Aktion vor dem Haus bekam bundesweit negative Aufmerksamkeit.



2. Die Polizei

Was wir bei der Aktion deutlich sehen können, ist, wie sicher sich die Polizei sein kann, dass jede Schweinerei, die sie begeht, keinerlei Konsequenzen hat. Dieser Umstand ist nicht neu. Er war bereits Gegenstand von wissenschaftlichen Untersuchungen, wird von ehemaligen Polizist*innen berichtet und auch Amnesty International thematisierte die Straffreiheit der Polizei beim Begehen eigener Straftaten. Je länger dieser Zustand anhält, desto schlimmer wird er, da sich die gewalttätigen Strukturen in der Polizei etablieren und ausdifferenzieren können. Es bleibt nicht mehr nur bei der isolierten Tat einzelner, über die Stränge schlagender Polizist*innen, sondern es entwickelt sich eine regelrechte Gewaltkultur mit eigenen Regeln und Rollen. Dies ist der gegenwärtige Zustand.

Die gesellschaftlichen Bedingungen machen es sehr schwer, dass Polizist*innen ihr Verhalten begreifen und verändern können. Der Staat selbst ist elementar auf

Gewalt und Unterdrückung aufgebaut und die Polizei ist Ausdruck dessen, die gewalttätige Struktur des Staates setzt sich in die Polizei hinein fort. Gewalttätige Machtstrukturen aber entmenschlichen die Menschen, die in ihnen leben. Sie zersetzt ihre Empathiefähigkeit noch über das gewöhnliche Maß hinaus und lässt in ihnen ein völlig verdrehtes und verzerrtes Bild von richtig und falsch entstehen. Eine solche Polizei kann nur eine Bedrohung für die Menschen in der Gesellschaft sein.

Demgegenüber gibt es verschiedene Verhaltensoptionen. Am weitesten verbreitet scheint es zu sein, sich der Polizei zu unterwerfen, so wie sich dem Staat überhaupt gegenüber unterworfen wird. Die Polizei wird gemieden, zugleich reagieren die Menschen freundlich und unterwürfig, wenn sie auf Polizist*innen treffen. Die nächste Stufe ist es, sich der Polizei im Allgemeinen kritisch gegenüber zu verhalten. Diese Option wird nicht von vielen Menschen gewählt und findet allgemein wenig Gehör, da sie der Option der Unterwerfung entgegen läuft und zu einer Verunsicherung der Menschen führt, die diese aus Prinzip bereits vermeiden wollen. Die weitere Option ist es, die Polizei für ihre Taten zur Rechenschaft zu ziehen und gegen sie zu kämpfen, wo es notwendig und möglich ist. Dies ist der Weg der autonomen Bewegung.

Die Aktion in Hitzacker ist ein Versuch gewesen, einen über die Maße hinaus gewalttätigen und für die Allgemeinheit gefährlichen Polizisten in Bezug auf sein Verhalten aus der Anonymität zu ziehen, indem sie sich nicht gegen die Polizei im Allgemeinen, sondern konkret gegen einen einzelnen Polizisten gewendet hat. Notwendig war dies, weil die staatlichen Strukturen nicht dafür geeignet sind, die Gewalttätigkeit des Polizisten zu zügeln, sondern im Gegenteil diese noch verstärkt. Sinnvolle Aktionen gegen die Gewalt der Polizei im Allgemeinen und gegen die Gewalttätigkeit des konkreten Polizisten sind nur aus der Gesellschaft heraus möglich und diese Möglichkeit hat in der Aktion ihren Ausdruck gefunden. Dabei wurde ein sehr mildes Mittel gewählt, für das besagter Polizist eher dankbar sein sollte, als dass er sich nun auf diese negative Weise verhalten sollte, wie er es tut.

Es war gut sichtbar, dass Polizei und Politik einen solchen Eingriff seitens der Gesellschaft nicht akzeptieren können und wollen. Der Spruch „Getroffen hat es einen, gemeint sind wir alle“ wurde in diesem Zusammenhang zitiert und tatsächlich scheint es so, dass es mit dem Überfall der BFE Oldenburg auf die Demonstrant*innen ein solches Verspüren innerhalb der Polizei Ausdruck fand. Dies ist jedoch weniger ein Ausdruck zwischenmenschlicher Solidarität, wie es in der linken Bewegung der Fall ist. Dazu ist die Polizei aufgrund ihrer verrohten und gewalttätigen Struktur nicht in der Lage. Vielmehr handelte es sich um einen Ausdruck von Männerbündelei und Kumpaneie, jene Strukturen, die Menschen zusammenhalten, obwohl ihr gewalttätiges Verhalten sie eigentlich schon auseinander treibt.

Es ist so, dass Polizist*innen sich gerade in ihrem gesellschaftlichen Auftreten jenseits der Arbeit gerne bedeckt

halten damit, dass sie bei der Polizei arbeiten. Es gibt hier ein Verspüren der Feindseligkeit, die in der Gesellschaft gegen sie vorhanden ist. Solange sie bei ihrer Einheit und in Uniform sind, wissen sie, dass sie durch die staatliche Gewaltstruktur geschützt sind. Im Privaten ist dies nicht im gleichen Maße der Fall. Daher wollen Polizist*innen, dass nichts über sie bekannt wird, wie es sich in der Angst vor der Kennzeichnungspflicht ausdrückt. Die Sorge um ihre Verwundbarkeit im Privaten ist zugleich ein Ausdruck über ihr Verspüren, dass sie durch ihr Auftreten als Polizist*innen sich Feinde machen. Das Verwalten der staatlichen Gewalt ist also nicht nur davon abhängig, dass die Polizist*innen während dem Ausführen dienstlicher Tätigkeit sich auf die bedingungslose Unterstützung durch andere staatliche Strukturen verlassen können. Sondern ebenso abhängig davon, dass die Polizist*innen in ihrem privaten Bereich, also dem Moment, wo sie nicht im Dienste des Staates sind, sondern mit der Gesellschaft in Berührung kommen, nicht von dieser zur Rechenschaft gezogen werden können.

Damit dies passiert, wird einiges an Aufwand betrieben. Die Polizei erhält hier Unterstützung durch die Medien und die Politik, welche ein großes Maß an polizeifreundlicher Propaganda betreiben. Hierzu gehören TV-Serien über die guten und netten Polizist*innen, Dokumentationen, unkritische und polizeifreundliche Berichterstattung, und auf Seiten der Politik Pressemitteilungen, Solidaritätsbekundungen, polizeifreundliche Stellungnahmen und dergleichen mehr. Mittlerweile betreibt die Polizei auch Propaganda im eigenen Auftrag, wie die Modernisierung der Pressearbeit, das Nutzen der sozialen Medien, oder manchmal auch Lieder, wie etwa das HipHop Stück „Auch nur ein Mensch“ zeigen. Im Allgemeinen funktioniert dies gut bis zu einem bestimmten Maße. Da, wo es Konflikte zwischen Polizei und Gesellschaft gibt, wird die Verrohung der Gesellschaft beklagt, das Schwinden des Respekts vor Menschen in Uniform, weswegen im Sommer 2017 ein neues Gesetz zum Schutz der Einsatzkräfte des Staates erlassen wurde. Polizeifeindliche Handlungen werden als kriminell gebrandmarkt und damit in einen Bereich der Gesellschaftsfeindlichkeit verschoben. Die Häufigkeit, mit der in letzter Zeit die Respektlosigkeit und Feindseligkeit gegenüber der Polizei beklagt wird, ist jedoch ein Verweis darauf, dass es eine Ansicht im Staat gibt, dass die gesellschaftliche Akzeptanz der Polizei schwindet, weswegen ihr Respekt durch Maßnahmen wieder erhöht werden muss. Hierbei steht die polizeifreundliche Propaganda im Wettlauf mit der wachsenden Gewalttätigkeit der Polizei.

In einer solchen Phase muss die Polizei besonders sensibel reagieren, wenn Aktionen aus der Gesellschaft gegen einen Polizisten in seiner gesellschaftlichen Zeit stattfindet. Die Aussage in Bezug auf die Aktion in Hitzacker, dass erneut eine neue Stufe der Gewalt gegen Polizist*innen erreicht sei, wie sie in den Medien zu lesen und zu hören war, ist nicht nur inhaltlicher Blödsinn, sondern vielmehr Ausdruck eines Gefühls, kurz vor einem Dammbbruch zu stehen. Eine Situation, in welcher Polizist*innen in ihrer gesellschaftlichen Zeit aus der Gesellschaft heraus zur

Rechenschaft für ihr Verhalten gezogen werden, würde den staatlichen Gewaltapparat in ernste Schwierigkeiten bringen. Der Preis für das Ausüben staatlicher Gewalt wäre zu hoch, wenn dies mit sozialer Anfeindung und Isolation bezahlt werden würde.

Es war daher in ihrem Sinne notwendig, dass die Polizei eine Situation herbei redete, in welcher nicht Zustimmung zur Aktion gegen einen über die Stränge schlagenden Polizisten zustandekäme, sondern ein Gefühl der Solidarität mit diesem. Nicht zuletzt daher wurde gerne die Situation der Familie betont: Frau und Kind seien alleine Zuhause gewesen, derweil der Mann unterwegs war. Eine Aktion gegen Frau und Kind, während der Mann außer Haus ist, ist ein patriarchales Urbild einer sozialen Bedrohungslage. Die „schwache Frau und das schwache Kind“ sind alleine, während der „starke Mann“ beschäftigt ist. Derweil taucht eine Horde auf, die sich auf Frau und Kind stürzen wollen. Dass dies vor allem ein patriarchales Bild ist, wissen Frauen und Kinder schon seit dem Existieren des Patriarchats: Die Bedrohung existiert vor allem, wenn der starke Mann zuhause ist. Ohne Kenntnis darüber zu haben, wie es bei dem konkreten Polizisten zuhause aussieht, wäre es nicht verwunderlich, dass gerade jemand, dessen Beruf daraus besteht, staatliche Gewalt auszuüben, auch zuhause gewalttätig ist.



Trotz allem taugte das erzeugte Bild, um Politik und Medien eine ausreichende Vorlage zu geben, das berechnete Anliegen der Demonstrant*innen, wie auch deren friedlichen Ausdruck völlig zu verdrehen und zu verzerrern und damit das eigene gewalttätige Verhalten zu decken und zu verschleiern. Hieran ist auch zu sehen, wie sehr die derzeitige Phase den Staat zur Lüge nötigt.

Die Taten der Polizei, würden sie nicht verschleiert werden, wären jedoch Ausdruck einer sich vergrößernden Kluft zwischen Polizei und Gesellschaft. Sie rechtfertigen die Aktion der Demonstrant*innen im nachhinein erneut und machen deutlich, wie dringend ein Interventions seitens der Gesellschaft notwendig ist. In solchen und in ähnlichen Momenten ist es daher sehr angebracht, die Verschleierungstechniken und die Lügen von Politik, Polizei und Medien aufzudecken. Ebenso führt kein Weg daran vorbei, die Akteur*innen und Träger der staatlichen Gewalt für ihr Verhalten in die Verantwortung zu nehmen. Hierbei sei jedoch noch auf den Punkt hingewiesen, dass aufmerksam zu verfolgen ist, wo und wann die Träger der staatlichen Gewalt diese gegen Teile der

Gesellschaft anwenden. Wir sind hier als linke Bewegung häufig zu sehr auf uns selbst fixiert und interessieren uns vor allem dann für Angriffe auf die Gesellschaft, wenn sie uns selber treffen. Wenn wir uns die Auseinandersetzung mit dem Staat nicht bloß aus unseren individuellen Interessen, sondern im Interesse an einer besseren Gesellschaft überhaupt liefern wollen, dann müssen wir unseren Blick erweitern.

3. Die Presse

Am Verhalten der Presse zeigte sich wieder einmal, dass die Bedeutung der Presse eine andere ist, als sie für sich selbst in Anspruch nehmen. Der selbstgewählte Anspruch der Presse ist es seit jeher, einen Teil zur Aufklärung der Menschen in der Gesellschaft beizutragen. Sie selbst bezeichnen sich als vierte Macht im Staat neben Legislative, Exekutive und Judikative. Die Presse verspricht, darüber zu berichten, was geschieht, den Bürger*innen der Gesellschaft also eine Möglichkeit zu geben, sich darüber in Kenntnis zu setzen, ob die Träger der Staatsgewalt auch das tun, was sie der Gesellschaft versprechen und wodurch sie sich legitimieren.

Wir sehen am Beispiel dieser Aktion, dass die Presse diesem Anspruch nicht gerecht wird, sondern sogar das Gegenteil dessen erreicht, was ihr Anspruch ist. Tatsäch-



lich wurde nicht darüber berichtet, was geschehen ist, sondern es wurde unreflektiert das Zerrbild der Pressestelle der Polizei wiedergegeben, mit welcher das eigene gewalttätige Verhalten verschleiert werden sollte. Dadurch hat sich die Presse nicht ihrem eigenen Anspruch nach verhalten, sondern hat dazu beigetragen, die Polizei in ihrer Absicht, die Menschen über die tatsächliche Situation zu belügen, unterstützt. Eine so handelnde Presse steht nicht mehr auf Seiten der Gesellschaft und auch nicht zwischen Gesellschaft und Staatsgewalt, sondern sie wird Teil der Staatsgewalt und damit tatsächlich zu einer vierten Macht im Staate auf Seiten des Staates. Wenn die Presse lediglich die Pressemitteilung der Polizei wiedergibt, so braucht es keine Presse mehr. Die Polizei bestimmt in diesem Fall ohnehin schon selbst, was über sie geschrieben wird. Es würde in diesem Falle reichen, die Polizei gäbe eine eigene Zeitung heraus, in welcher sie über ihre Taten lügen und täuschen könnte, wie es ihr gefiele. Dieser Zustand ist aber schon erreicht, wenn die Presse blind alles wiedergibt, was die Polizei veröffentlicht.

Daran ändert auch nichts, dass in manchen Medien in der Folge noch über die Stellungnahmen der Demonstrant*innen und Musiker*innen berichtet wurde. Denn da war das Bild der Polizei schon verbreitet. Zudem wurde fast überall im Konjunktiv berichtet, das Erleben der Demonstrant*innen also so dargestellt, als wäre es nicht mehr als ein Zerrbild der eigentlichen Ereignisse, also dem Bild, welches zuvor ganz im Sinne der Polizei schon verbreitet worden war.

Am Verhalten der Presse zeigen sich mehrere strukturelle gesellschaftliche Probleme. Denn es ist so, dass die Menschen hinterherhinken bei der Analyse bestimmter technologischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen. So wurden beispielsweise nur unzureichend fortschrittliche Schlüsse daraus gezogen, dass es einen immer weiter voranschreitenden Verfall der Presse gibt. Dieser hängt zusammen mit der schwindenden Anzahl der Herausgeber, welcher durch den Aufkauf zahlloser Pressorgane durch die großen Medienkonzerne zustande gekommen ist. Damit einher ging ein Zusammenstreichen und Auflösen zahlloser Redaktionen, eine wachsende Abhängigkeit der verbleibenden Redaktionen vom Einfluss ihrer Verlage und dem Einfluss der Anzeigenkunden. Ebenso hängt der Verfall damit zusammen, dass die Gesellschaft bisher nicht ausreichend in der Lage war, die Auswirkungen der technologischen Entwicklungen vor allem im Bereich der Computertechnologie zu erfassen. Die Menschen sind diesen Entwicklungen derzeit hilflos ausgeliefert. Gerade die Bedeutung des Internets und die Auswirkungen der technologischen sozialen Medien bleibt den meisten verschlossen, so dass die Menschen demgegenüber auf die Position eines „Users“ herabgewürdigt werden konnten. Das Wort „User“ bedeutet zwar eigentlich „Anwender*in“, unter den derzeitigen Bedingungen jedoch kaum mehr als „Anhängsel“. Dieser Umstand wirkt sich auch negativ auf die Presse aus, die nicht in der Lage ist, auf die sich verändernde Qualität und Geschwindigkeit von Informationen zu reagieren und begonnen hat, Informationen einfallslos wiederzugeben, anstatt sie als Anlass für Recherchen zu nehmen. Auch unterscheidet sich die Presse kaum mehr von der restlichen Gesellschaft in der Hinsicht, dass nur wenige in der Lage sind, die aktuelle Situation, die in der Welt existiert zu erfassen, weswegen durch die uninformierte Presse andere Uninformierte mit ohnehin für alle verfügbaren Informationen versorgt werden. Die Qualität der Berichterstattung der Presse ist unter diesen Entwicklungen stark zurückgegangen und kann sich aus eigener Kraft nicht aus dieser Lage retten. Daher ist die Verbreitung sinnvoller Informationen eine wichtige Aufgabe für die linke Bewegung. Fast jede Arbeit ist hier jedoch Pionierarbeit, weil die kurz skizzierten gesellschaftlichen Entwicklungen nicht vor der linken Bewegung halt gemacht haben und in sie eingesickert sind. Auch wenn hier schon einige Schritte gemacht wurden, waren dies auf den allgemeinen verwirrten gesellschaftlichen Zustand eher Schrittlchen. Weitere praktische Versuche und Analysen sind hier notwendig.

Am Wendland können wir jedoch sehen, was eine wichtige Grundlage für die Verbreitung von Informationen ist. Denn dort besteht ein soziales Netzwerk, in welches Menschen aus der linken Bewegung mehr als in vielen Teilen Deutschlands eingeflochten sind. Da sich Informationen nicht nur über Pressemedien, sondern auch über soziale Netzwerke bewegen, sind die Bedingungen günstig, dass sich auch die Informationen über das Geschehen angemessen verbreiten. Sollte dies der Fall sein, so wird sich der Effekt der Aktion, den Polizisten zur Verantwortung zu ziehen, verstärken, und das Ansehen der Polizei weiter zurückgehen, welches im Wendland aufgrund der Castorvergangenheit ohnehin geringer ist, als in manch anderen Teilen Deutschlands. Sollte es zu einem Prozess oder zu anderen Aktionen wie etwa Hausdurchsuchungen kommen, so werden wir an Art und Ausmaß der gesellschaftlichen Reaktion darauf sehen können, wie stark die sozialen Netzwerke tatsächlich sind.

Der Aspekt des sozialen Netzwerkes gegenüber der Presse als Weg für wichtige Informationen offenbart einige wichtige Themen. Wir sehen daran, dass das Verbreiten einer Information eng mit Vertrauen verbunden ist. Eine Information kann nur dann ihre Dimension entfalten, wenn der Informationsquelle vertraut wird. Das Vertrauen in die Pressemedien ist mittlerweile stark zurückgegangen, weswegen das soziale Netz an Bedeutung für Informationen gewinnen kann. Andersherum bedeutet es, dass wir kaum in der Lage sein werden, Informationen zu verbreiten, wenn wir keine sozialen Netze haben, in welchen wir uns bewegen und in welchen uns Vertrauen entgegen gebracht wird. Darauf zielt auch die politische und polizeiliche Propaganda gegen uns ab. Mittels ihrer wird versucht, Misstrauen in uns zu verbreiten, und uns so aus den sozialen Netzwerken zu isolieren. Beziehungsweise zu verhindern, dass überhaupt sozial relevante Netzwerke zustande kommen, wie es ohnehin Absicht des Staates gegenüber der Gesellschaft ist. Dieser Umstand lässt uns mit der Aufgabe zurück, zu begreifen, was uns daran hindert, in soziale Netzwerke einzutauchen, diese zu stärken und zu beschützen, wie es die Aufgabe der Sozialrevolutionär*innen zu allen Zeiten gewesen ist. Da funktionierende soziale Netzwerke selten sind, ist es eine weitere Aufgabe, soziale Netzwerk verstärkt zu analysieren und daraus eine Intensivierung solidarischer und gemeinschaftlicher Praxis erwachsen zu lassen. Dabei ist es wichtig, den Unterschied zwischen einem tatsächlichen sozialen Netzwerk und einem virtuellen, technisch ermöglichtem sozialen Netzwerk zu betrachten.

4. Die Politik

Die Reaktion aus der Politik auf die Aktion vor dem Haus des Polizisten war wie zu erwarten feindselig. Ebenso wie die Presse wurde die Information der Polizei übernommen und weiterverbreitet, gemischt mit den Versuchen, die Befugnisse des Staates auf dem Rücken der Propaganda ausweiten zu können. Dies war daran zu sehen, dass eine Verschärfung des neuen niedersächsischen Polizeigesetzes angedacht wurde, sowie die Überlegung, Vermummung zukünftig als Straftat und nicht als

Ordnungswidrigkeit zu verfolgen. Deutlich tritt hier der Unterschied zur Presse hervor, auch wenn im vordergründigen Verhalten, also dem Nachplappern der Polizeipressemitteilung, kaum ein Unterschied erkennbar wird. Die Politik jedoch hält jene Macht in den Händen, mit welcher die Herrschaft des Staates über die Menschen ausgedehnt werden kann. Dies weiß auch die Presse und versucht häufig, durch offene und versteckte Kommentare Einfluss auf diese Macht zu nehmen. Einfluss kann tatsächlich genommen werden und zwischen Presse und Politik besteht ein Geflecht, in welchem das Verbreiten von liebsamen und unliebsamen Informationen die Währung ist für Einfluss, eingesetzt für Bestechung, Bedrohung und Erpressung.

Allerdings gilt für die Menschen in der Politik, was auch für die anderen Menschen der Gesellschaft gilt: Ihre Analyse der gegenwärtigen Situation ist absolut mangelhaft, weswegen sie kaum zu mehr in der Lage sind, als die Situation Schritt für Schritt zu verschlimmern. Zwar sind sie in Besitz einer Reihe von speziellen Informationen, deren Umfang mit steigendem Rang innerhalb der politischen Struktur zunimmt, jedoch helfen ihnen diese Informationen nicht, die drängenden Probleme der Gesellschaft zu lösen. Dies bringt sie in die Situation, dass sie über ihre Tätigkeit lügen müssen, damit das Wissen über ihre Unfähigkeit sich nicht verbreitet und im Falle, dass doch Menschen Kenntnis über ihre allgemeine und grundlegende Unfähigkeit entwickeln, sie vor diesen Menschen ausreichend geschützt werden wollen. Aus ihrem Wunsch, ihre Unfähigkeit zu vertuschen, resultiert ihre Zusammenarbeit mit der Presse, aus dem Wunsch nach Schutz die Zusammenarbeit mit der Polizei. So kommt es auch, dass sie so bereitwillig jede Schweinerei, die die Polizei umsetzt, decken und gegenüber der Gesellschaft darüber lügen verbreiten.

Es ist zu beobachten, dass die Politik gerade sehr bereitwillig die Polizei mit Kompetenzen ausstattet, also selbst Kompetenzen damit abgibt und verliert. Der Hintergrund hierfür scheint eine wachsende Sorge vor einem Verlust der gesellschaftlichen Stabilität zu sein, der durch ein Erhöhen der praktischen Gewaltanwendung der Staatsmacht, also der Polizei, und damit ein Reduzieren der anderen Aspekte der Staatsmacht, also Gerichte und Politik zu schwächen. Das ist ein sehr bedenklicher Zustand, da sich in der Politik damit eine Ansicht durchsetzt, dass gesellschaftliche Probleme zukünftig verstärkt durch Gewalt und Repression zu klären sind. Ob die Politiker*innen es wollen oder nicht, erhöhen sie damit sehr deutlich die Gefahr, die für die Gesellschaft von der Polizei ausgeht.

Nur wenige Menschen innerhalb der Gesellschaft haben den Mut und die Bereitschaft, sich selbst und die Gesellschaft in der sie leben, vor der Gewalt der Staatsmacht zu beschützen. Daher ist es für die Politik so wichtig, die Menschen, die diese Bereitschaft haben, zu isolieren und der Gesellschaft verdächtig zu machen. Denn: Da die Politiker*innen mehr und mehr dazu neigen, gesellschaftliche Probleme und ein Misstrauen gegenüber der Politik durch die Staatsgewalt klären zu lassen, ist ein

Widerspruch sowie widerständiges Handeln gegenüber der Staatsgewalt eine große Gefahr. Denn jeder Widerstand gegen die Staatsgewalt kann aufdecken, dass der gewalttätige Lösungsversuch inadäquat ist. Damit wird ebenfalls aufgedeckt, dass aber auch die Politik selbst nicht in der Lage ist, Probleme zu lösen, wodurch die Legitimation der Staatsgewalt schwindet. Hierdurch wiederum entsteht die Gefahr, dass sich in der Gesellschaft die Einsicht durchsetzt, dass die Gesellschaft nun selbst handeln muss, um ihre Probleme zu lösen. Das ist ein Zustand, der viele Gefahren in sich birgt, weil es möglich ist, dass sich reaktionäre und menschenfeindliche Kräfte durchsetzen, doch er birgt auch Hoffnung, da auch unsere Ideen nun ihre gesellschaftliche Bedeutung entfalten können, sofern wir selbst in der Lage sind, sie zu verbreiten.

Der Einfluss der Politik und ein Vertrauen in sie ist im Wendland ohnehin gering. Dies liegt zum einen an der ländlichen Struktur, die eine Ferne zur Politik und ein Bezug auf die praktischen Anforderungen des Zusammenlebens mit sich bringen kann, wie auch an den kommunalen Strukturen, die sich aus dem Castorwiderstand entwickelten. Über viele Jahre hat die Politik im Wendland deutlich gemacht, dass sie nicht in der Lage ist, die Probleme der Menschen zu lösen, oder überhaupt anzuerkennen. Nur durch jahrzehntelangen, hartnäckigen und gemeinsamen Widerstand konnte die Politik zum Einlenken gezwungen werden. An dem Verhalten der Politik nach der Aktion in Hitzacker sehen wir, wie unfähig die Politik durch ihre innere Widersprüchlichkeit wird. Da sie selbst immer leerer wird und den Bezug zu der Gesellschaft immer weiter einbüßen muss, muss sie sich der Staatsgewalt bedienen, um Wirkung zu entfalten. Damit, dass sie die Aufgabe der Problemlösung der Staatsgewalt überträgt, entleert sie sich weiter und entfernt sich weiter von der Gesellschaft. In Bezug auf Hitzacker und ihrem eigenen Legitimationsanspruch nach, wäre es in

ihrem eigenen Interesse gewesen, sich eben nicht auf die Seite der Staatsgewalt zu stellen, sondern auf die Seite der Gesellschaft. Von dort aus hätte das Verhalten der Staatsgewalt kritisiert werden und Konsequenzen gezogen werden müssen. Dazu ist sie jedoch derzeit nicht in der Lage und wird aus eigener Kraft auch nicht mehr in diese Lage kommen. Ein immer weiteres Stärken der Polizei wird die Folge sein. Dass die Politik sich auf Seiten der Polizei stellt, die eine Gruppe harmloser Menschen, die ein paar Lieder sangen, regelrecht überfielen, wird den Menschen im Wendland im Gedächtnis bleiben, sofern es gelingt, die Sicht der Demonstrant*innen gegenüber der Staatspropaganda durchzusetzen.

Wir kennen dieses Verhalten der Politik schon lange. In der jüngeren Vergangenheit hat es noch einmal zugenommen, gut zu beobachten an den Äußerungen von Olaf Scholz zum G20, aber auch in vielen Städten in der Tagespresse zu beobachten, wo sich die Politik ohne Kenntnis der Lage blind auf Seiten der Polizei stellt, egal was diese aus welchem Grund auch tut. In dieser Situation ist es wichtig, dass wir uns im fortschreitenden Vertrauensverlust in die Politik gegenüber allen repressiven, reaktionären, faschistischen und antifeministischen Strömungen, die derzeit ihre Vorstöße organisieren, positionieren und eine progressive Entwicklung innerhalb der Gesellschaft durch unsere solidarischen Konzepte voranbringen. Die Aktion in Hitzacker war hierfür Ausdruck und Inspiration für Weiteres zugleich. In diesem Sinne:

Ein Hoch auf die widerständigen Freund*innen im Wendland und ein dreifaches

HuppHupp – Hurra!
HuppHupp – Hurra!
HuppHupp – Hurra!

Brief von Andreas Krebs

über verweigerte ärztliche Behandlung, Gewalt unter Gefangenen und den Alltag in der JVA Burg

Nun sind es fast 3 ½ Monate seit meiner Zwangverschleppung durch das SEK aus meiner Zelle in der JVA Volkstedt. 3 ½ Monate bin ich nun hier in Burg und meine Zeit geht nun langsam dem Ende zu bis zur Auslieferung.

Je näher der Tag kommt, je nervöser und depressiver mit vielen Ängsten verbunden werde ich. 3 ½ Monate wurde ich jedes mal, wenn ich die Station wegen irgendetwas verlassen musste, ob Besuch oder sonstiges, von mehreren Beamten begleitet, egal wohin es ging. Selbst bei vertraulichen Arztgesprächen in der Krankenstation waren sie mit anwesend und hatten mich immer im Auge. Auf der Station kann ich mich zwar frei bewegen, aber ich weiß und merke, dass ich nach wie vor ganz genau beobachtet werde. Wenn ich während der Aufschlusszeiten mich einmal Tage lang nicht blicken lasse, weil ich ohnehin mit fast allen Gefangenen nichts anfangen kann (dazu gleich mehr), dann kommt schon mal jemand aus

dem Dienstzimmer und erkundigt sich nett und höflich, ob alles in Ordnung wäre und es mir gut geht. Natürlich wissen sie auch, dass ich körperlich wie auch von meiner Psyche angeschlagen bin.

Erst vor kurzem habe ich mich von einer schlimmen Erkrankung nach fast zwei Wochen erholt. Ich lag fast 24 Stunden am Tag im Bett, hatte ständig Fieber, konnte kaum noch etwas essen und mir fiel es irre schwer meinen täglichen Anruf zu tätigen um Bescheid zu geben, wie es mir geht und so weiter. Von Anfang an habe ich die Vorführung zum Anstaltsarzt Dr. Klose verweigert. Ich war schon einmal für eine Woche hier in der JVA Burg bis man mich auf Grund der Zuständigkeit nach Volkstedt verlegte. In dieser Woche wurde ich bei meiner Einlieferung auf die Krankenstation gebracht und wurde dem Arzt vorgestellt. Durch das asoziale Verhalten des SEK bei meiner Festnahme (ich kam gar nicht dazu mich zu

wehren) hatte ich eine Kopfverletzung. Dieser Arzt stellte sich mir erst auf Nachfragen mit seinem Namen vor. Ich erklärte ihm sofort, dass ich seit über zwei Jahren Medikamente nehme und ständig Blut pisse. Ich sagte ihm, dass ich täglich mehrere Tabletten, also mindestens 16mg Subutex nehme. Mit einer Arroganz stellte er mich als Lügner hin und behandelte mich wie das letzte Arschloch. Er hörte nicht mal zu, erzählte mir etwas von einem Drogenausweis, den ich haben müsste und so weiter. Ich hatte keine Ahnung, was er damit meinte mit einem solchen Ausweis, versuchte ihm mehrfach zu erklären, dass ich mit Drogen nichts zu tun habe, sondern Schmerzpatient bin, und ich gab ihm die Adresse von meiner zuständigen Ärztin. Denn Typen hat wirklich nichts interessiert sondern immer nur seine scheiß Arroganz. Keine Blut- oder Urinuntersuchung, einfach nichts. Während meines Arztgespräches habe ich Dr. Klose auch darauf hingewiesen, dass ich seit Monaten ein Schreiben meiner Hausärztin wegen meiner Medikation, welche ich über zwei Jahre als Schmerzpatient bekommen, in meiner Krankenakte befindet. Er blätterte erstmal ewig in der Akte herum und ist dann endlich auf das Schreiben gestoßen (daran sieht man mal, dass niemandem dieses Schreiben meiner Ärztin interessierte und dieses nur ignoriert wurde). Dr. Klose meinte dann nur: Das wäre doch ein Gefälligkeitsschreiben und so was hätte er auch schon gemacht. Ich war sprachlos und konnte dazu einfach nichts mehr sagen. Wo bin ich hier nur hingera-ten? Warum macht man das mit mir? Warum hat keiner Rücksprache mit meiner Hausärztin gehalten um nachzufragen? Was unterstellt man uns? Meine Partnerin schickte vor Monaten sogar Röntgenbilder von meiner Hüfte in die JVA Volkstedt als ich mich noch dort befand. Auch darauf bekam ich nie eine Antwort, obwohl auf den Bildern zu sehen ist, dass mit meiner Hüfte etwas nicht richtig ist. (Bilder, die kurz vor meiner Inhaftierung gemacht wurden) Ich weiß einfach nicht mehr weiter und sowas nennen sie hier drinnen Ärzte. Die wollen nichts tun, haben draußen wahrscheinlich versagt und arbeiten darum drinnen. Ich musste ein paar Tage auf der Krankenstation bleiben und als ich Tags darauf auf die Toilette ging pinkelte ich wieder Blut. Sofort und ohne zu spülen, drückte ich die Glocke der Notrufanlage und schon hörte ich jemanden. Nach kurzer Schilderung kam nach nicht einmal einer Minute ein Beamter, eine Schwester und Herr Klose. Er sah in die Toilette, sah also dass Blut und dann tastete er meine Seiten am Oberkörper ab, wo die Nieren sitzen und meinte: Die wären nicht geschwollen, also alles nicht so schlimm. Es gab KEINE Untersuchung anschließend und es wurde dabei belassen. Ich fühlte mich jedoch so angeschlagen, dass ich nichts weiter darauf sagte, aber mich auch nicht wirklich mehr traute. Mehrfach am Tag sagte ich allerdings, dass es mir nicht gut geht, weil ich mein Medikament bräuchte. Auch darauf wurde NICHT reagiert, obwohl ich immer wieder darum gebeten habe, dass man doch meine Hausärztin kontaktieren soll, was auch nicht getan wurde. Mir ging es immer schlechter! An einem Mittwoch oder Donnerstag, ich glaube nach drei Tagen Aufenthalt in der Krankenstation wurde ich auf eine normale Station verlegt, in einen Einzelhafttraum. Ich war, obwohl es mir körperlich so

mega schlecht ging, total sprachlos, weil fast ständig die Zellen offen gewesen sind und es sogar Telefon auf der Station gab. (Ich kenne ja nur Bayern). Nur hatte ich leider noch keine Möglichkeit zum Telefonieren, sondern musste erst einmal einen Antrag hierfür stellen. Ich lernte jedoch einen Gefangenen kennen, der mehrfach täglich mit seiner Partnerin telefonierte und ich hatte ihn darum gebeten, ob er nicht über seine Frau meine Partnerin kurz kontaktieren könnte, um sie über meine aktuelle Situation zu informieren. Natürlich hat er das auch gleich gemacht. Er gab seiner Frau die Telefonnummer und so konnte man einen kleinen Kontakt herstellen. Ich hatte ja nichts, keine Schreibutensilien, einfach nichts. Körperlich ging es mir immer schlechter und so ging ich zu einer Stationsbeamtin, die gerade da war und erzählte ihr alles wegen meiner fehlenden Medizin. Sie sagte, dass sie mir leider nicht helfen kann, aber wenn ich wollte, dann würde sie versuchen, dass ich wieder auf der Krankenstation aufgenommen werde. Ich überlegte, sah es aber als sinnlos an, weil warum sollte dieser Arsch im Spital seine Meinung ändern? Ich war doch der Lügner und ein Stück Dreck. Genau so hat er mich behandelt und das ist auch keine Einbildung oder Überreaktion. Denn es gibt den ein oder anderen Beamten, die mich verstanden und selbst sagten, dass seine Arroganz gegenüber Gefangenen einfach unterste Schublade ist. Diese Beamtin also hat mir aber angeboten, dass ich über sie telefonieren darf, wenn ich möchte, was ich sofort dankbar angenommen habe und ich mir dabei gleich dachte: Das wäre in Bayern gar nicht möglich, niemals! In Bayern darf man mal anrufen, wenn zuhause wirklich was schlimmes passiert ist und dann auch nur im Beisein des Beamten, der mithört. Nicht zu vergessen, dass man aber vorher einen Antrag mit Begründung schreiben muss. Die einzige legale Möglichkeit, dass man in Bayern hin und wieder mal telefonieren darf, ist wenn man sich mit einem der beiden Kuttentrünker (auf gut bayrisch gesagt) gut stellt und auch regelmäßig ihren Gottesdienst besucht. Die Anstaltsgeistlichen in Bayern haben auch immer in ihrem Büro ein ganzes Arsenal an Tabak und Bomben (Kaffeegläser) im Schrank eingesperrt ist, und wenn man mal richtig blank ist, und dass sind wir alle fast immer, rückt einer der beiden Kuttentrünker immer mal etwas raus, natürlich gegen eine Gegenleistung. Man sollte also hin und wieder sich Sonntags zur Kirche melden über den Stationsbeamten und in der Kirche irgendwie am besten bemerkbar machen, vielleicht am lautesten singen, damit der Pfarrer auch registriert hat, dass du da gewesen bist. Ein oder zwei Tage darauf schreibt man dann ein paar persönliche Zeilen im verschlossenen Umschlag, dass man gerade so knapp bei Kasse ist. Der kommt dann auch irgendwann persönlich vorbei und bringt einem eine Kleinigkeit. Na auf jeden Fall war ich hier n Burg über die Beamtin total überrascht, dass sie mich einfach hat anrufen lassen ohne dass ich dieser Frau eine großartige Story habe erzählen müssen. Als meine Frau abgehoben hat, erzählte ich ihr sofort mit meinem Problem mit diesen Anstaltsarzt Klose und das er mir irgendetwas von einem Giftausweis erzählte und mich abservierte ohne dass er mir half, wie als wäre ich ein Lügner. Meine Frau die auch viel im Medizinischen Bereich tätig ist, verstand sofort,

was er meinte und sagte, dass sie eine ärztliche Bestätigung von unserer Ärztin besorgt und auch unsere Hausärztin darüber verständigt. Die Beamtin, die bei dem Telefonat mit anwesend war, hörte also selbst, dass ich keinen Schmarrn erzählte, konnte mir aber trotzdem nicht helfen. Einige Tage später sagte sie aber zu mir, dass sie die ersten Tage schon befürchtete durch den Entzug meiner Medizin, dass ich umkippen würde und ein Arzt gerufen werden müsste. Ich kam ja dann nach einer Woche wegen der Zuständigkeit (da ich zu der Zeit offiziell nur wegen Fahren ohne Führerschein in Haft war) in die JVA Volkstedt und dann wie bereits berichtet mit dem SEK Anfang Dezember wieder zurück in die JVA Burg. Fast siebzehn Jahre Hafterfahrung besitze ich und habe alles im bayrischen Vollzug abgesehen, bis zum letzten Tag. Und darum habe ich noch nie einen Vollzug erlebt wie es ihn hier gibt. Knast ist Knast, so oder so ist man seiner wertvollen Freiheit beraubt, aber ich bin sowas von sprachlos über diesen Vollzug! Alles was ich hier nun schreiben habe ich noch nie in einem bayrischen Vollzug erlebt, was man hier als Gefangener für Möglichkeiten hat. Nicht ansatzweise wäre ein Vollzug wie er hier ist, in Bayern vorstellbar! Das fängt schon an beim Aufschluss. Auch beim Essen gibt es wirklich nichts zu meckern! Während des Aufschluss kann man wirklich tun und machen, was man möchte, etwa in den Billiardraum oder Tischtennisraum gehen, auf dem Gang telefonieren, Dart spielen, oder in der Stationsküche, die groß und voll ausgestattet ist, kochen und backen. Beim Einkauf habe ich noch nie in fast 17 Jahren so eine Einkaufsliste gesehen! Man bekommt wirklich alles! Wenn man nicht unbedingt am Dienstzimmer klopft und bis auf den Auf- und Einschluss sieht man auch keinen Beamten. Man hat seine Ruhe, wenn man möchte und ich muss sagen, im Vergleich zu Bayern sind alle bis auf einen vom Besuch, worauf ich noch kommen werde, verdammt höflich und nett. Ich muss es nochmals sagen, falls sich der ein oder andere wundert, weil ich sogar über die Bediensteten berichte, ich kenne sowas nicht aus Bayern! Da sind die Beamten super unhöflich, nicht wirklich alle, aber sicher 90 Prozent von denen. Hier hört man immer ein Bitte oder Danke und sogar bei allgemeinen Durchsagen, die ganz selten vorkommen, bitte oder danke. Ich fühlte mich hier bis auf die ärztliche Versorgung mehr als Mensch behandelt als in Bayern. Dort ist es meist so, dass man einfach nur weggesperrt wird und die Beamten sich einen Scheißdreck um einen kümmern.

Man bekommt es täglich zu spüren und die Hauptsache dort ist, dass der Gefangene in seiner Zelle sicher untergebracht ist. Ich habe vom bayrischen Verwahrvollzug, nicht anders kann man diesen bezeichnen, einen wirklichen Dachschaten davon getragen. Und gerade Familie, Freunde und Partnerin, die einen kennen, die bekommen nach einer langjährigen bayrischen Inhaftierung einen ganz anderen Menschen zurück! Verhaltensgestört, eher schlimmer als vorher wird man dort entlassen. In Bayern wäre es ihnen am liebsten, wenn der Gefangene sich gleich von Anfang an zur Ratte entwickelt. Wenn man ihnen schön fest in den Arsch kriecht und seine Mitgefangenen verrät, dann kann man vielleicht

etwas erhoffen und leider gewinnen sie oft mit ihren Systemen. In meinem jetzigen Vollzug darf man seine Zelle richtig gemütlich ausstatten, man darf hier Musik CDs haben, große Stereoanlagen, Playstation, Kaffeemaschinen, DVD-Player und und und. Klar gibt es auch Nachteile wie etwa, dass man sich keine Briefmarken schicken lassen darf, oder etwas private Sportkleidung. Sogar Langzeitbesuch darf hier jeder haben, das ist alles unvortellbar in Bayern. Ein Freund zum Beispiel durfte mir nie in Bayern Bücher schicken, hier schon. Selbst meine Anwältin sagte, dass wenn sie hier anruft, sie noch keine Anstalt erlebt hat, die so kooperativ ist. In Bayern oder auch die meisten Anstalten in der BRD darf der Inhaftierte nur zwei mal im Monat Besuch haben. Hier darf man so oft man möchte und es die Kapazitäten hergeben, Besuch haben. Maximal am Stück zwei Stunden. Wenn man also zeitig die Besuchsanträge stellt, kann man auch zwei mal in der Woche Besuch empfangen. Das ist erst mal abgefahren! In Volkstedt hatte ich nur einmal im Monat 2 Stunden Besuch und die hat es nicht interessiert, woher deine Angehörige kommen, ob aus Berlin oder Bayern. Die waren knallhart! Und auch in Bayern sind zwei Stunden Besuch im Monat die Regel. Allgemeine Anträge, die man hier stellt, werden so schnell bearbeitet, wie ich es wirklich sehr selten erlebt habe. In Volkstedt bei diesem Pack konnte man froh sein, wenn man nach ein paar Monaten eine Antwort bekam. Meistens musste man dort zig mal nachfragen, sonst wäre überhaupt keine Antwort gekommen. Zwar waren die Bediensteten auch sehr höflich und man hatte seine Ruhe, aber schlimm war es mit dem Pack, die nach den Stationsbeamten kamen. Und deswegen ging ich auch so oft an die Decke! Denn das, was sich dort stellvertretende Hausdienstleitung, Hausdienstleitung oder das Oberarschloch von Anführer dieser Anstaltsleiter Winterberg erlaubten, ist eine richtig krasse Nummer gewesen! Man belog meine Anwältin als sie nachfragte, was es damit auf sich hat, mit meiner Zwangsausführung mit dem LKA und so weiter. Al sich mit dem SEK hierher verschleppt wurde, war hier eine helle Aufregung wegen mir. Der muss denen eine Story erzählt haben, dass hier richtige Sicherheitsauflagen wegen mir verfügt wurden. Bis noch vor drei Wochen ca. waren immer mehrere Beamte an meiner Seite, egal wohin ich musste und ich habe erst lange nicht verstanden, warum das so ist und fragte mich, was ich verbrochen habe, dass man so mit mir verfährt. Nach und nach kapierte ich es dann. Volkstedt bzw. ein Hausdienstleiter machte eine Anzeige gegen mich wegen Beleidigung gegen seine Person im Internet. Das ist mir aber scheiß egal!!! Von mir aus kann er mich auch zwanzig mal anzeigen, ich werde meine Schilderungen niemals zurück nehmen. Es passte nur keinem in Volkstedt, dass ich so offen über ihre Machenschaften berichtete und weil sie und das LKA angepisst waren, weil ich niemals zu einer Zusammen-

arbeit bereit gewesen bin, egal was mir droht!!! Auf das übelste wurde ich in einer Stellungnahme aus der JVA Volkstedt von diesem Schwein Winterberg schlecht gemacht. In dieser Stellungnahme war gleichzeitig auch eine Stellungnahme von der Führungsaufsichtsstelle. In dieser wurde ich als gefährlich und in keinster Weise kooperativ dargestellt. Als Begründung gab man an, dass ich keine Deliktaufarbeitung zu einer Tat machte, welche ich 1999 begangen habe. Dieser miese Bericht der Führungsaufsicht stammt aus dem Jahr 2016. Führungsaufsicht hatte ich zum Schluss nur wegen ganz anderen Dingen und als Auflage vom Gericht festgehalten Arbeit- und Wohnortwechsel. Darum habe ich es nicht als notwendig angesehen, einem fremden Menschen der ohnehin meines Erachtens keinerlei Feingefühl für einen Menschen wie mich hatte, über eine Tat zu reden, was zig Jahre zurück liegt und was nichts mit der jetzigen Verhängung der Führungsaufsicht zu tun hatte. Darum gab es für mich keinen Grund, warum ich mehr mit dieser Person reden sollte als notwendig. Dieser Typ wollte von Anfang an alles Private bis ins kleinste Detail wissen und das wollte ich nicht! Ich habe über diese Tat aus dem Jahr 1999 noch nie mit jemandem gesprochen, warum also jetzt nach so vielen Jahren, und dann auch noch ein Wildfremder. In den ganzen Jahren als ich in Freiheit gewesen bin und Führungsaufsicht verhängt bekam, war noch nie die Rede von einer Deliktaufarbeitung, sondern immer nur Arbeit- und Wohnortwechsel. Plötzlich wohne ich in Brandenburg, wo die dortige Führungsaufsicht zuständig ist für mich, möchte man auf einmal sowas. In seinem Bericht war kein einziges positives Wort von mir. Der war nur sauer, weil ich nicht über das mit ihm gesprochen habe, was er wollte. Ich werde aber auch in Zukunft keine Deliktaufarbeitung machen, für Sachen die bald 20 Jahre zurück liegen. Ich bin so erschrocken, als ich die Stellungnahme von Volkstedt gelesen hatte. Ist er Gutachter? Der ist doch gar nicht kompetent ein solches psychologisches Profil zu erstellen. Nun dann sage auch ich dass der Anstaltsleiter Winterberg und der Mensch von der Führungsaufsicht eine narzisstische Persönlichkeitsstörung mit sadomasochistischen Neigungen haben. Leider würde es den Rahmen sprengen, wenn ich die Stellungnahme der beiden oben genannten Personen mit veröffentlichen würde. Aber wer das hier liest und diese Stellungnahme gerne sehen möchte, kann mich jederzeit, solange ich noch in Deutschland bin, kontaktieren. Nun weiter zur JVA Burg. Als ich durch das SEK hierher gebracht wurde, kontaktierte meine Anwältin die Volkstedter Anstaltsleitung und hat um eine Erklärung gebeten. Die haben sie erst mal rotze frech angelogen und das nicht nur einmal! Erst als ich eine Stellungnahme von denen ans Gericht gelesen habe, fiel ich aus allen Wolken und ich bin total auf die angefressen. Solche Schweine in Volkstedt! Ich



habe niemandem etwas getan und nur weil ich nicht bereit war mit denen zusammen zu arbeiten. Als ich von meiner Zwangsvorführung mit dem LKA voriges Jahr berichtete, wurde das nach Bekanntwerden sofort von Winterberg und so weiter abgestritten. Ich stand da wie ein Lügner und nur wenige glaubten mir. Erst als eine Abgeordnete eine offizielle Anfrage stellte, wurde allen klar, dass ich bis ins kleinste Detail die Wahrheit sagte. Mittlerweile bin ich froh, dass ich hier bin und der Vollzug wäre so ganz gut auszuhalten, wenn nicht die meisten Gefangenen so krass drauf wären! Ich weiß nicht woran es liegt, dass die Gefangenen hier im Osten schlimmer drauf sind, wie woanders. Auch hier in Burg ist die Mehrzahl der Gefangenen rechts eingestellt. Zwar nicht ganz so wie in Volkstedt, da die Menschen dort ihre rechte Gesinnung viel offener ausleben können, wie ich bereits berichtete, aber dennoch genauso extrem. Natürlich ist hier der Ausländeranteil viel höher, aber da scheren sich die Rechten einen Dreck drum. Ich hatte leider erst vor kurzem zwei Auseinandersetzungen in Folge, die ich aber auf meine Art ganz gut geklärt habe.

Hier gibt es keinen Zusammenhalt, wenn es drauf ankommen würde, so wie ich es eigentlich kenne. Ganz im Gegenteil. Bei mir auf der Station wurden Mitgefangene ohne Grund auf das übelste schikaniert und mißhandelt. Es sind viele die gerne den Chef raushängen lassen, die in einer Gruppe von vier Mann auftreten, einen auf Gangster machen und sich den Kleinsten und Schwächsten auf der Station aussuchen und dann auf den Gang rufen: Hey du Arschficker, komm her sonst gibt's eine auf die Fresse und so weiter. Das geht soweit, dass sie ihn sogar ein Knastmesser an den Hals halten.

Habe es mehr als einmal mitbekommen. Dieses Opfer war dermaßen verstört, voller Angst und eingeschüchtert, dass sogar ein Blinder erkennt, dass mit dem etwas nicht stimmt. Ich möchte gleich dazu sagen, dieser Kerl ist kein Vergewaltiger oder ähnliches ist, kein Verräter und hatte nur wenig Schulden. Es gab keinen Anlass für diese Schweinerei! Leider habe ich es viel zu spät bemerkt, was sie mit dem Kerl gemacht haben, sonst hätte ich Partei ergriffen, so wie ich es sonst auch mache. Er hat sich auf eine andere Station verlegen lassen und nun suchen sich diese Schweine ein neues Opfer. Es gibt hier viele, die sich nicht so wehren können und auch nicht gerade die hellsten Glühbirnen sind. Solche werden erst mal von ihren Elektrogeräten erleichtert. Ob der Typ will oder nicht, er gibt sein Zeug ohne irgendein Widerwort her. Es gibt auch Leute, die noch so jung sind, dass sie regelmäßig ihr eigenes Kindergeld auf ihr Gefangenenkonto einbezahlt bekommen. Es dauert nicht lange und die halbe Station sitzt bei dem in der Zelle und zieht ihn ab.

Sie lassen sich alles von dem kaufen, bis er nichts mehr hat. Er macht das natürlich total gerne, weil er glaubt, dass das gerade alles seine Freunde sind. Aber plötzlich als dreitausend Euro auf den Kopf gehauen bzw. aufgeteilt wurden, waren alle weg. Leider sind das keine Einzelfälle und es beteiligt sich die halbe Station an diesem Raub. Diese Menschen werden dann wieder behandelt wie der letzte Dreck durch ihre Mitgefangenen. In manchen Gefängnissen außerhalb von hier, da hätten solche Ratten von den Mitgefangenen auf's Maul bekommen! Es gibt auch welche, die zu sexuelle Handlungen gezwungen werden. Auch das passiert immer öfter. Das Schlimme ist für mich, dass hier alles mit Kameras überwacht wird und jedes Stationsbüro mit mindestens drei Beamten, aber niemand von denen sieht das oder will das sehen mit den Mißhandlungen. Es nimmt mich schon sehr mit, wenn ich sehe, wie sich die Gefangenen untereinander fertig machen! Sowas, also solch ein Verhalten kenne ich nicht aus Bayern! Die Menschen konzentrieren sich mit ihrer überschüssigen Energie auf Aktionen gegen das System. Aber niemals würde es sowas geben, dass die eigenen Jungs sich Gefangene suchen und dann mißhandeln in irgendeiner Form! Das würden schon die Gefangenen untereinander nicht zulassen! Hier sind jeden Tag irgendwelche Vorfälle. Es gibt auch die, die das Gerücht streuen, sie wären Angehörige berühmter Rockerbanden. Das wird dann auch noch geglaubt und die Leute scheißen sich dann so richtig ein vor denen. Ich habe noch nie so viele Leute im Knast getroffen wie hier in Burg, die zu großen Rockerclubs gehören, oder sich hier dann sich mit Namen von Anführern aus diesen Clubs profilieren. Sicher gibt es auch wenige die wirklich dazu gehören. Dann gibt es hier viele, die bis oben hin zu sind mit irgendwelchen Mitteln und die stürzen dann den ganzen Abend auf dem Gang herum. Teilweise sind die so platt, dass sie kaum mehr richtig laufen können. Diese Schwachköpfe interessiert gar nicht, dass hier alles optisch überwacht wird. Aber dann wundern sie sich, wenn hier große Filzaktionen durch eine Sicherheitstruppe mit Drogenhund gemacht werden und dann Gefangene erwischt werden mit irgend etwas, wegen der Dummheit und Arroganz von anderen. Und wenn dann Großfilzung ist und viele erwischt werden, dann heißt es sofort: Verrat, Verrat. Das sie dafür verantwortlich sind, soweit denken sie gar nicht nach. Andere leiden dann dadurch und werden erwischt. Viele Gefangene kennen gar nichts anderes als den Knast in Burg. Ich genieße manche Möglichkeiten regelrecht. So zum Beispiel mache ich mir alle paar Tage ganz viele und leckere Pfannkuchen! Zu geil, dass man hier kochen kann und auch noch was man möchte! Oder das telefonieren! Wahnsinn und ich bin immer ganz aufgeregt, auch nach sieben Monaten, wenn ich zum Telefonhörer greife! Für mich ist das alles gar nicht selbstverständlich! Man hat hier beim Einkauf sogar die Möglichkeit von Pornozeitungen. Wenn ein Beamter in Bayern so eine Zeitung bei einem Gefangenen finden würde, gäbe es richtig Ärger und ein Disziplinarverfahren. Ja, das Wischen ist und auch nicht erlaubt in Bayern. Ist das nicht abgefahren? Ich kann nur jedem der mit dem Vollzug zu tun hat, das Buch „22 Jahre Knast“ von Dimitri Todorov

empfehlen! Er spricht mir so aus der Seele! Allerdings verharmlost er vieles. So habe ich in Bayern oft erlebt, dass wenn schwule Gefangene in Amberg oder Straubing bei sexuellen Handlungen erwischt werden, sie ein Disziplinarverfahren bekommen. Das ist keine Seltenheit gewesen und habe ich sehr oft mitbekommen. Ich kann das Buch nur empfehlen, egal ob für Insassen oder Leute draußen. Zu meinem Erschrecken hat sich bis HEUTE kaum etwas im bayrischen Vollzug geändert. Die Erzählungen aus der Haft fangen in den 70er Jahren an und gehen bis Ende der 90er Jahre. Bis auf dass der Gefangene nun ein TV-Gerät haben darf, ist die Zeit weiter stehen geblieben und alles was er darin schildert, ist auch heute noch so. Seit einigen Wochen ruft meine Anwältin regelmäßig bei der Anstaltsleitung an, weil es mir gesundheitlich immer schlechter geht. So kann ich zum Beispiel immer schlechter Laufen und meine Beine tun scheiße weh. Die Motorik ist nicht mehr in Ordnung und egal in welcher Stellung ich mich befinde, ich könnte schreien. Vor einigen Tagen knickte ich dann auch noch weg und zwei Mitgefangene mussten mir auf die Beine helfen. Ich bekomme zwar deswegen seit einem halben Jahr 3x täglich 100er Tramadol, aber bis auf einer Abhängigkeit helfen sie nicht bzw. nicht mehr. Da ich also Probleme mit dem Anstaltsarzt habe, hat sich die Anstaltsleitung diesen vorgeknöpft und mit ihm gesprochen. Daraufhin meldete ich mich per Antragschein zu ihm und zu meiner Überraschung (bis auf ein paar Klugscheißereien) war er wie ausgewechselt. Verschiedene Untersuchungen brachten nichts und ich wartete nun auf die Vorstellung zu einer Neurologin, die bald in die Anstalt kommen soll. Ich erklärte ihm (Hr. Klose), dass ich gerne noch vor der Auslieferung richtig untersucht und gegebenenfalls auf Medikamente eingestellt werde, da leider in Süditalien/Napoli ein ganz anderes Lüftchen weht. Der Klugscheißer versteckte sich hinter der EU und er will das nicht glauben. Bis er dann verstanden hat, dass ich dort schon in Haft gewesen bin. Da ich draußen Schmerzpatient war und immer wieder von Ärzten die Sprache vom Verdacht auf MS gewesen ist (ich berichtete bereits mehrfach darüber) – auch mit meiner Hüfte ist ein Problem aufgetreten, sagte er zu mir fast wortwörtlich: Kein Krankenhaus stimmt für eine stationäre Aufnahme zu, da dies für eine ausführliche Untersuchung notwendig wäre. Das Krankenhaus verweigert die Aufnahme von mir deswegen, weil ich laut Dr. Klose gewisse Sicherheitsauflagen habe und nur mit SEK ausgeführt und rund um die Uhr an meiner Seite hätte. Da es also zu einem Schusswechsel kommen könnte, verweigert man die Aufnahme von mir. So seine Aussage. Ich war sowas von sprachlos und weiß gar nicht mehr, was ich darauf sagen soll! Laut Dr. Klose wären sie im Recht und es würde alternativ kein Haftkrankenhaus in der ganzen BRD geben, wo solche ausführlichen Untersuchungen gemacht werden. Außerdem, so meinte er, wäre eh nicht mehr genug Zeit hierfür, da die Auslieferung nicht mehr weit weg ist bis zum Termin. Ich verließ den Arzt und dachte nun seit dieser Aussage von ihm nach, wie es mit mir überhaupt weitergehen soll. Ich verstehe das immer noch nicht, da ich in Volkstedt vier mal plus eine stationäre Aufnahme wegen einer Nieren-OP vorgeführt wurde, mit zwei bis drei normalen Vollzugsbe-

amten. Nun plötzlich mit SEK? Darüber kann sich nun jeder, der das liest, seine eigenen Gedanken machen. Wie es weiter geht, weiß ich nun auch nicht. Ich bekomme auf jeden Fall keine Hilfe! Seit einigen Tagen bemerke ich, dass meine Beine total heiß und dick sind. Dazu kommt, dass ich immer öfter ob links oder rechts, keine Kraft in den Armen und Händen habe und sogar immer öfter die Zigarette aus meine Fingern verliere. Oder das Schreiben schmerzt. Auch wenn ich den Telefonhörer in der rechten Hand halte, das nach kurzer Zeit nicht mehr geht. Das mit meinen Armen und Händen habe ich noch niemandem erzählt, aus Angst dass man mir nicht glaubt oder als Lügner hinstellt. Das wäre ja nicht das erste mal. Also belasse ich es dabei. Tja mir fehlen einfach die Worte zu dem, was dieser Arzt da erzählt und ich bin am überlegen, dass ich gar nicht mehr zum Arzt gehe. Dann spare ich mir jeden Ärger und muss mir nicht eine solche Scheiße anhören! Ich schütze mich einfach selbst. Ich möchte gar nicht wissen, wie vielen Menschen hier innen es ähnlich geht wie mir. Vor einer Woche ca. Traf mich ein weiterer Hammer. Ich bekam 17 Seiten vom italienischen Gericht, davon einige Seiten in einem unglaublich schlechten Deutsch übersetzt, dass man die Zusammenhänge erraten musste. Hier wurde nur mitgeteilt, dass ein Verhandlungstermin für den 9.5.18 angesetzt wurde, zu meinem Entsetzen mit fünf Angehörigen jeder mit seinem Anwalt des Opfers, wo jeder in der Verhandlung gehört wird. Für mich war hier schon klar, obwohl ausreichende Beweise für mich sprechen (Videomaterial), dass die Verhandlung ein Drama wird und schon im Vorfeld alle voreingenommen sind! Keiner dieser fünf Angehörigen kennt mich persönlich, noch war irgendjemand bei dem Unglück mit dabei. Acht Geschworene sind mit anwesend, die bereits im November vereidigt wurden. Es stand also da schon ein Termin für die Verhandlung fest, ohne dass wir hier in Deutschland etwas wussten. Als ich diese Unterlagen bekam, hatte ich Tags darauf Besuch von meiner Partnerin und einer guten Freundin. Ich wollte diese wichtigen italienischen Unterlagen mit zum Besuch nehmen und beim Besuch meinen Angehörigen diese Unterlagen übersetzen und mit ihnen gemeinsam Punkt für Punkt besprechen, da es ja auch um die bevorstehende Auslieferung geht. Ich stellte nach Erhalt der Unterlagen vom italienischen Gericht einen Antrag mit der Bitte, diese Dokumente mit meinen Angehörigen besprechen zu dürfen, da das meiste darauf italienisch geschrieben ist und keiner von ihnen italienisch lesen und sprechen kann. Zudem handelte sich einiges um Fristen. Meine Angehörigen arbeiten zudem mit meiner Anwältin eng zusammen. Auf der Station hieß es dass das kein Problem wäre und ich wurde kurz vor 13 Uhr zum Besuch gebracht mit den Unterlagen und dem Antragsschein. Mein Stationsbeamter sprach noch kurz mit dem Besuchsbeamten, bekam aber keine Antwort von ihm. Auf dem Weg zum Besuchsraum wurden mir dann die italienischen Unterlagen von diesen Besuchsbeamten Herr Kirste abgenommen. Ich dachte erst, er sieht sich diese erst mal an. Aber als ich dann aufgerufen wurde zum Besuch, meinte dieser mit ener Arroganz und Hochnäsigkeit, vor den anderen Mitgefangenen, dass ich das vergessen und nicht mit meinem Besuch besprechen kann. Wir sollten

das gefälligst im Brief machen. Ich erklärte, dass es um meine Auslieferung u.a. geht und diese unmittelbar bevorsteht. Da meinte er nur, ach mit ihrer Auslieferung da ist noch Zeit. Worauf ich meinte, dass er dann mehr wüsste als mein Anwalt. Entweder machte er irgendeine Grimasse oder ähnliches, denn ich hörte Gelächter aus dem Warteraum, wo die anderen Gefangenen auf ihren Besuch warten und bei denen der Beamte gestanden ist. Oder diese Nazis haben sich darüber lustig gemacht, dass wieder ein Ausländer abgeschoben wird. Sie kannten mich ja nicht und aus dem Gespräch zwischen mir und den Beamten ging nur hervor, dass ich ausgeliefert werde. Es war auf jeden Fall richtig gemein von diesem Kirste und er hat es mich richtig spüren lassen, dass er der Chef hier ist. Es war ihm egal, was man mir auf der Station sagte. Es interessierte ihn auch nicht, dass mein Besuch das Italienische nicht versteht. Ich sprach kein Wort mehr, auch als er zu mir und meinem Besuch kam und einen neuen Besuchstermin vereinbarte. Einer meiner Besucher stellte ihn zur Rede, fragte ob wir diese Unterlagen nun haben können, wo er plötzlich meinte, dass er unsere Situation versteht (Heuchler), aber wenn das jeder machen würde blablabla – wie jeder? Mir drohen dreißig Jahre und man will mich ausliefern in Kürze und er spricht von jeder? Was zum Teufel hätte dagegen gesprochen, wenn ich mit meiner Angehörigen gemeinsam diese italienischen Unterlagen durcharbeite, besonders weil verschiedene Termine anberaumt wurden, also Fristen? Was hat ihn das zu interessieren, es kann ihm wurscht sein, was wir besprechen. Hier geht es schließlich um etwas und ich würde nie fragen, wenn es nicht wichtig wäre, nie! Ich rede nie wieder solange ich hier bin ein Wort mit dem. Schlimm, wenn man einer Situation so ausgeliefert ist, er hat diese wichtigen Unterlagen meinen Angehörigen nach dem Besuch auch nicht ausgehändigt, obwohl ich darum gebeten hatte. Erst spät Abends bekam ich diese Unterlagen zurück auf meiner Station. Nun mal abwarten wie es bei mir weiter geht in der Auslieferungssache und ärztlicher Behandlung. Die Angst bleibt und meine Nächte haben sich nicht gebessert, immer noch so gut wie ohne Schlaf. Ich sitze so oft auf dem Stuhl oder auf der Bettkante und blicke Stunden lang in das Leere, mit den Gedanken total abwesend. Aber auch meine Schmerzen schaffen mich mittlerweile. Ich möchte mich noch bedanken, bei allen für ihre Solidarität und Anteilnahme, dass ich nicht alleine bin und wir, meine Partnerin und ich, soviel Unterstützung bekommen! Vielen Dank an euch alle! Es ist schön jeden Tag zu wissen, dass ich so viele liebe Freunde an meiner Seite habe! Ohne diese würde ich das alles nicht durchstehen. Es gibt vereinzelt liebe Menschen für die mein Schicksal eine große Belastung ist. Sie stecken ihre ganze Energie in meine Sache und das tut mir leid, weil sie auch leiden. Aber sie sollen wissen, dass ich ihnen für alles sehr dankbar bin. Ich sende euch allen herzliche Grüße und jeden einzelnen eine dicke Umarmung.

Euer Andi JVA Burg, den 17.3.2018

Schreibt Andi an:
Krebs Andreas c/o JVA Burg Madel 100 39288 Burg

neue Repression gegen Anarchist*innen

In der letzte Woche ereignete sich eine neue Welle der Repression gegen Anarchist*innen in Frankreich. Fast zur selben Zeit haben an mehreren Orten Razzien stattgefunden. Am 27. März wurden in Toulouse zwei Häuser durchsucht und zwei Leute in Untersuchungshaft genommen. Sie wurden aber in die 300 km entfernte Stadt Limoges verschleppt. Freigelassen wurden diese zwei Personen erst 38 Stunden später, nach einer langen Vernehmung, bei der es um ihre politischen Einstellungen und sozialen Netzwerke gehen sollte.

Gleichzeitig gab es auch eine Razzia in Limoges selbst. Dort wurde eine Person in Untersuchungshaft genommen, während im 500 km entfernten Amiens ihre Familie ebenfalls eine Durchsuchung und Verhöre erleiden mussten. Für diese Person wurde bis zu einem Jahr Untersuchungshaft angeordnet, die verlängert werden kann.

Am nächsten Tag gab es in der kleine Stadt Amber Durchsuchungen von drei Häusern. Drei Leute wurden in Gewahrsam genommen und sie befinden sich jetzt auch für bis zu zwei Monate in Untersuchungshaft, die zweimal verlängert werden kann. Die Anklage erwähnt Unruhestiftung in einer organisierten Gruppe; die Ermittlungen laufen noch.

Die Massenmedien haben bisher nur Limoges erwähnt und berufen sich auf die Inbrandsetzung mehrerer Fahrzeuge auf einem Polizeigrundstück. Lasst uns daran erinnern, dass es während des Prozesses für die angezündeten Polizeiautos im letzten Oktober in ganz Frankreich feurige Solidaritätsaktionen gegeben hat, vor allem in Toulouse, Clermont Ferrand, Limoges, Grenoble, in Paris und Umgebung, Marseille...

Basierend auf dem, was im Rahmen der Ermittlungen gegen die zwei Leute aus Toulouse gesagt wurde, können wir feststellen, dass es während einer strafrechtlichen Ermittlung eine akustische und physische Überwachung über mehrere Monate gegeben hat. Danach erfolgte am 20. Oktober eine Überwachungsanordnung, die am 13. Dezember erneuert wurde. Es ist sicher davon auszugehen, dass diese Überwachung nicht nur die vernommenen Personen, bzw. nur diese Städte betrifft.

Es scheint, dass der Staat die ungenaue Bestimmung „kriminelle Vereinigung“ benutzt, um die Beziehungen der Leute, die Räume, die sie besuchen, ihre Art, sich zu organisieren, ihre politischen Ideen und Praktiken zu kriminalisieren. Dieses gibt ihm viel Spielraum dafür, wen sie mit einbeziehen können, wie z.B. diejenigen, die in einem besetzten Haus essen, sichere E-Mail Listen verwenden, sich an Aktionen beteiligen, Besprechungen organisieren, miteinander kommunizieren oder sich in Bewegung setzen.

Der Umgang mit Repression ist jedoch nicht neu und in den letzten Jahren wurde für Anarchist*innen und Anti-Autoritäre Gefängnis immer konkreter.

Nach dem Anzünden eines Polizeiautos im Jahre 2016 wurden mehrere Leute eingesperrt. Ein Gefährte ist jetzt seit über einem Jahr im Gefängnis, verurteilt zu fünf Jahre Haft, wovon die Hälfte abzuleisten ist. Die Gefängnisverwaltung hat versucht, seinen Aufenthalt besonders schwierig zu gestalten. Desorientierende Umzüge in neue Zellen wurden angeordnet oder es wurden ihm Besuche und Postsendungen vorenthalten.

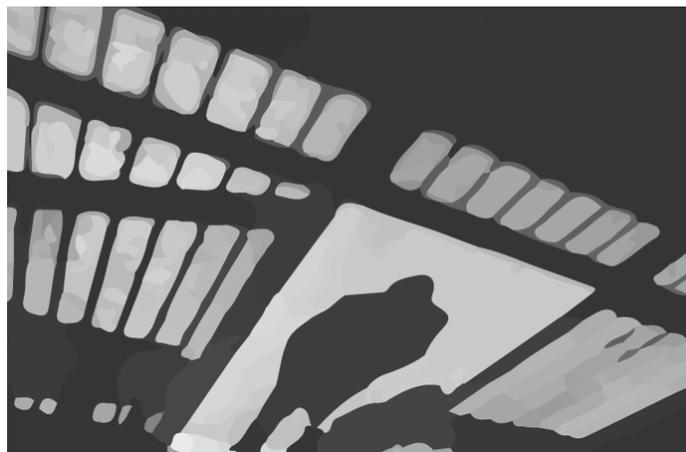
Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Atommüll-lagerstätte in Bure wurden weitere Gefährte*innen eingesperrt. Eine andere Person verbrachte einen Monat im Gefängnis, bevor sie mit einer viermonatigen bedingten Haftstrafe freigelassen wurde, während drei weitere Personen noch im Gefängnis waren, darunter eine Person seit November, die zu acht Monaten verurteilt wurde und zwei weitere, zu drei.

Ende 2017 bekamen einige Besetzer*innen eine Kostprobe vom Gefängnis, für ... Hausbesetzung. Der Staat hat einen neuen Weg gefunden, Hausbesetzungen durch Anklagerhebung wegen Einbruchs zu verhindern. Drei Menschen verbrachten deshalb eine Woche im Gefängnis, während ein anderer vier Monate lang drinnen war. Die Staatsanwaltschaft strebte eine einjährige Freiheitsstrafe gegen diese Person an, doch in letzter Minute beschlossen die Richter, ihn zu zwei Monaten Freiheitsstrafe und zwei weiter, an Bedingungen geknüpfte Monaten Haft zu verurteilen. Dies bedeutete, dass er, zusammen mit seiner Untersuchungshaft, zwei weitere Monate im Gefängnis mehr verbringen musste, als zu denen er verurteilt wurde.

Es ist wichtig, dass wir uns über unsere Solidarität klar sind und standhaft bleiben, um diese gerichtlichen Strategien zunichte zu machen. Und denken wir daran, dass Solidarität keine Grenzen kennt und dass der französische Staat mit seiner großen kulturellen und wirtschaftlichen Reichweite in allen Ecken der Welt präsent ist.

Wir sind alle Verbrecher*innen. Also beteiligt euch an der Vereinigung!

anonym



Unruhe in den "Cités" von Toulouse

In der Nacht vom 14. auf den 15. April ist ein Gefangener in der Haftanstalt von Seysses, nahe Toulouse, ums Leben gekommen. Die Gefängnisverwaltung spricht von einem Selbstmord. Die Häftlinge der Anstalt sind jedoch davon überzeugt, dass J. aufgrund der Schläge, die ihm beigelegt wurden, gestorben ist. In dem nachfolgenden Communiqué erläutern sie, wie die Geschehnisse zustande kamen und begründen ihre Vermutungen. Ein weiterer Häftling wurde in derselben Nacht schwer verletzt aufgefunden. Er erlag seinen Verletzungen eine Woche später.

Als Reaktion auf den Tod von J. folgten 5 Nächte Unruhen in verschiedenen Vierteln von Toulouse. Auch wenn der unmittelbare Grund dieser Revolten der Tod von J. war, kann man natürlich wie so oft hier vom Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, sprechen. Die Demütigungen und die alltägliche Gewalt seitens der Cops in den Vierteln am Stadtrand, den sogenannten "Cités", und sicherlich auch die kürzlich gewalttätige Kontrolle und Verhaftung einer Frau, die sich geweigert hat ihr Niqab (Gesichtsschleier) auszuziehen, sind allesamt Gründe für diese Unruhen.

Es wird von über 60 abgebrannten Autos, etlichen Barrikaden und einer Vielzahl von Hinterhalten auf die anrückenden Bullen sowie Feuerwehr gesprochen. In den ersten zwei Nächten konnte man fast überall in der Stadt das Tränengas riechen. Zwei Hubschrauber mit Wärmebildkamera und Scheinwerfer überflogen in mehreren Nächten die zwei Hauptbrennpunkte der Stadt, die Viertel Reynerie und Mirail. Im Viertel Mirails befindet sich zudem die Universität Jean Jaures, die seit Anfang März blockiert und besetzt ist. In der Nacht vom 16. auf den 17. April griff die Ordnungsmacht aufgrund der Vermutung, dass von der Uni Unterstützung für die Krawalle ausging, die Universität selber an und verhaftete drei Personen vor dem Unigelände. In der Nacht vom 17. auf den 18. wurden dort zwei weitere Personen verhaftet. Die Presse ereiferte sich unmittelbar und schreibt in hetzerischem Ton, dass die Linksradiكالen sich den Randalierenden aus den Vierteln angeschlossen haben. Es wird von der "Coalition des Milieus Anti Police" (Koalition von Anti-Polizei-Milieus) gesprochen. Als Akronym macht das COMAP und in diesem Sinne sagen wir: "Lang lebe die COMAP".

Gleichzeitig wurde in der Presse berichtet, dass die Gründe für die Unruhe unklar seien. Es könnten die, laut

Presse "falschen", Behauptungen über den Mord eines Häftlings in Seysses sein, oder die Verhaftung einer Frau, die sich geweigert hat ihr Niqab auszuziehen. Wahrscheinlicher sei jedoch, so die Lokalzeitungen, dass die Unruhen von den Drogenbossen der Viertel orchestriert seien, da diese in den letzten Monaten etliche Rückschläge seitens der Cops einbüßen mussten. Dabei wurde mit Erstaunen geäußert, dass sich die Linksradiكالen mit den Drogenbossen vereinigen. Ende der Woche dann waren an die 30 Verhaftungen auszumachen, darunter etwa 10 Minderjährige. Der Prozess wurde ihnen am Freitag den 20. April im Schnellverfahren gemacht. Die Verurteilungen gehen von 1 Jahr, davon 6 Monate auf Bewährung, über 6 Monate, davon 3 auf Bewährung für's Schmeissen von einem Stein, bis hin zu dem Freispruch von zwei der sogenannten Linksradiكالen aufgrund von mangelnden Beweisen. Natürlich froh darüber, dass zwei Leute für welche die Staatsanwaltschaft 1 Jahr, davon 6 Monate Bewährung, gefordert hat, schlussendlich vom Richter freigesprochen wurden, wissen wir aber auch, dass dieser Freispruch nur aufgrund der gesellschaftlich besser angesehenen sozialen Herkunft der zwei Genossen/Innen möglich war. Mehrere Leute haben das Schnellverfahren nicht akzeptiert und werden somit Ende Mai vor Gericht stehen. Einige unter ihnen bleiben bis dahin in Untersuchungshaft, andere wurden bis zum Prozess freigelassen.

Wie im Communiqué der Gefangenen in Seysses zu entnehmen ist, verweigerten in der Haftanstalt an die 200 Häftlinge zweimal die Rückkehr in die Zellen und ein Transparent wurde im Innenhof ausgebreitet. Spezialeinheiten intervenierten an beiden Tagen.

Eine Solidemo am Freitag Abend den 20. April wurde mit großem Polizeiaufgebot verhindert und die Verbreitung des Communiqués wurde vom Kanzleigericht verboten. Die Presse unterstützt weiterhin die These des Selbstmordes und dass die Unruhen und Revolten von den Drogenbossen befohlen wurden, um sich gegen die Repressalien der letzten Monate zu rächen. Die Familie der Angehörigen wird, wie üblich in solchen Fällen, von den Behörden massiv unter Druck gesetzt. Alles nimmt seinen gewohnten Lauf.

Hartnäckige Solidarität mit den Revoltierenden, bis der Lauf der Dinge aus dem Ruder läuft...

Wieder ein Toter in der Isolationshaft

Communiqué der Insassen der Gefangenenanstalt in Seysses (25 km von Toulouse), 19. April 2018

J. war 26 Jahre alt. Letzten Samstag war er in Isolationshaft, in einer "Disziplinzelle", des Gefängnisses von Seysses. Er ist gestorben. Die Medien verbreiten eine

Version der Ereignisse, eine einzige: die der Gefängniswärter.

Aber wir leben in diesem Gefängnis und wir sind weder taub noch stumm. Wir wissen, dass sein Tod durch die Gewalt der Gefängniswärter in der Isolationshaft verursacht wurde. Nein, J. hat sich nicht umgebracht.

Die Tatsache, dass sich hunderte Gefangene während dieser Woche mehrmals geweigert haben wieder in ihre Zellen zurückzukehren, liegt daran, dass das hier unser einziges Mittel ist, um zu protestieren. J. ist in der Isolationshaft ums Leben gekommen, und die Autopsie hätte ergeben, dass er sich umgebracht hat. Aber wir wissen, dass das nicht der Fall ist, da es Zeugen gibt, die in den umliegenden Zellen waren und mitgehört haben, wie er zusammengeschlagen wurde. Es ist die Folge dieser Schläge, die J. Samstag das Leben gekostet hat. Glaubt ihr, dass wir 200 Gefangene seien, die sich weigern wieder in die Zellen zurückzukehren und ein Transparent im Innenhof ausbreiten, wenn wir nicht davon überzeugt wären, dass die Geschichte mit dem Selbstmord eine Lüge ist?

All jene die schon mal durch den Disziplinartrakt mussten, können die Erniedrigungen, die sie erleiden mussten, bezeugen, die rassistischen Beschimpfungen, das Bespuckwerden, die Befehle, die einem erteilt werden, als ob man weniger wert ist als ein Hund... Dort unten riskieren all jene, die sich wehren, so wie J. zu enden. Kein einziges Recht wird in dieser Isolationshaft gewahrt. Der Hofgang findet nur willkürlich statt, je nach gutem Willen der Wärter, in der Regel gar nicht. Der Zugang zu den Duschen ist uns verwehrt und es kommt vor, dass man 15 Tage ohne Duschen verbringen muss. Dasselbe gilt für den Zugang zu Feuer, um sich eine Zigarette anzuzünden: Maximal drei mal pro Tag und man muss sie regelrecht anflehen. Dort herrscht die Angst und für jeden von uns bedeutet die Isolationshaft ein regelrechter Abstieg in die Hölle.

Diesen Winter haben mehrere Gefangene die Isolationshaft ohne Matraze, ohne Decke und ohne Kleidung bei -5 Grad verbracht. Nur weil sie an die Gittern ihrer Zellen geschlagen haben, um nach Nahrung oder Feuer zu verlangen. Sie mussten nackt am Boden auf einem Kissen schlafen und das Essen wurde ihnen in bereits gebrauchtem Plastikgeschirr gebracht.

J. wurde von 5 oder 6 Wärtern während einer halben Stunde geschlagen. Danach herrschte eine grosse Stille und die Wärter haben angefangen untereinander zu diskutieren, sein Gewicht und seine Grösse abzuschätzen, um sich auf eine gemeinsame Version der Ereignisse zu einigen. Danach als Essenszeit war, haben sie seine Zelle geöffnet und so getan, als ob sie den Toten gerade erst entdeckten. Später hat dann der Rettungsdienst eingegriffen und hat versucht ihn zu reanimieren, aber vergeblich. Am nächsten Tag haben sie alle aus der Isolationshaft entlassen und niemand wurde verhört, weder der Chef der Sektion noch die Gendarmes. Das zeigt eindeutig, dass sie etwas zu verbergen haben, erzählt uns nicht das Gegenteil.

Einige von uns (über)leben in diesem Gefängnis von Seysses seit Jahren oder pendeln oft hin und her. Diese Situation ist nicht neu und es hat hier in den vergangenen Jahren andere „verdächtige Todesfälle“ gegeben. Wir haben schnell verstanden, dass unser Wort nichts gegen

ihres zählt, aber wir wissen auch, dass viele draussen sich wundern oder schon hinter ihre kleine Maskerade gekommen sind. Die tötet.

Es ist sehr schwierig für uns, Beweise zu liefern für das, was wir hier sagen. Wir sind hier eingesperrt und jede Information die hier rausgeht, kann schwere Folgen für uns haben. Dennoch ist es wichtig, dass diese Informationen rausgehen, denn wir sind alle in Lebensgefahr. Die Wächter spielen hier in der Isolationshaft mit unserem Leben.

Es ist vielmehr als nur Erniedrigung; sie terrorisieren uns und was mit J. geschehen ist, könnte mit jedem von uns passieren.

Wir prangern hier auch die Einschüchterungsversuche gegen die Gefangenen an, die Zeugen der Ereignisse waren. Die unfreiwilligen Zeugen der Geschehnisse am letzten Samstag sind grossem psychologischen Druck ausgesetzt und sie riskieren ganz klar verlegt zu werden. Alles scheint vorbereitet zu sein, um sie ans Limit zu bringen. Fünf von uns wurden sogar schon nach dem Blockieren des Hofgangs verlegt und befinden sich nun in Lille, Bordeaux, Sedequin... Sie wurden als „Rädelsführer“ betrachtet und konnten vor dem Transfer nicht einmal ihre persönlichen Sachen mitnehmen. So wird mittlerweile im Gefängnis für Ordnung gesorgt, indem man uns mit einer disziplinären Verlegung, die uns noch weiter von unseren Familien und Freunden entfernt, droht.

Wir verlangen, dass die Gefängnisverwaltung von Seysses unverzüglich dieses Team von Wächtern ersetzt, es ist offensichtlich, dass es das erste ist, was gemacht werden muss. Wir Gefangenen nennen das kleine Team von sadistischen Wärtern der Isolationshaft „das Todeschwadron“.

Wir sind hier Zuschauer der menschlichen Verzweiflung und wir wissen alle, dass J. jeder von uns hätte sein können. Er wurde zu Tode geschlagen, weil er gegen eine Tür getreten hat: Er hielt es nicht mehr aus zu warten, in diesem kleinen „Wartesaal“ ohne Fenster. Er wollte nur wieder zurück in seine Zelle. Sie sind gekommen und sie haben ihn gebrochen.

Man heilt das eine Übel nicht durch ein grösseres. Wir wollen, dass all das aufhört.

Dass derjenige, der dazu verurteilt wird in die Isolationshaft zu gehen, immerhin seine Würde behalten kann und dass seine Grundrechte eingehalten werden.

Wir wollen, dass die Wahrheit über den Tod von J. ans Tageslicht dringt und dass ein solches Horrorszenerario sich nicht wieder reproduziert, weder hier noch anderswo.

Wir nehmen Anteil an dem Kummer der Familie und sind bereit auszusagen, falls sie es wünschen.

Einige Gefangene der Haftanstalt in Seysses

Der 1. Mai in Paris

Nachbetrachtungen aus einer deutschen Perspektive

Mit Erstaunen verfolge ich seit 2016 das Geschehen in Frankreich. Ziemlich unerwartet entlud sich mehrere Monate lang eine Wut und Kreativität auf die geplante Verschärfung bestehender Arbeitsgesetze, aber natürlich nicht ausschließlich. Die Proteste wurden wesentlich von Schüler*innen und Student*innen getragen, also eben jene Milieus ohne unmittelbare Lohnabhängigkeit. Die Hintergründe mag jede*r Einzelne für sich beantworten. Medial wurden die nächtlichen Versammlungen des sog. Nuit Debout mit Anerkennung wahrgenommen. Schließlich wurde vordergründig geplaudert, Organisationen durften für sich werben und es blieb häufig bei den staatlichen Spielregeln. Die wilden Demos (Manif sauvage) wurden hingegen von der Presse verachtet, obwohl doch gerade diese eine Faszination der unkontrollierten Bewegung mit sich brachten und vermutlich eine der Hauptgründe für die Zunahme an den Protesten waren. Bei den angemeldeten Demos wuchs der Black Block an der Spitze (Cortège de Tête) immer weiter an und versammelte verschiedene Milieus in ihrer Gegnerschaft gegen die Hüter*innen der bestehenden Ordnung und der Symbolik des kapitalistischen Normalzustands. Die Bewegung erreichte im Juni ihren Höhepunkt in Paris, verschwand kurzzeitig in der Sommerpause und entzündete sich mit einem letzten Knall im September 2016. Was blieb, waren Erfahrungen der Gegenmacht und ein öffentlicher Diskurs ohne die Themensetzung rechter Ideologie.

Zwei Jahre später tobt der Kampf um die ZAD (Zone À Défendre) in Notre-Dame-des-Landes. Das Gebiet ist vermutlich die derzeit größte autonome Zone in Europa und ein Experiment des solidarischen Alltagslebens ohne staatliche Instanzen. Einst zur Verhinderung eines geplanten Flughafens besetzt, dient es auch nach der offiziellen Absage an diesem Vorhaben (Januar 2018) als hoffnungsvolles Projekt gelebter Utopie. Anfang April startete der französische Staat einen Räumungsversuch mit 2500 Bullen und den üblichen Gadgets. Mehrere Häuser wurden zerstört, doch der Widerstand war beachtlich groß und entschlossen genug um eine vollständige Räumung zu verhindern. Nach einer Woche wurde die Bullenaktion für abgeschlossen erklärt (was sich als Trugschluss herausstellte) und unzählige Leute halfen sogleich beim Wiederaufbau der Infrastruktur. Die Situation konnte gegenwärtig nicht befriedet werden und es droht weiterhin ein Vorgehen des Staates. Die ersten Versuche sind jedoch gescheitert und es bleibt zu hoffen, dass es dabei bleibt. Zeitlich ähnlich gelagert sind landesweite Unibesetzungen gegen geplante Hochschulgesetze und ein Streik im Fernverkehr. Zweimal die Woche wird die Arbeit niedergelegt und die zeitlich gewünschten Prüfungen an den Universitäten werden zunehmend unrealistischer. Vor diesen Hintergründen wurde international zur Teilnahme an der diesjährigen 1. Mai Demo eingeladen und ganz nebenbei 50 Jahre wilder Generalstreik gefeiert – allerdings ohne nostalgisches

Plaudern von Zeitzeug*innen, sondern als praktischen Versuch den Staat herauszufordern.

Die zentrale Demo sollte um 14:30 Uhr am Place de la Bastille starten. Vorab gab es einige kleinere Demos mit dem gemeinsamen Ziel des Platzes. So startete u.a. eine von der CNT organisierte Demo um 12 Uhr am Place des Fêtes und zog mit mehreren hundert Leuten durch die Stadt. Die erste auffallende Unterscheidung zu deutschen Zuständen wurde an der Abwesenheit der Bullen deutlich. Diese zeigten sich nur kurz an einer Nebenstraße nahe dem Endpunkt der Demo. Die bullenfreie Zone wurde von einigen Leuten für Sprühereien parallel zur Demo genutzt. Auf Vermummung wurde dabei nicht immer besonders Wert gelegt, scheinbar rechnet man für solche Lapalien mit keiner Verhaftung. Die Stimmung war fröhlich und gelassen. Kurz vor Ende der Demo zeigte sich eine kleine Gruppe von flics – eine besonders gehasste Einheit der Bullen, vergleichbar mit Zivis und bekannt für ausgeprägte Brutalität. Es blieb bei verbalen Auseinandersetzungen und der Platz wurde erreicht. Allerlei K-Gruppen suhlten sich im Personenkult und Gewerkschaften waren mit den bekannten riesigen Ballons vertreten. Ein erster großer Teil der Route war bereits mit Leuten unterschiedlicher Couleur voll. Den kompletten Boulevard de la Bastille bis zur Brücke Pont d'Austerlitz waren Leute unterwegs. Allmählich bildete sich ein langer Strom von Vermummten und zog unter den Augen amüsiertes Gesichter zur Brücke um den Beginn der Demo zu bilden – der Cortège de Tête hatte sich gefunden. Später werden die Bullen von 1200 Wütenden im Black Block sprechen. Die ersten Bengalen und Rauchtöpfe wurden gezündet. Unter antifaschistischen Rufen ging es die Brücke runter. Wummernde Bässe übertönten kurzzeitig das Geschehen und eine Soundbox untermalte das Geschehen mit Fatboy Slims „Right Here, Right Now“. Ein magischer Moment, der bei mir Bilder an die legendären Riots während des Atari Teenage Riot Auftritts beim 1. Mai 1999 in Berlin hervorruft. Als schließlich der Place Valhubert erreicht wird hält abermals die Demo an. Steine werden aus der Straße gehämmert, Straßenschilder kollektiv zur ZAD umbenannt und alltägliche Symbolik des Spektakels zerstört. Untermalt von Alizees „Moi... Lolita“ reicht ein sichtlich vergnügter älterer Herr mit Gewerkschaftsweste die Steine an die hinteren Reihen durch. Überall wird – mal mehr, mal weniger poetisch – gesprüht. Ja, Paris ist zauberhaft. Als auch dieser Moment zu Ende geht soll es nun den Boulevard de l'Hôpital bis zum Place d'Italie runter gehen. Der erste McDonald's wird komplett entglast und ein Vermummter verteilt Muffins an die Masse. Einige Trottel werfen auch Mollies in den Laden, welche glücklicherweise keinen Brand auslösen und somit die oberen Wohnungen des Hauses nicht gefährden. Auf der gegenüber liegenden Seite wird ein Bagger und ein Stromkasten (vermutlich für die anliegende Bahnstation) in Brand gesteckt. Hier kommt es auch zum ersten Tränengaseinsatz. Doch die Bullen verstecken sich hinter einem

Zaun und schießen nur wahllos in die Masse. An einem Renault Geschäft werden Autos heraus gezogen und in Brand gesteckt. Vor einer Zahnarztpraxis kommt es zu verbalen Unstimmigkeiten zwischen einigen Autonomen, ob es der Zerstörung würdig ist oder nicht. Die Route ist noch keine großen Meter vorwärts gekommen, da setzen sich große Einheiten der Bullen mit Wasserwerfern in Bewegung und drängen die Leute langsam zurück. Es wird zusehends ersichtlich, dass die geplante Route nicht ansatzweise gelaufen werden kann. Tränengas liegt nun allgemein in der Luft. Ein an der Brücke anliegender Park bietet kurzzeitig Schutz und die Bullen halten vorerst an. Doch auch der Park wird kurz darauf von den Bullen eingenommen. Erste Leute erleiden Kreislaufzusammenbrüche und müssen medizinisch versorgt werden. Von allen Seiten nun drängen die Bullen die Demo auf die Brücke zurück. Direkter Kontakt kommt fast nie zustande, da aus weiter Entfernung ziellos Tränengas verschossen wird. Auf der Brücke dann ein erstes Mal gefühlte Massenpanik. Auch in die hinteren Reihen wird großspurige Tränengas geschossen und der beengte Raum sorgt für Panik bei einigen Leuten. Am anderen Ende der Brücke warten diesmal mehrere Bulleneinheiten und nehmen die flüchtende Masse unter Beschuss. Die Kämpfe verlagern sich auf den Boulevard de la Bastille. Barrikaden werden errichtet und Verschnaufpausen erkennbar. Doch auch hier intensivieren sich zunehmend die Kämpfe und Bullen rennen knüppelnd in die Leute. Größere Gruppen ziehen nun durch die Nebenstraßen, versetzen schnell den gehassten Objekten ein paar Hammerschläge und rennen immer wieder vor knüppelnden Bullen. Nach einiger Zeit verläuft sich das Geschehen und die ersten Militanten wechseln die äußere Erscheinungsform. Am Abend bereits machen erste Analysen und Grafiken die Runde, woraufhin die Bullen von Anbeginn auf eine Blockade der Demo aus waren. Der kurze Spielraum zu Beginn wurde vermutlich als Kollateralschaden in Kauf genommen um später mit voller Wucht zurück zu schlagen.

Für den Abend wird zum allgemeinen Umtrunk ins Quartier Latin eingeladen, jenes Viertel mit der Universität Sorbonne und historische Initialzündung der Proteste im Mai '68. Doch die Bullen sind vorbereitet und sind mit einigen kleineren Einheiten in den engen Straßen postiert. Einzelne Gruppen werden nicht mehr durchgelassen, aber erreichen häufig über Umwege doch ihr Ziel. Die Stimmung ist ausgelassen. Kleinere Barrikaden werden errichtet und die anwesenden Bullen verhöhnt. Die erste Räumung eines kleinen Platzes wird mit Farbbehältern beantwortet. Die Situation spitzt sich langsam zu und immer mehr Leute wechseln wieder zum Dresscode Schwarz. Was am Nachmittag eine Soundbox war ist am Abend eine Handtrommel, die den Rhythmus für das Umherschweifen durch das Viertel vorgibt. Ein Verkehrsschild wird zur Zerstörung einer Überwachungskamera unter dem Beifall der Anwesenden zweckentfremdet. Ältere Leute schauen vergnügt aus den Fenstern. Irgendwann wird es den Bullen zu chaotisch und es beginnen Hetzjagden durch die Straßen des Quartiers. Einige Sachen gehen dabei zu Bruch, doch eine vehemente Schlagkraft mag nicht entstehen. Etwas später ist auch hier die aus-

gelassene Feierlaune vorbei und weitere nennenswerte Aktionen sind mir nicht bekannt.

Zurück in Deutschland lese ich von dem lahmsten 1. Mai in Berlin seit Jahren und im Gespräch erfahre ich von viel Frustration bei der Blockade eines Naziaufmarsches in Chemnitz. Natürlich sind es zwei gänzlich unterschiedliche Ereignisse, doch in beiden spiegelt sich ein Ist-Zustand der radikalen Linken in Deutschland wider der neidisch auf Frankreich blicken lässt. Zum revolutionären 1. Mai in Berlin gibt es seit Jahren gute Ideen und an der Masse an Leuten mangelt es nie. Doch leider bleibt es seit Jahren bei Verbalradikalismus und einigen wenigen Entschlossenen. Der Rest hat sich der Rekuperation namens MyFest vollkommen hingegeben und nimmt die gewünschte passive Konsumhaltung genüsslich ein. Der Rausch wird über die individuellen Wege befriedet und ohne reale Kommunikation in sozialen Netzwerken mitgeteilt. Dabei sind alle Gründe für Revolutionen gegeben, aber nicht die Gründe machen ein Revolution, sondern die Körper. Und die Körper sitzen vor den Bildschirmen. Erfahrungen einer kollektiven Aktion verschwinden somit immer mehr im Gedächtnis einiger weniger Subjekte. Der G20 in Hamburg hat leider erwartungsgemäß kein Signal für massenhaftes, milieuübergreifendes Handeln geliefert. Vielmehr gibt man sich mit den zugestandenen Debatteier- und Partystuben linksradikaler Projekte zufrieden, frönt einen belanglosen Hedonismus und wirklichkeitsfremden Diskussionen. Jedes Szenario wird detailliert besprochen um letztlich jegliche Aktion aus (mal mehr, mal weniger) begründeten Sicherheitsorgen abzusagen. Klar, die Bullen in Deutschland sind taktisch ihren französischen Schweinen voraus. So konnte ich in Frankreich keinen Heli am Himmel beobachten, das Kesseln von Menschengruppen ist nicht ansatzweise so präsent wie in Deutschland und in ihrer Aktivität sind die flics nicht annähernd so aktiv wie die bundesweiten BFE-Einheiten. Auch muss die ständig hohe Anzahl an Leuten bei den Demos in Frankreich berücksichtigt werden und auch die deutlich kämpferische Haltung der Gewerkschaften. Viele Leute bedeuten viele Möglichkeiten. Die allgemeine Stimmung aus der Bevölkerung ist ebenso entspannter bis sympathisierender mit Militanten als in Deutschland. Doch trotz alledem gibt es immer Interventionsmöglichkeiten – sie müssen nur vorbereitet und massenhaft angenommen werden. Auch für Chemnitz gab es Überlegungen für Sitzblockaden und wurden sogar (darüber lässt sich strategisch streiten) über den Lauti mehr oder weniger mitgeteilt. Passiert ist trotz tausender Leute jedoch nichts. Und ein bloßes Zahlenverhältnis hat Nazis noch nie abgeschreckt bzw. soziale Kämpfe vorangebracht.

Geschichte wird gemacht und Geschichte beeinflusst gegenwärtige Zustände. Deutschland kennt hierzu jedoch vorrangig nur ausgeklügelte Theorie und wenig Bewegung auf der Straße. Das kollektive Gedächtnis in Frankreich ist weithin von Erfolgen aufgrund massenhaften Aufbegehrens geprägt, wohingegen hierzulande die staatliche Integration rebellischer Momente als historische Erinnerung verhaftet bleibt. Nebenbei bemerkt: die Übernahme einer bestehenden Ordnung mit mehr Hand-

lungsspielraum als „friedliche Revolution“ zu bezeichnen macht die Ausgangslage für militantes Aufbegehren für ein gutes und freies Leben für alle umso schwieriger. Aber die Voraussetzungen sind da. Die Forderungen der französischen Genoss*innen wirken borniert im Vergleich mit Deutschland. Und trotzdem lehnt sich ein Teil der Bevölkerung auf – mit allen Mitteln, auf allen Ebenen. Sie sind sich dem Widerspruch zwischen dem individuell-privilegierten Herrschaftsanspruch von Eigentum, Verfügungsgewalt und Wissen auf der einen Seite und den

Inhalten einer modernen Gesellschaft auf der anderen Seite, die auf Kollektivproduktion gegründet ist und die durch die (potentiellen oder aktuellen) Forderungen unterprivilegierter Mehrheiten in Bewegung gehalten wird bewusst. Es gibt einiges zu lernen von den Kämpfen in Frankreich. Die Bewegung 2016 kam ziemlich unerwartet und in einer Intensität von der kommende Generationen profitieren werden. Hoffen und arbeiten wir daran, dass ähnliche Überraschungen auch in Deutschland passieren.

Schocktherapie auf Französisch

In Frankreich setzt die Macron-Regierung eine Politik des neoliberalen Kahlschlags durch, geht repressiv gegen Protestbewegungen vor und schmiedet ein Bündnis mit dem rechtsradikalen Front National. Aber es regt sich auch Widerstand. Eine Analyse von Sebastian Chwala.

Knapp ein Jahr ist vergangen seit der französische Staatspräsident Emmanuel Macron sein Amt angetreten hat. In jenen Tagen des Frühjahrs 2017 überschlugen sich die französischen und internationalen Medien im Jubel darüber, dass der junge und charismatische Macron dem voranschreitenden Rechtspopulismus durch seinen deutlichen Sieg vermeintlich eine herbe Niederlage verpasst habe. Der „Erneuerer“ Macron, der nicht mit dem alten Politikklüngel der V. Republik verbunden sei, werde Frankreich aus seiner wirtschaftlichen und moralischen Krise befreien, von der das Land schon seit Jahrzehnten befallen sei. Romantische Verklärung der nationalen Idylle, ewiggestrige Gewerkschafter_innen, die eine regulierte Ökonomie und soziale Sicherungssysteme als Grundlage einer gerechten Gesellschaft angesehen hätten, hätten aus Frankreich eine erstarrte, unflexible Republik gemacht, die den Notwendigkeiten einer offenen Gesellschaft und wettbewerbsfähigen Nation nicht mehr gewachsen sei.

Die Leitartikler_innen begrüßten damals auch, dass die rechtskonservativen Kräfte um den einst aussichtsreichen Bewerber François Fillon, ebenso wie die linke „Sammelbewegung“ France insoumise („Aufständisches Frankreich“) (LFI) letztlich keine wahlentscheidende Rolle spielten. Der erzreaktionäre Fillon schien für die Journalist_innen genauso wenig tragbar, wie die eurokritische Bewegung LFI. Macrons selbst gepflegtes Image als überparteilicher Reformier, der freilich nie einen Hehl daraus machte, jene neoliberale, angebotsorientierte Politik seines Vorgängers, des „Sozialisten“ François Hollande, fortzusetzen zu wollen, passte genau in den Anforderungskatalog der Chefredakteur_innen der großen Tageszeitungen. Hollande hatte die Sozialistische Partei mit dieser Politik zuvor in den Abgrund geführt. Diese „Topjournalist_innen“ stehen ausnahmslos auf dem den Lohnzetteln der wenigen äußerst vermögenden Familien und Einzelpersonen, aus deren Reihen sich zahlreiche Personen eifrig in Form von Geldspenden am Wahlkampf Macrons engagiert hatten. Es sollte allein schon deshalb nicht erstaunen, dass Macrons Politik ausschließlich zugunsten

der reichsten Französ_innen wirkt. Und zwar sowohl was die finanziellen Erleichterungen betrifft, als auch was die Deregulierung von rechtlichen Standards angeht, welche einseitig die Kapitaleseite bevorzugen. Doch es gibt auch Widerstand gegen Macrons Politik.

Macrons Politik zahlt sich aus, die Eliten profitieren

Das „Investment“ in Emmanuel Macron hat sich für die reichsten zehn Prozent der französischen Gesellschaft eindeutig gelohnt. Denn Macron wirft brav seine Dividenden ab. Wenn auch nicht aus eigener Tasche. Mehr als 12 Milliarden Euro werden die „Spitzen der Gesellschaft“ allein in diesem Jahr an Steuern sparen. So ist die Vermögenssteuer faktisch abgeschafft worden, Kapitalerträge werden mit einer Pauschalsteuer von 30 Prozent besteuert und auch die Besteuerung von Dividenden in Höhe von 3 Prozent gehört nun der Vergangenheit an. Dagegen sollen über 20 Milliarden Euro im Staatsbudget eingespart werden. Dies geht zu Lasten des öffentlichen Dienstes und sozialer Dienstleistungen. So wurde das Wohngeld gekürzt, Renten eingefroren und Zuzahlungen für Krankenhausaufenthalte erhöht. Die Kürzung des Wohngeldes trifft vor allen Dingen die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften hart, die deswegen ihre Mieten erhöhen müssen. Kein Problem, so die Regierung, man könne ja Wohnungen verkaufen. Eine verhängnisvolle Strategie in einem Land wie Frankreich, wo durch den hohen Anteil von Wohneigentum bezahlbare Mietwohnungen ohnehin schwer zu finden sind.

Gleichzeitig wurde die CSG, ein hauptsächlich über die Lohnsteuer finanzierter Zuschuss für die Sozialkassen, erhöht, nachdem Macron die Beiträge für die Arbeitslosen- und Unfallversicherung teilweise abgeschafft hatte. Sein Ziel ist hier die Schaffung einer aus Steuern finanzierten Mindestsicherung anstelle eines solidarisch finanzierten Umlagesystems. Wer sich in Zukunft die, bisher in Frankreich größtenteils noch nicht legalen, privaten Zusatzversicherungen nicht leisten kann, wird, wie in Deutschland, spätestens im Alter in absolute Armut abrutschen.

Doch Macrons Pläne gehen noch weiter. Auch die öffentliche Infrastruktur steht auf dem Spiel. Notaufnahmen sollen schließen, Mütterzentren werden abgeschafft und Schulklassen verschwinden. Damit einhergehend sollen 120.000 Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor abgebaut werden. Lehrer_innenstellen sollen ebenso verschwinden,

wie Stellen bei den Gebietskörperschaften und Gemeinden. Deshalb sind bereits Mittelzuweisungen für Regionen und Gemeinden gesenkt worden.

Außerdem sollen die spezifischen arbeitsrechtlichen Regelungen des öffentlichen Dienstes verschwinden und dem allgemeinen Arbeitsrecht angeglichen werden. Kurz, auch die öffentliche Hand soll ihre Beschäftigten auf Basis von Kurz- und Teilzeitverträgen rekrutieren. Außerdem stehen weitere Privatisierungen an. So sollen die Pariser Flughäfen verkauft werden. Die französischen Regionalflughäfen hatte bereits der Vorgänger Hollande verscherbelt.

Das Arbeitsrecht wird zur leeren Hülle, die Gewerkschaften sind machtlos

Doch auch das Arbeitsrecht haben Macron und „sein“ Regierungschef Edouard Philippe bereits den Wünschen des Unternehmer_innenverbandes MEDEF entsprechend dereguliert. Hatte bereits die Hollande-Administration mit dem Grundsatz gebrochen, dass der Staat die grundlegenden Regeln der „industriellen Beziehungen“ organisiert, sollen Arbeitsstandards und Entlohnung jetzt auf Betriebsebene geregelt werden. So sollen die Lohn- und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten, die auf Basis neu geschaffener „Werkverträge“ eingestellt werden, allein in den Betrieben ausgehandelt werden. Welche Folgen dies für diese Menschen aufgrund der notorischen Schwäche der Gewerkschaften in der Privatwirtschaft hat, kann sich jeder ausmalen. Zumal die Gegenmacht der Gewerkschaften auch noch durch die Abschaffung von bisher institutionell verankerten Gremien begleitet wird. So verschwinden nicht nur paritätisch besetzte Komitees in den Betrieben, welche bisher über die Einhaltung des Arbeitsrechts und der Arbeitssicherheit wachten, sondern auch die direkt von den Beschäftigten gewählten Belegschaftsvertreter_innen, die unterhalb der Ebene der Betriebsräte agierten.

Außerdem verschwindet die einzige positive Neuregelung im Arbeitsrecht aus der Amtszeit Hollandes. So konnte man ab 2016 Extrapunkte für das Rentenkonto sammeln, wenn besonders schwere körperliche oder gefährliche Arbeit verrichtet wurde. Dieses Zugeständnis an die reformistischen Gewerkschaften im Protestfrühjahr 2016 sollte die Gegner_innen der damaligen Administration spalten. Jetzt wurde sie mit den Hinweis, eine Umsetzung sei mit zu großen bürokratischen Hürden für die französischen Unternehmen verbunden, wieder abgeschafft.

Es zeigt sich, dass die neoliberale, angebotsorientierte Logik Macrons das private Kapital von jeder gesellschaftlichen Verantwortung befreien möchte. Selbst wenn jemand widerrechtlich entlassen werden sollte, können sich die Unternehmen seit Macrons erneuter „Reform“ des Arbeitsrechts darauf verlassen, dass sie aufgrund gesetzlich gedeckelter Abfindungen von den Arbeitsgerichten zu keinen hohen Strafzahlungen an die ehemaligen Mitarbeiter_innen verurteilt werden können. Der Verstoß gegen geltendes Recht wird planbar.

Macrons aktueller Plan: Privatisierung der Bahn

Doch es regt sich auch Widerstand. Die bisher heftigsten Kämpfe seitens der Betroffenen, die in der Folge auch anderen Akteur_innen Mut machte, entwickelten sich in Reaktion auf die geplante Umwandlung der Staatsbahn SNCF in eine privatrechtliche, aber vorerst in staatlichem Besitz verbleibende Holding. Damit einher geht auch hier die Abschaffung regulierter Arbeitsverhältnisse zugunsten prekärer Zeitverträge. Nur der Markt, so heißt es aus den Reihen der „Marschierer_innen“ von Macron, könne den trägen Staatskonzern wieder auf Vordermann bringen. Deshalb müssten die Privilegien der Beschäftigten fallen. Auf den ersten Blick scheinen sich die cheminots (zu deutsch: „Bahner_innen“) tatsächlich paradiesischer Arbeitsbedingungen zu erfreuen. So würden die Mitarbeiter_innen der Bahn schon ab einem Lebensalter von 52 Jahren in Rente gehen dürfen und würden traumhaft hohe Löhne kassieren, heißt es aus den Reihen der Macron-Partei „Die Republik in Bewegung“ (LREM).

Bewusst setzte die Macron-Administration darauf, dass diese Halbwahrheiten in der Öffentlichkeit diskutiert wurden und nicht die wirkliche Intention des Gesetzesvorhabens. So geht es in erster Linie darum, eine nach wie vor „gemeinwohlorientierte“ Bahn, die auch dünn besiedelte Regionen des Landes anbindet, in ein rein profitorientiertes Unternehmen zu transformieren, welches sich ab 2020 der Konkurrenz durch andere Bahnunternehmen stellen soll. Die regionalen Verbindungen sollen in Zukunft von den Regionalregierungen ausgeschrieben werden – mit der absehbaren Folge, dass unprofitable Verbindungen eingestellt werden. Ebenfalls würde eine massive Verschlechterung der Qualität stattfinden. Dies verschweigen Macron und Philippe und versuchen den Neid der von immer unsichereren Beschäftigungsverhältnissen betroffenen Menschen in anderen wirtschaftlichen Branchen zu schüren, indem sie auf die angeblich auf „Lebenszeit sicheren Jobs“ verweisen. Ein Üding in Zeiten, wo Teilzeitjobs und Kurzzeitverträge als Ausdruck notwendiger Flexibilität der Beschäftigten verkauft werden, um die französischen Unternehmen wettbewerbsfähig zu machen.

Tatsächlich ist die Realität für die französischen „Bahner_innen“ eine ganz andere. Seit Jahren werden bei der SNCF kräftig Unternehmensteile ausgegliedert oder sogar an Subunternehmen delegiert. Für deren Beschäftigte gilt das sogenannte „Statut“ ohnehin nicht. Und selbst die Lokführer_innen, die als einzige das Privileg einer frühen Verrentung besitzen, müssen mindestens 37 Jahre ohne Unterbrechung gearbeitet haben, um in den Genuss dieser Regelung zu kommen. Dies ist vor dem 60. Lebensjahr nicht denkbar, wenn man dazu noch bedenkt, dass bei Gehältern von deutlich unter 3000 Euro netto die Abschläge derart hoch wären, dass Altersarmut vorprogrammiert wäre.

Auch das Recht auf einen unbefristeten Arbeitsvertrag besteht erst nach einer gewissen Zeit der Zugehörigkeit zum Unternehmen. Außerdem muss das 30. Lebensjahr

vollendet worden sein. Der Großteil der Beschäftigten verdient kaum über 1.500 Euro. Von wegen „paradiesische Arbeitsbedingungen“.

Darf nur noch das „Bildungsbürgertum“ studieren?

Doch auch die französischen Studierenden sind wütend über ein neues Gesetz, welches den Hochschulzugang neu regeln soll. Chronisch unterfinanziert und somit überlastet, da inzwischen 80 Prozent eines jeden Geburtsjahrgangs Abitur machen, griff man in den letzten Jahren teilweise sogar zum Mittel des Losverfahrens, um Studienplätze in begehrten und überlaufenen Studiengängen zu verteilen. Dies betraf zwar trotz allem gerade einmal circa ein Prozent der Studierenden, doch nahm die Macron-Administration diesen Umstand als Vorwand, um eine Reform durchzusetzen, die eine „bessere und zielgerichtete“ Begleitung der französischen Oberschüler_innen bei der Auswahl des geeigneten Studiums ermöglichen soll, so die Wissenschaftsministerin Frédérique Vidal. Das Problem lag für Macron und die neue Regierung nicht an einer mangelnden finanziellen Ausstattung der Hochschulen, sondern daran, dass zu viele Menschen die Universität besuchten und nur eine Auswahl der am besten geeigneten Abiturient_innen aufgenommen werden sollten.

War es bisher so, dass ein bestandenes Abitur, in Frankreich Baccalauréat genannt, mit dem Anrecht auf einen Studienplatz verbunden war, wurde dieses Recht mit der Neuregelung schlicht und ergreifend abgeschafft. An dessen Stelle wurde ein aufwendiges bürokratisches Verfahren gesetzt, das die Universitäten in die Lage versetzt, sich ihre Studierenden selbst auszuwählen anhand von Fähigkeiten und Fertigkeiten, deren Beherrschung die Studierenden vorweisen müssen.

Formal müssen in Zukunft zusätzlich Motivationsschreiben und Lebensläufe eingereicht werden. Junge, kaum volljährige Menschen müssen in Zukunft also richtige professionelle Dossiers einreichen, um überhaupt studieren zu dürfen. Doch die Abiturient_innen können sich nicht direkt bei den gewünschten Universitäten bewerben. Die Bewerbungen müssen über eine kompliziert aufgebaute Homepage „online“ eingereicht werden.

Gerade jene Abiturient_innen, die nicht über eine Unterstützung aus dem Elternhaus verfügen, drohen bereits, an dieser ersten Hürde zu scheitern. Dies dürfte insbesondere auf Abiturient_innen aus eher „bildungsfernen“ Familien zutreffen, die nicht über die Kenntnisse verfügen, die die Auswahlkommissionen an den Universitäten von den Bewerber_innen fordern. Außerdem sind die Lebensläufe solcher Abiturient_innen häufig nicht makellos. So findet sich oft keine ellenlange Auflistung von außerschulischen Aktivitäten. Der Anteil der Menschen, die eine Klasse wiederholt haben, ist in dieser Gruppe überdurchschnittlich. Nicht zuletzt haben diese Menschen häufig nur eine Fachoberschule besucht, welche die erwarteten Kompetenzen der Fachbereiche der Universitäten gar nicht auf dem Lehrplan hatten. Damit entsprechen sie nicht dem Durchschnitt der akademisch geprägten Bewerber_innen

aus dem „Bildungsbürgertum“. Gleich und Gleich gesellt sich gern.

Die Intention der „Marschierer_innen“ ist klar: Während sich bildungsaffine und ökonomisch besser gestellte Milieus nicht selten durch den Rückgriff auf teure, professionelle Agenturen die optimalen Bewerbungsunterlagen zusammenstellen und ihren Kindern den Zugang zu Universität weiter ermöglichen können werden, soll den Unterklassen, die heutzutage auch oftmals den Weg zum Abitur schaffen, nur die Möglichkeit offen bleiben, sich für die Kapitalseite nutzbare, „praktische“ Fähigkeiten anzueignen. Die gesellschaftliche Klassenstruktur soll durch verschärfte Selektion bewahrt werden.

Doch viele Lehrende nehmen für sich das Recht in Anspruch, den Entscheidungen der politisch Verantwortlichen nicht Folge leisten zu müssen. Dies ist ein Ergebnis des ausgeprägten Republikanismus vieler Akademiker_innen in Frankreich. Das Abitur darf keine unterschiedliche Wertigkeit erhalten. Deshalb weigern sich zahlreiche Fakultäten quer durch Frankreich Auswahlkommissionen zu bilden. Manche nehmen einfach alle Bewerber_innen auf. Viele Lehrende unterstützen die Studierenden im Kampf für eine bessere finanzielle Ausstattung der Universitäten. Laut Expert_innen müssten eine Milliarde Euro für den universitären Bereich zur Verfügung gestellt werden, um dem Ansturm von Studierenden gerecht zu werden. Stattdessen wählt der wirtschaftsliberale Macron den Weg, die Unterfinanzierung dadurch lösen zu wollen, indem Studieren wieder zum Privileg wird, die im Rahmen der unternehmerischen Hochschule, die auch in Frankreich das Leitbild der Hochschulpolitik ist, dann bald durch kräftige Studiengebühren ihren „Humankapitalwert“ erhöhen sollen. Gleichzeitig greift prekäre Beschäftigung unter den wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen weiter um sich und die Universitätsgebäude verfallen.

Der Widerstand gegen Macron wächst, als Antwort wird das Asylrecht verschärft

Die Akteur_innen aus dem universitären Bereich sind wichtige Unterstützer_innen der Eisenbahner_innen, welche seit Anfang April wöchentlich zwei Tage erfolgreich den Bahnverkehr in Frankreich fast vollständig lahmlegen, ohne bisher allerdings Macron zum Einlenken bewegt zu haben. Bemerkenswerterweise sind sich die linken Gewerkschaften (CGT, SUD) und die sozialpartnerschaftlich orientierten Arbeitnehmer_innenorganisationen (FO, CFDT) in ihrer Ablehnung der „Bahnreform“ einig. Selbst die rechte UNSA-Gewerkschaft trägt den Streik mit.

Die traditionelle Feindschaft der französischen Richtungsgewerkschaften untereinander hoffte Macron für seinen radikalen Umbau des französischen Wirtschafts- und Sozialmodells ausnutzen zu können. Dies klappte aber nur bei der Durchsetzung der Arbeitsmarktreformen im letzten Herbst. Aktuell greift Macron auf viel zu vielen Feldern erkämpfte Rechte an, als dass er die „Aktions-einheit“ der Arbeiternehmer_innenorganisationen grundlegend spalten könnte. Zahlreiche gewerkschaftliche und

politische Aktionstage stehen in nächster Zeit in Frankreich an.

Um dieser negativen Entwicklung Stand zu halten, muss sich Macron deshalb als autoritärer Staatschef geben, der die rechten Milieus an sich bindet. Dies tut er einerseits indem er in mehreren Fernsehinterviews ankündigte, gegenüber den Gegner_innen seiner Politik hart zu bleiben. Gleichzeitig wird mit äußerster Härte gegen die Studierendenbewegung vorgegangen, indem besetzte Universitäten rücksichtslos geräumt werden. Zahlreiche Verletzte sind die Folge. Gleichzeitig wachsen Studierendenbewegung und linke Gewerkschaften zusammen. Der Konflikt politisiert sich. Mehr und mehr gewinnt man den Eindruck, dass Macron und sein Umfeld, welches in erster Linie aus Unternehmer_innen und Manager_innen besteht, der einstigen britischen Premierministerin Margaret Thatcher nacheifern und einen totalen, entscheidenden Sieg über die sich formierenden Protestbewegung erzielen möchten. Macron und sein Innenminister Gérard Collomb geben sich deshalb auch innenpolitisch immer reaktionärer.

Nicht umsonst wurde in der Nacht zum Montag eine Verschärfung der Asylgesetze im Parlament beschlossen, die aus der Feder des Front National stammen könnte. Von nun an werden sogar Kinder in Abschiebehaft genommen. Die Frist für die Stellung von Asylanträgen wird verkürzt und Widersprüche verlieren ihre aufschiebende Wirkung. Allein mit dieser Regelung wird das Asylrecht faktisch ausgesetzt. Gleichzeitig wird die legale Dau-

er der Abschiebehaft deutlich verlängert. Dies sind nur einige Punkte, die man auf die Schnelle benennen kann, die dazu führten, dass die Präsidentenpartei LREM die Gesetzesänderungen gemeinsam mit dem Front National beschloss. Allein dieses Gesetz sollte jenen, die Macron nach wie vor als einen progressiven Akteur der europäischen Politik betrachten, die Augen öffnen. Für die Menschen in Frankreich ist dies längst klar. Hier betrachtet immerhin eine Mehrheit der Menschen seine Partei als Teil der politischen Rechten, wenn man den Umfragen glauben darf.

Es ist unklar, ob sich Macron mit seinem Frontalangriff auf die Strukturen des französischen Gesellschaftssystems wirklich durchsetzen kann. Es macht Mut, dass gerade eine Mehrheit der jungen Menschen Macrons Politik ablehnt. Nicht umsonst haben diese bereits letztes Jahr bei den Präsidentschaftswahlen überdurchschnittlich für den linken Jean-Luc Mélenchon, Gesicht des LFI, gestimmt. Allerdings gibt es innerhalb der Institutionen der derzeitigen V. Republik in Frankreich kaum Möglichkeiten, Macron in die Schranken zu weisen, da LREM auch über eine komfortable Mehrheit im Parlament verfügt. Gleichzeitig sind nicht genug Menschen auf der Straße, um möglicherweise Brüche innerhalb der Parlamentsfraktion von LREM herbeizuführen. Somit bleiben die sozialen Bewegungen in Frankreich im Moment weiterhin in der Defensive.

von: re:volt magazine am: 26.04.2018

Yogyakarta, Indonesien

Kommuniqué zur Repression nach der 1. Mai Demo gegen Feudalherrschaft

Obwohl es sich um ein „exklusives“ Kommuniqué innerhalb Yogyakarta oder Indonesien im allgemeinen handelt, rufen wir dazu auf, internationalen Druck auf dieses verrottete feudale System auszuüben, das noch in diesem Jahrhundert existiert.

Grüße den lieben Leuten von Yogyakarta, die unsere Demonstration (die mit der Absicht durchgeführt wurde, die Institution von Kraton in Yogyakarta zu kritisieren) diffamieren. Glaubt uns, wenn wir sagen, dass wir es bereits wussten, sogar bevor wir unsere Demo durchgeführt haben, dass es eine Antipathie der Öffentlichkeit gegen unsere Demonstration gibt. Es ist sehr verständlich. Feudalismus schafft diesen Glauben, dass Könige und Adlige so etwas wie halbgöttliche Wesen darstellen. Ihre Autorität ist heilig und durch sich selbst gerechtfertigt. Einige werden zu Herrschenden, weil sie zufällig in der richtigen Familie geboren wurden: Der königlichen Familie. Das ganze Feudalgebiet ist Eigentum des Königs und seiner königlichen Familie. Die Leute sind nur Bewohner*innen, die jederzeit, dem königlichen Willen entsprechend, vertrieben werden können. Aufrechterhalten wird das System, u.a., durch diesen irrationalen Glauben an das feudale Gesetz. In Yogyakarta ist der Feudalismus das, was Yogyakarta "besonders" macht. Politisch bedeu-

tet dieser besondere Status, dass Yogyakarta nicht, wie andere Provinzen in Indonesien, durch einen gewählten Regierenden regiert wird. Stattdessen wird die Region durch einen Gouverneur regiert, der auch ein Sultan ist. Sozio-kulturell hat dieser besondere Status eine andere Bedeutung. Er gibt den Leuten von Yogyakarta ein falsches Gefühl von Stolz. Yogyakarta ist besonders, weil es von einem Sultan regiert wird, und die Leute sind stolz darauf.

Wie könnt ihr auf etwas stolz sein, wie darauf, dass ihr von jemandem mit unkontrollierter Macht regiert werdet? Wie kann es euren Stolz erwecken, Untertan von einem anderen Person sein, alleine weil diese in die königliche Familie hineingeboren wurde? Unsere Demonstration zielte nicht darauf ab Sympathien zu wecken. Wenn das unser Ziel gewesen wäre, hätten wir keine Demonstration durchgeführt, die die Reproduktion sozialer Werte stört, wie wir das getan haben. Nein, dafür war unsere Demonstration nicht gedacht. Wir sind keine politische Partei, keine „linke“ Organisation, keine NGO oder die Verfechter*innen der amtierenden Herrschenden oder ihre Opposition, die die Unterstützung und Sympathie der Leute benötigt.

WIR SIND AUCH KEIN TEIL DER PMII; FAIZI ZAIN UND SEINE KUMPANE, DIE AUSSCHREITUNGEN ERWARTETEN, UM IHRE AGENDA ZU STÄRKEN, UM JOKOWI ZU STÜRZEN, ZUM NUTZEN IHRER POLITISCHEN HERRSCHENDEN. SIE SIND MAKLER*INNEN DER MACHT ! WIR NICHT!

Unsere Demonstration wollte die Zirkulation des Kapitals in Yogyakarta stören. Mit Absicht wollten wir eine Situation schaffen, die für Investitionen von Kapital (ob national oder ausländisch) nicht förderlich ist. Investitionen, die die Entwicklung und Gentrifizierung verstärken, die die Mittelklasse und Unterschicht in Yogyakarta entrechten. Wir haben gehaut, dass die Öffentlichkeit durch unseren Vandalismus und provokativen Aufruf in Wut gerät.

Die Zerstörung eines Polizeipostens und der Aufruf „Ermordet den Sultan!“ haben die Leute in Yogyakarta stark verärgert. Diese Wut fehlt, wenn die Polizei wiederholt bei Interessen-Konflikten mit ihrer Gewalt an vorderster Front steht (natürlich auf Seite der Herrschenden). Zum Beispiel, wie beim Konflikt in Temon, Kulonprogo, wo es einen fortschreitenden Prozess von Landenteignungen durch den Sulatan gibt. Dieser Vorgang wird legitimiert durch das feudale Landbesitz-System, zu Gunsten einer Expansion der Hauptstadt der Tourismusindustrie. Die Wut fehlt auch, wenn die BewohnerInnen der städtischen Kampungs (inoffizielle Siedlungen, Slums) mit Wassermangel zu kämpfen haben, weil das Grundwasser von Hotels und Appartements genutzt wird, deren Bau (natürlich unter dem Segen des Sultans) immer mehr voranschreitet.

Der Aufruf den Sultan zu ermorden (egal ob wir ihn selbst nieder geschrieben haben oder nicht), der einige Leute in Yogyakarta verärgert hat, (ob wörtlich zu nehmen oder symbolisch gemeint) hat seine eigene Bedeutung darin, die Autorität des Sultans in Yogyakarta aus dem Konzept zu bringen, der heilig zu sein scheint und nicht in Frage gestellt werden kann; eine Macht ohne Kontrollmechanismus, weil sie geschützt ist, durch den Glauben an die selbstgerechte Autorität des Sultans. Dieser Glaube ist verantwortlich für die Entmündigung der Leute. Früher oder später, werdet ihr, die dieses lest, möglicherweise selbst, durch die „Entwicklung“ in Yogyakarta, entmündigt sein. Eine „Entwicklung“ für die Interessen des Sultans und seiner Günstlinge, einheimische und nationale Unternehmen, einheimische und ausländische Investoren.

Ja, der Sultan ist einer der wichtigsten Drahtzieher vieler Probleme in Yogyakarta; Räumung, Landraub, Gentrifizierung und die Entwicklung, die die Menschen der mittleren und unteren Klassen entrechtet. Der Sultan und seine die königliche Familie und auch seine Kumpane beherrschen alle wirtschaftlichen Aspekte in Yogyakarta.

Yogyakarta ist eine der Provinzen Indonesiens, mit der höchsten ökonomischen Ungleichheit. Die Entwicklung in Yogyakarta wird nicht für die Interessen der Menschen vorangetrieben, sondern als Entwicklung für die herrschende Klasse: Den KapitalistInnen und die Feudalherrschaft.

In Yogyakarta, haben die beiden widerwärtigen Systeme eine Affaire, indem sie die Menschen unterdrücken, die nicht zum Königshaus gehören und die Mittel- und Unterklasse sind.

Mütter, seit ihr nicht müde, eure Kinder zweimal in der Woche im Gefängnis zu besuchen? Die möglicherweise nur stehlen oder rauben mussten, um überleben zu können? Der Grund, warum sie in diesen überfüllten Gefängnissen sitzen, die in Yogyakarta tief verwurzelte und weit verbreitete Armut ist. Kümmert das euren Sultan?

Und dann werden wir uns immer wieder selbst etwas vormachen und glauben, dass alles in Ordnung ist? Oder sogar „besonders“?

Wir haben kein Interesse daran, bewundert zu werden. Wir sind keine politische Partei, die die Stimmen der Leute bei Wahlen benötigt. Wir sind nur Menschen, die entsetzt sind. Entsetzt über alles, was um uns herum vor sich geht und wie die Menschen von diesem falschen Bewusstsein eingullt werden, das ihnen sagt, dass alles in Ordnung wäre.

Wir rufen den Leuten der Mittel- und Unterklasse, Intellektuellen, Künstler*innen, Akademiker*innen sowie denen, die sich als Liberale und Moderate oder als „neutral“ bezeichnen, zu. Erinnert ihr euch an das historische Ereignis, aus dem der moderne Nationalstaat hervorgegangen ist? Die Zeitspanne, die als die Zeit der Aufklärung bezeichnen? Die Zeit in der die König*innen und die Adeligen auf dem Platz der Revolte guillotiniert wurden. Hat es nicht das geschaffen, was ihr Demokratie nennt? Wir haben nicht die Absicht, Geschichte zu wiederholen oder zu glorifizieren. Die Demokratie, die ihr hochhält und ausverkauft, führt uns zu nichts anderem, als zur Armut, ökologischer Zerstörung und Entrechtung.

Wir sind die Libertären. Wir sind das, was ihr als Anarchist*innen bezeichnet. Wir träumen von einer Welt, in der die Menschen miteinander kooperieren, gemeinsam arbeiten, über sich selbst herrschen, auf horizontale Weise, ohne Herrschende, dem Adel, politische Verträge, oder den Kapitalist*innen. Wir möchten ein Leben in seiner wahrhaftigsten Form, in der die natürlichen Wünsche der Menschen im Einklang mit der Natur sind; Ein Leben ohne Klasse, Rasse, Ethnie, Religion und andere falsche Trennlinien.

Wir sind, was ihr Utopist*innen nennt.

Wir wollen eine freie Gesellschaft ohne Unterdrücker*innen. Wir wollen eine Gesellschaft, wo die Menschen Überzeugungen, sexuelle Orientierung oder Irgendetwas, haben können, ohne verfolgt zu werden.

Totale Freiheit

– Die Anarchist*innen

Retour au Caire

2011 besuchte unser Autor Jule das revoltierende Ägypten. 2018 kehrt er dorthin zurück und findet ein politisch und sozial verändertes Land wieder, in dem staatliche Repression und Gewalt herrschen und brodelnde Stimmungen noch unterdrücken. Eindrücke einer Reise in ein sich wandelndes Land.

„Du hättest dir wirklich keine beschissenerere Zeit aussuchen können, um nach Kairo zu kommen. Die Lage könnte schlimmer kaum sein und das auf allen Gebieten. Ob auf der politischen, der ökonomischen oder der kulturellen Ebene; überall finden Verschärfungen statt.“ So eröffnete Jano, ein linker Aktivist und Journalist, unser Gespräch zur aktuellen Lage in Ägypten. Wir sitzen an einem Samstag Ende März 2018, wenige Tage vor den Präsidentschaftswahlen, in seinem Apartment in einem südlichen Vorort von Kairo. Bereits seit mindestens einer halben Stunde waren wir zusammen und hatten uns etwas kennen gelernt. Doch nun sollte es um das gehen, weswegen ich zu ihm gekommen war: Ich wollte aus erster Hand über die Entwicklungen des Landes erfahren, das ich zuletzt vor sieben Jahren besucht hatte.

Tahrir 2011 / 2018

Janos Eröffnung bestätigte den Eindruck, den ich mir bereits in der Nacht zuvor bei einem ersten Spaziergang durch Downtown Kairo gemacht hatte. Nichts erinnerte mich an diesen Morgen Ende März 2011, als wir uns mit dem Taxi unserem unweit des Midhan Tahrir gelegenen Hostels nähernd, Rauchwolken aufsteigen sahen, die wohl einem abgebrannten Militärwagen entstammten. Nichts war mehr übrig von den überall prangenden revolutionären Parolen auf den Wänden in der Innenstadt. Und auch keine von den damals so zahlreichen Verkäufer*innen von T-Shirts mit dem Aufdruck „25th January – Revolution“, also jenem Datum, an dem zum ersten Mal hunderttausende in der Innenstadt in der Commune des Tahrir-Platzes zusammenkamen, waren mehr zu sehen. Damals, im März 2011, als wir in Kairo eintrafen, hatten die Ägypter*innen bereits das Unglaubliche geschafft: Sie hatten einen seit vielen Jahren das Land regierenden und ausplündernden Despoten aus dem Amt gejagt. Doch der Hass auf die Polizei war aus guten Gründen noch groß und es war noch alles andere als ausgemacht, wie es politisch mit dem Land weitergehen würde. Also dauerte die Besetzung des Platzes an - ebenso wie die Straßenschlachten. Philip Rizk zitiert in einem Artikel einen vom ihm im Frühjahr 2011 gefilmten Mann. Dieses Zitat gibt die Bedeutung des Tahrir-Aufstandes für das Selbstbewusstsein der Menschen eindrucksvoll wieder: „I swear I used to walk here scared. Today, look, I am walking freely. I feel safe. Should I feel safe in these days, or are these supposed to be days of fear?“ [1]

Im März 2018 ergab sich mir ein ganz anderes Bild: Der Platz ist wieder fest in der Hand der Polizei und des Militärs. Einzelne Menschengruppen sitzen inmitten der ununterbrochen von Autos umrundeten Verkehrsinsel. Auf diese ist ein Bildschirm gerichtet, der 24 Stunden am

Tag entweder Reden Al-Sisis abspielt oder Manöver des ägyptischen Militärs zeigt. Von vielen, den kreisförmigen Platz umgebenden, Gebäuden hängt ein Banner mit Portraits des neuen Despoten. Eines wurde offensichtlich für Touris wie mich aufgehängt und verkündet in englischer Sprache ganz bescheiden: „Al-Sisi is the best“. Andere Banner wurden von privater Seite bezahlt und tragen neben Wahlwerbung für den gerade genannten auch Logos von Firmen, die wohl auf zusätzliche Aufträge durch diese kleine Gefälligkeit hoffen. Auch gegenüber meiner Kairoer Lieblingskneipe „El Horreya“, wo damals Porträts der Märtyrer der Revolte hingen, deren junge, lebensfrohe Gesichter sich mir unauslöschlich ins Gedächtnis gebrannt haben, baumeln nun lange Banner mit dem Portrait des Präsidenten, eingerahmt von riesigen Nationalflaggen. Auch dessen Gesicht werde ich so schnell nicht vergessen.

Die Wahlfarce

Bekanntermaßen gewann Al-Sisi die Wahl einige Tage später mit 97% der abgegebenen Stimmen. Die ca. zwei Millionen ungültigen Wahlzettel, die die Zahl von ca. 800.000 abgegebenen Stimmen für den einzigen Gegenkandidaten Moussa Mostafa Moussabei (ein Unterstützer Al-Sisis) bei weitem übertrafen und dafür sorgten, dass der zweite Kandidat auf dem dritten Platz landete, waren in dieser Prozentzahl jedoch nicht mit eingerechnet. Doch den Ausschlag für dieses Ergebnis hatte sicherlich nicht die an jeder Ecke angebrachte Wahlwerbung gegeben, sondern seine seit dem Amtsantritt gnadenlos angewandte Lieblingsmethode: blanke Repression und Gewalt. Alle ernsthaften Gegenkandidaten wurden vorsichtshalber bereits im letzten Jahr ins Gefängnis gesteckt. Dementsprechend gingen sowieso nur die Unterstützer*innen Al-Sisis zur Wahl.

Das Al-Sisi Regime

Angetreten war Al-Sisi kurz nach seinem Putsch am 03. Juli 2013 mit einem riesigen Blutbad. Am 13. August 2013 versammelten sich immer noch tausende Anhänger*innen des gerade abgesetzten Präsidenten Mursi in den Straßen. Im Laufe des Tages rief das Militär die mehrheitlich aus Unterstützer*innen der Muslimbrüder bestehende Menge dazu auf, sich zu zerstreuen und warf Flyer mit derselben Forderung aus einem Helikopter ab – allerdings ohne Ultimatum. Kurz darauf sollte ein beispielloses Massaker beginnen. Militärs rasten mit Bulldozern in die Menge. Maschinengewehre wurden angesetzt und Soldaten schossen ohne Unterschied scharf in die Versammlung. Einige Stunden später waren über tausend Menschen tot. Es war die klare Ansage des Militärs: Jede*r, der*die sich ab jetzt gegen unser neues Regime wehrt, kann damit rechnen, erschossen zu werden. Seitdem herrscht Friedhofsruhe im Land. Zehntausende politische Gefangene sitzen im Gefängnis und Folter gehört zum (Polizei-)Alltag. Für die Militärs war der größte von Mubarak begangene Fehler der, dass er die Opposition – wenn auch in sehr begrenztem Maße - gewähren ließ.

Sie sind nun entschlossen, mit allen Mitteln zu verhindern, dass sich dieser „Fehler“ wiederholt.

Wie Jano erzählte, hat es das Militärregime mit dieser Methode geschafft, innerhalb kürzester Zeit die mit dem Aufbruch von 2011 verbundene Hoffnung zunichte zu machen. Es sei inzwischen ganz normal, dass Menschen für Jahre ohne Anklage hinter Gittern landen. Daher nehme auch niemand mehr an Demonstrationen teil. „Wer hat schon Lust mit gerade mal 50 Hanseln ein paar Meter die Straße runterzulaufen und dafür für fünf Jahre im Gefängnis zu verschwinden?“, fragt er lakonisch. Nach der Revolution seien linke Zirkel aufgeblüht, ein lebhaftes linkes Milieu sei entstanden und zum ersten Mal seit Jahrzehnten sei wieder öffentlich über Themen wie Anarchosyndikalismus diskutiert worden. Heute ist davon nichts mehr übrig. Alle Linken, die er kenne, sitzen entweder im Gefängnis, sind ins Ausland geflohen oder haben sich vollkommen aus dem politischen Leben zurückgezogen. Auch er selbst hat konkrete Pläne, demnächst das Land zu verlassen. „There is no hope left.“, fasst er die Lage kurz und prägnant zusammen.

Neue Repression

Dass es soweit kommen konnte, sei bis zum Tag des Putsches aber alles anderes als ausgemacht gewesen. Denn die Muslimbrüder installierten zwar ohne Zweifel ein erzreaktionäres Regime, sie konnten dieses aber nur sehr begrenzt entfalten, da sie sich die Macht immer noch mit dem Militär teilen mussten. Und dieses setzte vieles, was von den Muslimbrüdern angeordnet wurde, einfach nicht um. Durch dieses Machtgleichgewicht entstanden ungeahnte Freiräume, in denen sich auch diskriminierte Minderheiten wie LGBTIs zögerlich entfalten konnten. Gerade im Umgang mit dieser Gruppe zeigt sich, wie repressiv das aktuelle Regime ist. Während sich bis 2013 vor allem in Downtown eine homosexuelle Subkultur entwickeln konnte, hat das Militär damit schnell Schluss gemacht. Auch deren letztes Refugium, das Internet, wurde durch die Infiltration geschlossen. Hunderte sind im Gefängnis gelandet, etwa weil sie sich über Flirt-Apps wie Grindr mit Polizeiagenten verabredet hatten und nun mit dem Vorwurf der „Ausschweifung“ konfrontiert sind (Homosexualität selbst ist im Land gar nicht verboten). Am deutlichsten zeigt ein Vorfall aus dem Herbst letzten Jahres, welchen obsessiven Charakter die Verfolgung aller Zeichen homosexuellen Lebens angenommen hat. Bei einem Konzert der libanesischen Band „Mashrou' Leila“ zeigten Zuschauer eine Regenbogenflagge. Das Bild ging als empowerndes Signal durch die sozialen Medien, was den Militärs gar nicht passte. Mehrere Leute, die um die Flagge standen, wurden ausgemacht, Verhaftungen folgten und eine Person wurde inzwischen unter dem Vorwurf der „Ausschweifung“ zu einer sechsjährigen Gefängnisstrafe verurteilt.

Auch wenn diese äußerste Repression (und zwar nicht nur gegen LGBTIs) darauf schließen lässt, dass sich das Regime nur durch blanke Gewalt an der Macht hält, konnten die Militärs anfangs durchaus noch auf eine populäre Unterstützung zählen. Mursi hatte etwa 50% der

Stimmen erhalten, der Rest der Gesellschaft stand seinem Programm der Durchislamisierung der Gesellschaft eher kritisch gegenüber (natürlich außer den noch radikaleren Salafisten). Daher konnten sich die Militärs als zwar auch frömmelndes aber dennoch irgendwie säkular wirkendes Gegengewicht präsentieren, so überzeugte Anhänger*innen hinter sich scharen und große Mobilisierungen gegen die Muslimbrüder für ihre eigene Agenda vereinbaren. Doch nach fünf Jahren sind nur noch sehr wenige überzeugte Anhänger*innen übrig geblieben. Denn die Probleme des Landes sind unübersehbar. So schreitet die Inflation mit einem ägyptischen Pfund, das in kurzer Zeit mehr als die Hälfte seines Wertes verloren hat, stetig voran, während gleichzeitig die Preise für Grundnahrungsmittel kontinuierlich steigen. Eine Situation, die in einem Land, in dem bereits das Gerücht über die Kürzung der Brotsubventionen tagelange Aufstände auslösen kann, nicht ewig gut gehen kann. Zumal auch die Sicherheitssituation trotz des Gebahrens des Militärs als Hüter von Recht und Ordnung überhaupt nicht rosig ist. Besonders das Problem der im Sinai operierenden IS-Ableger ist längst nicht unter Kontrolle und stellt eine weitere tickende Zeitbombe dar. Und auch die mörderischen Angriffe auf koptische Christ*innen vermehren sich. Erinnert sei hier nur an das Massaker am 29. Dezember 2017, dem 11 Kopt*innen zum Opfer fielen. Der Schluss, dass es früher oder später wieder zu Aufständen kommen muss, liegt daher alles anderes als fern. Doch dieses Mal werden sie wohl nicht mehr den Charakter einer Platzbesetzung haben, sondern von vornherein sehr viel militarisierter von statten gehen. Das Regime konnte genau diesen Aspekt, der vielen im Land bewusst ist, bislang in einen ideologischen Trumpf für sich selbst verwandeln. Denn obwohl sich die soziale Lage stetig verschlechtert, können sie darauf verweisen, dass ohne ihre harte Hand das Land in einem Bürgerkrieg zu versinken drohe. Die Situation in Syrien oder in Libyen bildet hierfür die bedrückende Blaupause.

Epilog

Mit diesen düsteren Eindrücken einer Revolution, die innerhalb von wenigen Jahren durch ein konterrevolutionäres Regime ersetzt wurde, das noch repressiver agiert, als das einige Jahre zuvor gestürzte, fahre ich einige Tage später weiter Richtung Süden. Dabei habe ich die Intention, mich nicht mehr mit der beschissenen aktuellen politischen Lage zu beschäftigen und mir stattdessen die Wunder des antiken Ägyptens anzuschauen. Mit Befriedigung stelle ich fest, dass auch die Pharaon*innen nicht so allmächtig waren, wie sie immer erscheinen. Spätestens wenn sie mit dem Tod konfrontiert waren, mussten sie sich überlegen, wie sie den Reichtum, den sie in das nächste Leben mitnehmen wollten, möglichst ohne Wissen derer, durch deren Auspressung sie sich all die Schätze überhaupt erst aneignen konnten, neben ihrer Leiche platzieren konnten. Und so entschieden die Pharaon*innen des „Neuen Reichs“, sich als Tote nicht mehr in protzigen Pyramiden mit ihren Reichtümern einzuquartieren, sondern ihre Grabkammern in ein karges, östlich von Luxor gelegenes Gebirge schlagen zu lassen, sowie die Eingänge so gut wie möglich zuzumauern und zu verstecken. Doch dies

half alles nichts. Denn irgendjemand musste die Grabkammern ja auch in den Berg schlagen und das Wissen über ihre Lage und Architektur haben. Und so eigneten sich die Arbeiter*innen des ägyptischen Altertums noch vor dem Ende dieser Zeitepoche wieder das an, was ihnen sowieso zusteht. Die Pharaon*innen mussten zusehen, wie sie im nächsten Leben ohne ihre Reichtümer zurecht kamen. Wenn die politische Lage auch noch so aussichtslos erscheint, wissen wir doch, dass die Unterdrückten und Ausgebeuteten immer Wege finden werden, den Herrschenden ein Schnippchen zu schlagen. Irgendwann

werden sie wieder in der Lage sein, die Herr-Knecht-Dialektik zu ihrem Gunsten zu nutzen. Hoffen wir, dass die arbeitende Klasse Ägyptens nicht erst auf den Tod ihres aktuellen Despoten warten muss, sondern demnächst ihr Schicksal wieder selbst in die Hände nehmen wird.

[1] Philip Rizk, *Fear the everyday state*, in: *Emotional Architecture* (Hrg.), *No fantasy without protest*, Kairo 2015

von: *re:volt magazine*

Herrschaftsnetze sind angreifbar

Dokumentation:“

Prolog:

(...) Die Arroganz der Macht, die Herrschaft des Falschen, die Vulgarität der Reichen, die Industrie-Katastrophen, das galoppierende Elend, die nackte Ausbeutung, der ökologische Untergang – von nichts werden wir verschont, nicht einmal davon informiert zu sein.

Klima 2017, Klima 2018, Klima 2019 – heißestes Jahr. Die Gründe für eine Revolution wären gegeben. Aber nicht die Gründe machen eine Revolution – sondern die Menschen. Und die Menschen sitzen vor den Bildschirmen. (...) Die Menschheit wohnt verzaubert ihrem Untergang bei (...). Sie verfolgt es so gebannt, dass sie nicht spürt wie ihr, wie uns (!) das Wasser bereits zu den Fesseln reicht (...). Es geht nicht mehr darum, diese Welt zu kommentieren, zu kritisieren, anzuprangern. (...) Weiterhin Diskriminierung, Unterdrückung, Ungerechtigkeit anzuprangern und darauf zu warten, dass das was bringt, ist überholt. (...) Die Lüge ist die Weigerung gewisse Dinge zu sehen, die man sieht, und sie so zusehen, wie man sie sieht. Die tatsächliche Lüge sind all die Bildschirme, all die Bilder, all die Erklärungen, die man zwischen sich und der Welt stehen lässt. Es ist die Art, wie wir tatsächlich unsere eigene Wahrnehmung mit Füßen treten ...

Wir haben heute viele Kabelstränge durchtrennt. Niemand kommt dadurch körperlich zu Schaden.

Die verschiedenen Kabel unter der Mörschbrücke in Berlin werden konkret genutzt vom Militär und seinen Dienstleistern, der Flugbereitschaft der Bundesregierung, der Bundespolizei, der Bundesregierung, der Verwaltung des Landes Berlin, Großkonzernen, Internet-Knotenpunktbetreibern, dem Flughafen Tegel.

Wir unterbrechen mit unserem kleinen Beitrag das reibungslose Funktionieren der Metropole. Denn solange alles funktioniert, geht die beispiellose Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen unverändert weiter. Krieg, Klimazerstörung, Fluchtbewegungen und militarisierete EU-Außengrenzen sind nicht getrennt zu betrachten. Der Raubbau von Rohstoffen und die Existenz von Armut, die Rodung von Urwäldern und die Fleischpro-

duktion, das steigende Flugaufkommen und der krankmachende Dreck, der in die Luft geblasen wird.

Es braucht das Eingreifen derer, die nicht länger zuschauen wollen. Zum Beispiel durch Angriffe auf das Funktionieren der Metropolen. Zum Beispiel durch die Sabotage von Strukturen, welche diese Zerstörung aufrecht erhalten, durch Angriffe auf Infrastruktureinrichtungen, künstliche Intelligenz, Smart City, Industrie 4.0 – Überwachungsformen aller Art. Die Folgen einer kapitalistisch bedingten Umwelt- und Klimazerstörung sind unausweichlich – wir werden diese nicht verhindern. Wir müssen ein Verhalten finden angesichts der daraus resultierenden autoritären, kriegerischen Formierungen.

Wir unterbrechen mit unserem Sabotageakt den ganz normalen Gang vielfältiger Arbeitsabläufe in der Hauptstadt – das war gesetztes Ziel. Die oben benannten Netzbetreiber sind Verwalter eines gewaltsamen Prozesses, welcher uns als digitale Revolution verkauft wird. Wir als Nutzer_innen des Netzes begeben uns unweigerlich in eine Abhängigkeit. Wir sind damit sowohl Opfer als auch Mitverantwortliche dieses Prozesses. Die digitale Dauerreichbarkeit dehnt beispielsweise den Arbeitstag aus, so dass er oft kaum noch endet. Selbstoptimierung und (als Selbstbestimmung getarnte) Fremdbestimmung führen uns in eine neue Form moderner Versklavung. Unser Elend ist auch verbunden mit dem Elend Anderer. Denn die millisekundliche Gewinnmaximierung hier bestimmt das ungleich größere Elend in vielen anderen Ländern. Der hoffentlich hohe wirtschaftliche Schaden ist uns eine Freude!

Wenn wir den Datenfluss unterbrechen, dann auch dies in voller Absicht. Er ist die Voraussetzung zur Beherrschung durch Überwachung. Wir alle wissen, dass die großen IT-Konzerne und staatlichen Behörden alle verfügbaren Daten sammeln. Und das, damit Menschen und Gesellschaften in immer größerem Umfang kontrolliert und gesteuert werden. Ein jeder Mensch wird zur Manipulationsmasse von Machtinteressen und zur Zielscheibe der Vermarktung.

Wir sind Zeitzeug_innen der Entstehung einer globalen gesellschaftlichen Totalität der Kontrolle, Überwachung und Steuerung, der Vermessung, Markierung

und Ausgrenzung. Edward Snowden hat dies erkannt und gehandelt. Für die (herrschafts-)technisch bedingte Zerstörung der Umwelt und der sozialen Beziehungen werden keine sozialen Lösungen entwickelt, sondern erneut (herrschafts-)technische. Diese technokratische Entwicklung führt in ihrer Machtkonzentration Stück für Stück zu autoritärer Kontrolle. „Abnormalitäten“ werden von vorgegebenen „Standards“ uneingeschränkt unterscheid- und selektierbar. Die Daten, die das ermöglichen, liefern wir alle täglich in den „sozialen“ Netzen, beim bargeldlosen Zahlen, beim Googeln oder bei der Nutzung digitaler Dauerassistenten wie Alexa und Siri. Meldungen und Suchergebnisse sind individuell auf jede_n von uns zugeschnitten und führen uns „bequem“ durch den Alltag. Dieses Lenken von Information und Kommunikation heute ist die Grundlage für unsere Steuerbarkeit von morgen. Viele, die zu Beginn des Internets ihre egalitären Hoffnungen stützten auf dessen Möglichkeiten, warnen heute vor der Totalität der Verhältnisse von morgen. Eine moderne Form von Faschismus ist eine der möglichen Varianten dieser drohenden Totalität.

Es ist absehbar: Wenn die Folgen von Umweltzerstörung, Klimawandel und Krieg hier deutlicher spürbar und die Verteilungskämpfe härter werden, dann werden die schlimmsten Alpträume und Dystopien Realität – falls kein revolutionärer Bruch mit den Zuständen gelingt!

Daher sabotieren wir den vermeintlichen Fortschritt.

Wir begreifen unsere Praxis auch als Lehre aus den Erfahrungen des deutschen Faschismus. Wir erkennen eine wachsende Bereitschaft, sich fortschrittsgläubig lenken und fremdbestimmen zu lassen, wir erleben die willigen Helfer, wir spüren die grausame soziale Kälte, wir erahnen den Vernichtungswillen. Er könnte eines Tages viele treffen: den disfunktionalen Rentner, die Kranke, den Geflüchteten, die Arbeitsverweigerer_innen, die Gebärunwillige. Denn das ist der Charakter und das Ausmaß der Möglichkeiten der digitalen „Revolution“.

Unger, Lichtenstein, Lepehne – das sind die Namen der Menschen, die von dem Ort unserer Aktion deportiert und ermordet wurden. 1942. Nach Auschwitz und Riga. An diese Menschen erinnern Stolpersteine, eingelassen auf der Brücke Mörschbrücke, die erinnern helfen sollen. Was hat die Deportation dieser Menschen mit den zwei Meter darunterliegenden Glasfaserkabeln zu tun?

Ein historisches Beispiel, welches die Möglichkeiten entgrenzter digitaler Erfassung für den Faschismus illustriert: Der Ingenieur Herman Hollerith erfand die Lochkarten-Technik, mit der die Volkszählung in Amerika effektiv durchgeführt werden konnte. Zu Zeiten der Nazi-Diktatur hatte IBM ein nahezu weltweites Monopol über diese Technologie und die Produktion der dazu gehörenden Lochkarten. IBM-Chef Watson war persönlich nach Berlin gereist, als seine Deutschlandfiliale (DEHOMAG) den Auftrag an Land gezogen hatte, die Volkszählung 1933 auszuwerten. Vier Monate dauerte die Übertragung der Zählbögen, dann ließ sich in jeder Stadt, Berufsgruppe

oder Hausgemeinschaft der Anteil der Jüd_innen ermitteln. Bei der Volkszählung 1939 wurden Jüd_innen mit dem gleichen Lochkarten-Rechnersystem nach den Kriterien der nazistischen Rassenlehre erfasst.

Dieses Modell wurde wieder und wieder angewandt. In praktisch jedem von den Nazis besetzten Land sammelten deutsche IBM-Tochterunternehmen nationale und „rassische“ statistische Informationen für die Nazis, die dann zur Identifizierung von Jüd_innen und anderen Unerwünschten benutzt werden konnten. Diese Lochkarten-Technologie war maßgeblich für die Effizienz der Deportation. Während mit einem nahezu ungehinderten Erfassungssystem etwa in Holland 73% der Jüd_innen deportiert wurden, waren es aber in Frankreich 25%. Einer der vielen Faktoren, die das unterschiedliche Schicksal der Jüd_innen beider Länder beeinflussten, war die Tatsache, dass es dem Widerstand in Frankreich gelungen war, die Lochkarten-Registrierung massiv zu sabotieren.

Es gab Hollerith-Abteilungen in fast jedem Konzentrationslager, sie dienten der Registrierung der Ankomenden, der Zuteilung von Sklavenzwangsarbeit und der Buchführung über die toten Gefangenen. Ohne die IBM-Maschinerie, den IBM-Service, sowie die Lieferung der Kartenrohlinge hätten die Nazilagerverwaltungen die erreichten Häftlingszahlen nicht so „effektiv“ handhaben können.

Die Stolpersteine mahnen heute. Mit dem historischen Rückblick lohnt ein Ausflug in die alarmierend gegenwärtige Zukunft. Das in China aktuell erprobte Herrschaftsprojekt „Sesam“ versteht sich als Dauer-Erfassungssystem aller Informationen, die über jede_n einzelne_n zu finden sind. Eingeführt über verlockende Bonusprogramme ist die derzeit noch freiwillige Teilnahme groß. Alle Daten, die staatliche Behörden über jede_n einzelne_n beisteuern können, alle Daten über Bezahlvorgänge jedes einzelnen und alles, was das Auswertungsprogramm in sozialen Netzen über jede_n einzelne_n findet, wird in einem Zahlwert – dem „social score“ – zusammengefasst. Insbesondere hängt der Score jedes einzelnen mit ab von der Bewertung seiner „sozialen Freunde“. Bei hohem Score winken Vergünstigungen bei Krediten, Mobilität und Versicherungen. Umgekehrt bedeutet dies soziale und materielle Ausgrenzung. Erst kürzlich wurde der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln für Menschen mit zu niedrigem Score beschränkt. Ab 2020 plant China die verpflichtende Teilnahme an einem Nachfolger von Sesam. Dann sollen unter anderem Chancen auf Arbeit, Bildung und Gesundheit von diesem Score abhängen.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Die Entwicklung und Umsetzung solcher sozialer Scoring-Systeme ist nicht automatisch faschistoid, aber allein ihrem Anspruch nach totalitär. Die darin verwirklichte Idee der vielstufigen Kategorisierung von Menschen und der erwünschten Verhaltenssteuerung bietet hervorragende Voraussetzungen für

eine modernisierte Form der Faschisierung. Für Selektionen und Vernichtung.

Wir enden mit Fragen: Wann wäre der historische Zeitpunkt noch gegeben gewesen, sich gegen den deutschen Faschismus zu erheben? Wann war der Zeitpunkt verpasst? Was heißt das für heute?

Unser Beitrag – einer von vielen.

Aus gegebenem Anlass: Deutsche Waffen und türkisches Militär raus aus Efrin! Die Verantwortlichen des Krieges in Efrin sitzen auch in Deutschland. Sie sind zu finden.

Vulkangruppe NetzHerrschaft zerreißen“

Quelle: Pastebin

Medienrecherche zum Kabelbrand

Am 26.3.2018 gegen 13 Uhr brannten viele Kabelstränge unter einer Brücke im Norden Berlin-Charlottenburgs. Die „Vulkangruppe NetzHerrschaft zerreißen“ bekannte sich wenige Stunden später zu diesem Anschlag. Man habe mit dem Anschlag gezielt die vom »Militär und seinen Dienstleistern, der Flugbereitschaft der Bundesregierung, der Verwaltung des Landes Berlin, Großkonzernen, Internet-Knotenpunktbetreibern und dem Flughafen Tegel« treffen wollen, wie es in dem unten dokumentierten Bekenner schreiben heißt. Interessant ist die Reaktion von Behörden und Innenministerium auf diesen Anschlag: Vertuschung und Verharmlosung der Auswirkungen statt (wie bei Anschlägen früherer „Vulkangruppen“) einem Heraufbeschwören einer Terror-„Lage“.

Unter der Mörschbrücke waren unter anderem acht 10.000-Volt-Kabel zerstört worden. Die Brücke sei ein neuralgischer Punkt im Kabelnetz, sagte Jürgen Schunk von Stromnetz Berlin: „Wir haben 98 Prozent unseres Kabelnetzes mit Mittel- und Niederspannung unter der Erde, aber es gibt neuralgische Punkte, wo wir an die Erdoberfläche kommen müssen. Das Gebiet hier versorgen wir mit Mittelspannungskabeln, die hier über die Brücke geführt werden müssen.“ Laut einem Sprecher von Vattenfall war es nicht möglich, die Stromversorgung durch neue Verschaltungen herzustellen. Stattdessen waren umfangreiche Reparaturen und Tiefbauarbeiten an beiden Spreuefern nötig. Die Polizei hatte das Gebiet abgesperrt, so dass die Techniker von Stromnetz Berlin ihre Arbeit erst verspätet beginnen konnten.

Durch den Brand waren 6.500 Haushalte und 400 Gewerbekunden im Norden von Charlottenburg stundenlang ohne Strom. Mit oberirdisch verlegten Ersatztrassen konnte die Stromversorgung für das Viertel am Montagabend wieder herstellen. Wegen des Brandes waren die Mörschbrücke sowie die Schiffahrtsstraßen für rund fünf Stunden gesperrt. Statiker untersuchten, ob die Tragfähigkeit der Brücke durch das Feuer gelitten hat. Das Verwaltungsnetz des Landes Berlin war nicht betroffen, erklärte eine Sprecherin des Betreibers IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ). „Die Anlagen des ITDZ befinden sich auf der gegenüberliegenden Brückenseite“, sagte eine Sprecherin. Das in dem vom Stromausfall betroffenen Viertel angesiedelte Landgericht Berlin und die Ausländerbehörde seien am Montag im Notstrombetrieb gelaufen. Am Flughafen Berlin-Tegel gab es keine Einschränkungen. Beim benachbarten Biotechnologie-Park auf dem Gelände des ehemaligen Produktionsgelände

von Bayer hingegen kam es in Folge des Stromausfalls zu „größerer Rauchentwicklung“. Der Sprecher des Biotechparks wollte sich zu den Auswirkungen des Stromausfalls jedoch nicht äußern.

Länger und großflächiger unterbrochen waren hingegen Kommunikationsnetze mit Auswirkungen auf Telefon-, Internet- und Kabel-TV-Anschlüsse. Colt Technology Deutschland bestätigte, dass eigene Glasfaserkabel von dem Vorfall in Berlin betroffen waren. Der Berliner Kabelnetzbetreiber Pÿur (vormals Tele Columbus), dessen Zentrale in dem vom Stromausfall betroffenen Stadtgebiet liegt, war gleich doppelt betroffen: Durch den Ausfall der Stromversorgung an zahlreichen Verstärkerknoten und die Unterbrechung der Glasfaserstrecke, die auch von Pÿur genutzt wird. „Wir haben versucht, Ersatzrouten für Berlin zu finden, um die Dienste in Berlin zu sichern, was allerdings nur zum Teil gelang“, sagte ein Unternehmenssprecher. Auch mindestens einen Tag später waren nach Angaben eines Sprechers noch die Kabelanschlüsse von etwa 2000 Kunden gestört.

Die Informationspolitik von Polizei und Innenministerium setzte auf konsequente Nicht-Information und bewusstes Nichtverknüpfen unvermeidlicher Nachrichten. Interessierte mussten sich selbst auf Recherche begeben, um den Brückenbrand und die zeitnahen Störungen im unmittelbar benachbarten Biotechnologiepark in Beziehung zu setzen. Die unspezifische Angabe von „400 Gewerbebetrieben ohne Strom“ in der Behördenmeldung suggerierte ein eher kleines Ausmaß an Betroffenheit. Von den weiterreichenden Internetausfällen (auch über das Gebiet von Charlottenburg hinaus) war nur auf Tech-Seiten der Netzbetreiber zu lesen. Ob die Vorgaben der behördlichen (Des-)Informationspolitik bis in die Redaktionen reichten, lässt sich nur mutmaßen.

Deutlich ist hingegen, dass niemand den Versuch unternahm, den Brandanschlag als vermeintlichen Inlandsterror zu kategorisieren. Genau das versuchten verschiedene Innenminister bei vorherigen Anschlägen anderer „Vulkangruppen“, um die Sicherheitsdebatte im dauerhaften Anti-Terrorkampf zu befeuern. Deutet die bemühte Beiläufigkeit der Sicherheitsbehörden in ihrer PR-Arbeit auf eine neue Art des Umgangs mit politisch motivierten Kabelbränden hin. Soll ein beschwichtigendes Klein-Schreiben der Auswirkungen die Angreifbarkeit digitaler Infrastruktur verharmlosen, um die Anzahl möglicher Nachahmer klein zu halten? Fakt ist, dass die

linke Szene Kabelbrände als politische Sabotage mittlerweile in vielen Kontexten wie z.B. bei Protesten gegen Atommüll-Transporte, Nazi-aufmärsche, Rüstungstransporte und Gipfeltreffen einsetzt.

Quelle: Indymedia

Nicht alle Brandsätze zündeten

Die Bundesanwaltschaft hat nach Informationen des Tagesspiegels die Ermittlungen zum mutmaßlich linksextremen Brandanschlag auf Starkstromleitungen in Charlottenburg übernommen. Am 26. März hatten die Zünder an der Mörschbrücke acht Kabel in Flammen gesetzt, die Stromzufuhr für 6000 Haushalte und 400 Gewerbebetriebe fiel aus. Es entstand Sachschaden in Höhe von 2,5 Millionen Euro.

Das Verfahren sei von der Bundesanwaltschaft „wegen der besonderen Bedeutung“ übernommen worden, sagte

deren Sprecherin. Ermittelt werde wegen des Verdachts der „verfassungsfeindlichen Sabotage“.

Sicherheitskreise berichten, dass die Gruppe keinen noch größeren Schaden anrichten konnte, weil nicht alle Brandsätze zündeten. Sonst wären 35.000 Haushalte betroffen gewesen, hieß es. Gefahr hätte zudem für das Datennetz des Landes Berlin und die Zentrale der Berliner Feuerwehr bestanden. Der Notruf 112 hätte nicht mehr funktioniert.

Quelle: Tagesspiegel

Stromausfall: deutschlandweiter Netzeinbruch

Frankfurt Dienstag, 10.04.2018

Etliche DSL-Nutzer in Deutschland hatten in der Nacht zu Dienstag Probleme mit dem Internet. Ihre Surf-Geschwindigkeit war stark gedrosselt. Nutzer konnten viele Seiten über Stunden nicht aufrufen. Der Grund war ein Stromausfall in Frankfurt am Main. Er betraf einen der weltweit wichtigsten Umschlagplätze für den Datenverkehr im Internet: den sogenannten De-Cix.

Der Frankfurter Internetknoten De-Cix hat nach Angaben der Betreiber den höchsten Datendurchsatz der Welt. In Spitzenzeiten werden dort täglich über sechs Terabit pro Sekunde durchgeleitet. Datenpakete kommen an - und werden blitzschnell an die richtige Adresse weitergeschickt.

Die Systeme dieses Internetknotens sind laut Betreiber über 21 verschiedene Rechenzentren in ganz Frankfurt verteilt. Eines davon ist ein Rechenzentrum der Firma Interxion. Bei diesem Dienstleister nun kam es zum folgenschweren Stromausfall, der auch den De-Cix in Mitleidenschaft zog.

Bezogen auf den Interxion-Standort sagte ein De-Cix-Sprecher dem SPIEGEL: „Der Stromausfall betraf den dort ansässigen Standort DE-CIX 6, so dass während dieses Ausfalls einige Dienste und Websites, die über diesen Knotenpunkt laufen, nicht erreichbar waren.“ Alle anderen De-Cix-Standorte im Großraum Frankfurt seien

laut Sprecher nicht betroffen gewesen. Am Montagabend (9.4.2018) um 21 Uhr sei ein erster Ausfall zu verzeichnen gewesen, gefolgt von weiteren Ausfällen am Dienstagmorgen gegen 5 Uhr.

Eigentlich, so teilte der Sprecher mit, funktioniere der De-Cix über „eine mehrfach redundante Infrastruktur.“ Das heißt: Wenn ein System ausfällt, bekommen Internetnutzer das normalerweise noch längst nicht zu spüren - denn es gibt ein Ersatzsystem, das einspringt.

Im aktuellen Fall habe es aber einen „Total-Ausfall der Stromversorgung“ im Interxion-Rechenzentrum gegeben. Nicht nur die primäre Stromversorgung übers Netz war weg. Auch die sekundäre, lokale Stromversorgung durch Diesel-Generatoren funktionierte nicht mehr.

Die De-Cix-Betreiber hatten bereits in der Nacht bestätigt, dass es einen Stromausfall gab - und Internetprobleme: „Liebe Kunden, bei Interxion gab es einen massiven Stromausfall, der sich auch auf unseren Betrieb ausgewirkt hat“, teilte das Unternehmen via Twitter kurz vor Mitternacht mit. Einige De-Cix-Kommunikationssysteme, etwa E-Mail-Verkehr, seien ebenfalls betroffen.

Noch in der Nacht hatten die Betreiber dann etwas voreilig Entwarnung gegeben, der Stromausfall sei behoben. Kurz darauf twitterte das Unternehmen jedoch, der Strom sei doch wieder weg. Erst in den Morgenstunden gegen 6.30 Uhr funktionierten die Systeme wieder normal.

Facebooks automatische Suizidkontrolle

Facebook hat jüngst eine Funktion angekündigt, die vor allem zeigt, wie gut es inzwischen darin ist, sich einen Reim auf die Informationen seiner rund zwei Milliarden Nutzer zu machen. Das Unternehmen hat angekündigt,

weltweit (außer in der Europäischen Union) Videos und Beiträge automatisch nach Suizidabsichten zu durchforsten. Auffälligkeiten werden an Moderatoren gemeldet, die dann Hilfe organisieren können.

Das geschieht bereits heute. Alleine im letzten Monat, so Facebook, habe der Algorithmus in den Vereinigten Staaten über einhundert Fälle erkannt, die so dramatisch waren, dass die Moderatoren sogenannte „first responder“ (Ersthelfer) einschalteten. Dabei handele es sich um Polizisten, Notärzte oder Feuerwehrleute, die sich mit dem betroffenen Nutzer in Verbindung gesetzt haben. Um was für Fälle es sich genau gehandelt hat, verrät Facebook allerdings nicht.

Dramatische Ereignisse auf dem sozialen Netzwerk gibt es viele. Immer wieder kommt es vor, dass Menschen sich bei „Facebook Live“, also bei einer direkten Video-Übertragung, vor den Augen Hunderter anderer Nutzer umbringen. Facebook hat ein großes Interesse daran, solche Fälle zu verhindern.

Für seine Suizid-Erkennung kann das Unternehmen auf Daten zurückgreifen, die es seit Jahren sammelt. Entdeckt jemand Bilder, Videos oder Beiträge, auf denen eine Nutzer Suizidgedanken äußert, kann er das mit nur drei Klicks an Facebook melden. Dadurch besitzt das soziale Netzwerk heute ein Archiv mit Unmengen an Inhalten, die Nutzer irgendwann mal als bedenklich markiert haben.

Mit diesen Daten konnte es nun einem Computersystem beibringen, solche Inhalte selbst zu erkennen. Wird das System in den Videos oder Beiträgen einer Nutzers fündig, informiert es einen Moderator, der das Material daraufhin sichtet. Erkennt er ebenfalls Suizidabsichten, kann er dem Nutzer den Hinweis einblenden, sich an Freunde oder eine Hilfsorganisation wie die Telefonseelsorge zu wenden. Wenn jedoch Gefahr im Verzug ist, alarmiert der Moderator die Ersthelfer. Wie oft Facebook fälschlicherweise Alarm schlägt, verrät das Unternehmen nicht. Eine große offene Frage bleibt, wie gut der Algorithmus den Moderatoren überhaupt zuarbeitet. Kann eine Maschine Suizidabsichten erkennen?

Wie auch immer – es gibt keine Möglichkeit, die Funktion abzustellen, und Facebook durchsucht neben öffentlichen Beiträgen auch solche, die Nutzer*innen nur für einen bestimmten Freundeskreis zugänglich machen. Das Unternehmen will nicht darüber reden, warum es die automatische Suizid-Erkennung derzeit in der EU nicht einsetzt. Wahrscheinlich ist, dass die Datenschutzrichtlinien in Europa es schwer machen, Nutzerdaten massenhaft nach psychischen Auffälligkeiten zu durchleuchten.

Start-Up-City angegriffen

Verdrängung, Ausbeutung, Überwachung – Kämpfe verbinden

Dokumentation: „Gentrifizierung und steigende Mieten sind in Berlin leider schon lange bekannt, schlechte Arbeitsverhältnisse erst recht. Relativ neu sind hingegen Start-Ups, Co-Working Spaces und Technologie Parks, die das Ganze auf die Spitze treiben. Darum haben wir einigen von ihnen einen Besuch abgestattet: der Factory Mitte, dem Technologiepark Humboldthain und dem geplanten Google-Campus in Kreuzberg.“

Die politisch beförderte Ansiedlung von Start-Ups und Co-Working Spaces in unterschiedlichen Kiezen in Berlin zieht die Schrauben von Aufwertung und Verdrängung in der unternehmerischen Stadt weiter an. Größere Co-Working Areale wie die von Factory wirken als Motor der Gentrifizierung. Steigende Preise für Gewerbeflächen in der Umgebung verdrängen soziale Träger und Kleingewerbe, entziehen den Betreiber*innen die ohnehin prekäre Geschäftsgrundlage. Das Beteiligungsunternehmen Rocket-Internet SE beispielsweise, wozu auch Zalando gehört, kaufte die Ufer-Hallen im Wedding, um diese mittelfristig für Start-Ups herzurichten. Die dort arbeitenden Künstler*innen und ihre Ateliers werden weichen müssen. Eine weitere Welle der kapitalistischen Standortaufwertung ist die Nachhut der Start-Ups. Sie lässt unsere Kieze zu Kulissen für die Mehrwertgenerierung veröden. Kein Platz mehr für die, die nicht ins Bild der reichen und geleckten Stadt passen.

In der Start-Up-City haben auch Mieter*innen nichts zu lachen. Mietwohnungen werden zu hochpreisigen, möblierten Apartments mit temporären Mietverträgen aufgewertet: Neuer Wohnraum für die hyperflexible Arbei-

ter*innenschaft der Tech-Branche, die Berlin so umgarnt. Durch die stetige Neuvermietung lassen sich rasant wachsende Profite erzielen. Unternehmen wie „wunderflats“ bieten Wohnungseigentümer*innen den Service, ihre Wohnungen zu möblierten Luxusapartments herzurichten. Anschließend mieten Unternehmen diese für ihre Angestellten, die auf dem Berliner Wohnungsmarkt sonst keine Wohnungen finden. Ehemals günstiger Wohnraum wird so zur Luxusware. Start-Ups, die zu größeren Unternehmen herangewachsen sind, steigen selbst in den Immobilienmarkt ein. Zalando kaufte Wohnungen am Boxhagener Platz, schmiss die alten Mieter*innen raus und hält diese nun zu Höchstpreisen für ihre Mitarbeiter*innenschaft vor.

Umstrukturiert wird die Stadt auch durch die neuen Arbeitsverhältnisse, die mit dem stetig wachsenden Start-Up Bereich zunehmend an Bedeutung gewinnen. So locken Start-Ups auf der einen Seite die oben genannte hyperflexible neue Mittelklasse in Stadtteile, in denen dadurch Aufwertungsprozesse angetrieben werden und produziert auf der anderen Seite neue Formen der Prekarität. Die Spanne reicht dabei von vielen extrem miserabel bezahlten Clickworker*innen bis zu wenigen, die sich durch diese Arbeit zwar vieles leisten können, aber denen mit 35 das erste Burnout blüht. Auf sie wartet die völlige Verschmelzung von Lohnarbeit und Leben. Start-Ups verkaufen ökonomische Zwänge als Lifestyle, der Freiheit und Selbstbestimmung verspricht, im Kern aber auf eine noch stärkere (Selbst)- Ausbeutung hinausläuft. Vermiedlich leichte Aufstiegschancen und flache Unternehmenshierarchien sollen eine völlige Identifikation der Arbeitenden mit ihren Bossen und den Zwängen der Lohnarbeit

sicherstellen. Immer mehr Menschen werden, z.B durch Versprechen selbstbestimmter Arbeitszeiten, in schlecht bezahlte Jobs gelockt und dann etwa als Essensauslieferer*innen bei Deliveroo und Co ausgebeutet. Versuche der gewerkschaftlichen Organisierung werden mit allen Mitteln bekämpft. Durch smarte Technik wird jeder Schritt oder Klick der Arbeiter*innen überwacht. Jeder Gang zum Klo, jede Sekunde unproduktiven Bummels wird registriert. In immer mehr Unternehmen geben Algorithmen den Ausbeutungstakt vor, kleinste Abweichung vom Terror der Leistungsnorm müssen in Feedback-Gesprächen erklärt werden oder führen direkt zur Abmahnung.

In ihrer Vision einer Stadt der Zukunft treffen sich große Player wie Google mit vielen Start-Ups aus der Technologie-Branche und Offiziellen aus der Stadtverwaltung. „Smart City“ ist das Schlagwort. Die Stadt soll mithilfe neuer Technologien „intelligenter“ und effizienter werden. Dafür soll etwa die Infrastruktur so vernetzt und Datenströme so nutzbar gemacht werden, dass der öffentliche Raum durchgängig analysiert und gesteuert werden kann. Dass dies als Konsequenz eine Stadt schafft, in der Technik keine Befreiung von Zwängen bedeutet, sondern sie Mittel zu Überwachung und Kontrolle darstellt, ist absehbar. In Kombination mit den Möglichkeiten, die den Repressionsbehörden schon jetzt zur Verfügung stehen, wie etwa der neuerdings am Südkreuz angebrachten Kameras mit Gesichtserkennungssoftware, eine düstere Vorstellung.

Das massenhafte Auftauchen der Start-Ups ist kein Zufall sondern verweist auf die andauernde kapitalistische Verwertungskrise. Überschüssiges Kapital, das keine anderen rentablen Anlage-Möglichkeiten findet, wird als Risikoinvestition in Start-Ups gepumpt mit der Hoffnung, weitere Bereiche unseres Lebens für die Profitgenerierung zu erschließen. Anstatt endlich mit dem schönen Leben für alle anzufangen werden uns nutzloser Schrott und Lifestyle-Apps als Innovation verkauft. Doch gegen diese Entwicklung regt sich Widerstand. Der deutschen Start-up-Verband zeigte sich gegenüber der Morgenpost besorgt über sich entwickelnde Kämpfe gegen weitere Ansiedlungen von Start-Ups und neue Standorte von Google und Zalando in Kreuzberg und Friedrichshain (<https://www.morgenpost.de/berlin/article214033549/Start-ups-in-Berlin-Se...>).

Wir wollen den Widerstand gegen die Start-Up-City über das gesamte Stadtgebiet ausweiten.

Deswegen haben wir ...

1.) ... bei der **Factory Mitte** Farbe und Glasbruch hinterlassen, einem Co-Working Space und Start-Up Standort der unter anderem mit seinem neuen Ableger am Görlitzer Park ein aktiver Verdrängungsakteur ist. (vgl.<https://de.indymedia.org/node/15021>)

2.) ... im Wedding in der Nacht zum 26. April ein Objekt der **GSG** markiert.

Die Gewerbesiedlungsgesellschaft (GSG), die ursprünglich dafür gegründet wurde, Gewerbeflächen zu niedrigen Preisen zu vermieten, ist seit 2007 privatisiert und gehört zu Großteilen international agierenden Konzernen. Seitdem steigen die Mieten rasant. Was die GSG davon hält, dass dabei vom sozialen Projekt bis zum mittelständischen Unternehmen niemand mit diesen Mieten mithalten kann, bringt Sebastian Blecke, der Operative Geschäftsführer der GSG, in einem Interview mit dem rbb auf den Punkt: „Ein Start-up hat natürlich keine Zeit, sich mit dem Kiez und den Problemen der Bevölkerung hier zu beschäftigen.“

Im „Zukunftsort Technologiepark Humboldthain“ (TPH) wird nicht nur munter verdrängt, sondern auch aktiv an einer bonzengerechten Umgestaltung der Stadt getüftelt: Laut offizieller Internetseite ist der TPH ein wichtiger Vernetzungsort für Firmen „der klassischen Spitzentechnologie“ und ein wichtiger Knotenpunkt für innovative Ideen für eine zukünftige „Smart City“ Berlin.

Welche Akteur_innen hier „networken“ und welcher Art ihre „innovativen Ideen“ sind, wird bei einem näheren Blick auf Team und Partner schnell klar: Andreas Thisen, stellvertretender Vorsitzender des TPH, steht auf der Gehaltsliste von SPECS Surface Nano Analysis, einem Unternehmen, das unter anderem im Bereich der Nanotechnologie sein Unwesen treibt. Nanotechnologie wird kaum reguliert und findet verstärkt in der Kriegsindustrie Anwendung: „Zu den mehr als 20 militärischen Anwendungsfeldern zählen neue Werkstoffe für zerstörerischere Geschosse oder leichtere Kampffjets, Manipulationen an den Körpern von Soldaten oder neuartige Biowaffen“, meint Physiker Jürgen Altmann.

Zu den Partnern des TPH zählen unter anderem omni:us, die Deutsche Bank und IBM.

Omni:us produziert Software zur Automatisierung von Firmen-Kund_innen-Kontakt, überwiegend für Versicherungen.

Die Deutsche Bank ist allseits für ihre Rolle in der Immobilienkrise und bei Lebensmittelspekulation verhasst. Außerdem tragen ihre Investitionen in Bergbauunternehmen, Palmölproduzenten und die Braunkohleindustrie, sowie ihre Beteiligung an der Dakota Access Pipeline, massiv zur Zerstörung der Umwelt bei. Aktuell gipfelt ihre lebensverachtende Profitgier in der Mitfinanzierung des Leopard II-Panzers, mit dem die Türkische Armee in Afrin mordet.

IBM produziert nicht nur Open-Source-Produkte und Konsolenhardware, sondern forscht auch zu so charmanten Tools wie dem „Internet der Dinge“ und der Analyse riesiger Datenmengen, teils durch „Cloud-Computing“. IBM produziert außerdem Software zu militärischen Zwecken und ist Vertragspartner der US-Armee und der Bundeswehr.

3.) ... die Fassade des geplanten **Google-Campus** mit Farbe eingedeckt und in der Umgebung Botschaften des Widerstands hinterlassen.

Google ist Hauptakteur bei der Transformierung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse hin zu totaler Kontrolle. Mit ca. 160 Mrd USD Jahresumsatz drängt Google/Alphabet zugleich zu neuen Geschäftsfeldern wie z.B. Smart-City-Projekten inklusive Immobilieninvestitionen.

Steigende Mieten und den kapitalistischen Immobilienmarkt gab es schon vor Google – wir brauchen kein Mini-Silicon-Valley in Berlin. Dem Versuch diesen Google-Campus in X-Berg zu etablieren, muss also mit kreativem Widerstand begegnet werden.

Unser Hass und unsere Wut gelten all diesen Gewalttäter_innen, die sich ein goldenes Näschen verdienen mit der Verdrängung und Ermordung von Menschen, sowie

der Digitalisierung und Automatisierung von Ausbeutung und Krieg.

Die wachsende Protestbewegung gegen den Mietensinn (u.a. mit der Massendemonstration am 14. April in Berlin), die vielfältigen Kämpfe gegen den kapitalistischen Ausverkauf der Stadt und für unsere Freiräume machen uns etwas Hoffnung in diesen düsteren Zeiten. Wir müssen diese Kämpfe verbinden und zuspitzen, uns gegenseitig kennenlernen und unterstützen. Die Maisteine Aktionstage (<https://maisteine.blackblogs.org/>), die Organize Aktionswoche vor der Walpurgisnacht-Demo im Wedding (<https://organizeberlin.blogspot.eu>) die Chaos- und Diskussionstage (<https://gegenstadt.blackblogs.org/>) oder die #besetzen Kampagne (<https://besetzen.noblogs.org/>) bieten dafür vielfältige Möglichkeiten.“

Autonome Gruppen

Den Staat von morgen angreifen!

Dokumentation: “Wir haben heute (23.04.18) aktiv in die immer weiter fortschreitende systematische Überwachung eingegriffen. Der Betrieb des Pilotprojekts zur automatisierten Gesichtserkennung, das Prestigeprojekt der Bundesregierung am Berliner Bahnhof Südkreuz, wurde durch uns für einige Stunden gestört. Durch ein paar Spritzer Farbe auf den Linsen war es den Kameras nicht mehr möglich, die Leute am Bahnhof zu filmen. Dort werden seit August 2017 die neusten Techniken erprobt, um Menschen zu verfolgen und menschliches Verhalten zu analysieren und zu kategorisieren.

Um Teile dieses Prestigeprojekts des Repressionsapparats auszuschalten, welches nur wenige Meter entfernt von der Bundespolizei geschützt wurde, haben wir lediglich ein paar Spraydosen und schnelle Beine gebraucht.

Kosten: bunte Perücken (10€) + Spraydose mit Needlecaps (5€) gegen neuestes intelligentes Überwachungssystem (über 60.000€).

Den Staat verunsichern

„Sicherheit, und diese Flächendeckend in ganz Deutschland“ ist eines der Ziele, die Seehofer in seiner Regierungserklärung als Innenminister angekündigt hat. Das Projekt am Südkreuz ist in diesem Plan nur ein Teil einer Aufrüstung und Ausweitung von Befugnissen. Das unter Seehofer entworfene neue Polizeigesetz in Bayern, bald wohl von anderen Bundesländern kopiert, zeigt, in welche Richtung es gehen soll. Auf die sozialen Spannungen in der Gesellschaft antwortet der Staat mit rassistischer Überwachung und verstärkter Repression. Die Ursachen der Probleme werden so ignoriert. Der soziale Frieden soll erzwungen werden, indem all jene die ihn anzweifeln verfolgt und weggesperrt werden. Viele Menschen leben hier nicht in Sicherheit, sondern in ständiger Angst vor Abschiebungen, Ausgrenzung, Armut, rassistischen, sexistischen und sonstigen Übergriffen. Diese Diskriminierungen

werden verfestigt und reproduziert. Gesichtserkennungssoftware im Speziellen, wie sie am Südkreuz zum Einsatz kommt, dient nicht zuletzt der Repression gegen politisch Aktive, wie im Zuge der Ermittlungen zum G20-Gipfel in Hamburg. Es geht nicht um die Sicherheit der Menschen, sondern um die Sicherung von Machtverhältnissen, und diese sollten wir mit allen Mitteln ankratzen.

Technologie als Heilversprechen

Wir lassen uns nicht durch einen Computer reduzieren auf ein „verdächtig/unverdächtig“ oder „gut/böse“. Algorithmen können niemals die Komplexität des Menschen erfassen. Das technokratische Heilversprechen, das wir bald die ganze Welt erfassen und damit die Probleme unserer Zeit lösen können ist eine Gefahr. Die Ursprünge der Probleme werden ausgeblendet und die eigene Handlungsfähigkeit an eine Maschine abgegeben. Aber nicht nur dort, wo der Staat sich dieser neuen Technologien bedient, sollten wir einschreiten. In jedem unserer Lebensbereiche, in dem versucht wird, unser Verhalten zu vermessen, bewerten und zu verwerten, sollten wir einschreiten.

Neue Wege des Widerstands

Der Staat rüstet technologisch auf. Nicht erst heute: Es gibt eine Kontinuität von den ersten Überwachungskameras zur Gesichtserkennung, von mit Dampf geöffneten Briefen zu Entschlüsselungssoftware und vom Lauschen im Nebenzimmer zum Lasermikrofon. Mit neuen Innovationen soll der Repressionsapparat effizienter und Machtstrukturen verfestigt werden. Die genauen Wirkmöglichkeiten bleiben oft verschleiert, um den Abschreckungseffekt zu erhöhen.

Wir dürfen uns dadurch nicht einschüchtern lassen, sondern müssen die Herausforderung annehmen. Dabei sollten wir die Gefahren ernst nehmen, ohne uns dadurch zu lähmen.

Neue Technologien bedeuten auch neue Formen des Widerstands. Wir müssen das erkennen und unser Handeln anpassen.

Das heißt, wir müssen erkennen, was für Technologien zum Einsatz kommen, sie verstehen, sie uns aneignen, umkehren, hacken und Schwachstellen erkennen. Dafür müssen wir uns gegenseitig bilden, Erfahrungen sammeln und teilen. Wir müssen lernen, uns auf den verschiedenen Ebenen, auf denen der Staat versucht anzugreifen, zu verteidigen. Der Staat liest mit – wir verschlüsseln, der Staat hört zu – wir rauschen. Der Staat koordiniert sich – wir jammen die Kommunikation, der Staat schaut zu – wir blenden.

Bleibt mutig!

Wir haben mit unserer Aktion gezeigt, dass selbst die neueste Technologie angreifbar ist. Lass uns daraus Mut schöpfen auch den kommenden Aufrüstungen entgegenzutreten und weiter für eine Welt frei von Herrschaft und Kontrolle zu kämpfen. Die Zukunft wurde noch nicht gefilmt!“

Video zur Aktion: <https://vimeo.com/266265414> (Gerne zusammen mit der Erklärung verbreiten!)

Twitter: <https://twitter.com/@kamerafehler>

Gruppe Catch Me If You Can

Chronik

21.02: In Athen explodiert eine Handgranate vor einer Polizeistation. Die Aktion bezieht sich solidarisch auf den Kampf des inhaftierten Anarchisten K. Yiagtzoglou (Dinos) **24.02:** Das Rachekommando „Şehid Doha“ fackelt eine Textilfabrik in Bursa, Türkei, ab in Solidarität mit Afrîn. **25.02:** Mollies auf das Volos Gefängnis in Griechenland in Solidarität mit dem hungerstreikenden Dinos. **25.02:** In Exarchia fliegen Mollies auf Motorradpolizei Einheiten. **25.02:** In Thessaloniki brennt ein Diplomatenfahrzeug für Dinos. **27.02:** Das Commando „Haris Tempekindis“ fackelt ein Auto und ein Büro des Sicherheitsunternehmens G4S ab in Solidarität mit Dinos. **27.02:** In Athen wird eine der teuersten Einkaufstraßen Europas quasi komplett entglast in Solidarität mit Dinos. **27.02:** Autonome sorgen für Glasbruch beim RWE smart Labor in Mülheim a. d. R. In Solidarität mit den Gefangenen im Hamabacher Forst und gegen Klimakiller RWE. **28.02:** Die Gruppe „Anarchist Cells in Solidarity and Conspiracy“ fackelt einen ATM und das Privatauto eines Bullen ab, schmeißt Mollies auf das Landwirtschaftsministerium und entglast einen Supermarkt in Solidarität mit Dinos. **28.02:** Das Feuer des Rachekommandos „Avesta Xabur“ frisst zwei Kräne und zwei Gabelstapler in Istanbul. **01.03:** In Bologna fliegen Mollies auf die faschistische Azione Universitaria. **03.03:** Wieder fliegen Mollies auf eine katholische Kirche in Santiago de Chile. Es wird ein Graffiti hinterlassen: „Rapists and Murderers!“ **06.03:** Glasbruch bei AfD Treffpunkt in Berlin. „Antifeministinnen angreifen!“ **06.03:** Autos von Bosch und Tyco werden abgefackelt. Bosch ist marktführend in der Sicherheitstechnologie und Tyco stellt Überwachungssoftware für Knäste her. Die IAF Zelle „Violent Monority“ ruft zu mehr Austausch via Bekenner*innenschreiben für eine militante Koordinierung auf. **06.03:** Feminist*innen besprühen die Bibliothek des Konservatismus in Berlin. Ein Ort der Vernetzung für Reaktionäre und Rechte wie AfD, Identitäre „Lebensschützer“ und Co. **06.03:** In Bogota, Chile, gibt es einen mehrstündigen Riot ausgehend von der Universität. Aufständische sprachen vorher vor einer Student*innenversammlung. Es flogen Mollies und sogenannte „Papas Bombas“ **07.03:** oli, chris und hans werfen Farbe auf die faschistische Gewerkschaft „Zentrum Automobil“ in Stuttgart. **07.03:** Ein Sprengsatz explodiert

vor einem CasaPound Laden in Trento, Italien. **08.03:** Zum Frauenkampftag werden das CDU-Landtagsabgeordnetenbüro, die Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde und die Anwaltskanzlei Ulbrich & Mandic in Leipzig mit Steinen und Frabe angegriffen. Alle beteiligen sich an Antifeministischen Kämpfen, letztere sind Mitglieder der AfD. **08.03:** Farbe für Antifeministinnen in Frankfurt a. M. Die Deutsche Vereinigung für eine christliche Kultur, Gesellschaft zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum und der Ikaru Verlag werden markiert da sie sich an den Aktionen gegen eine Abschiebeberatung von pro familia beteiligen. **08.03:** Das Racheteam „Şehid Avesta Xabur“ brennt das Auto eines türkischen Agenten in Paris ab. **08.03:** In Wilhelmsburg brennt das Auto eines türkischen Nationalisten, in Bezug auf auf den Aufruf von Autonomen Gruppen, Afrîn militant zu verteidigen. **09.03:** Molotows für türkischen Faschistenverein „Graue Wölfe, AKP, CHP, was auch immer“ in Heilbronn. Die Aktion geschah aus Rache für den türkischen Angriff auf Afrîn. **10.03:** Das „Ali Cicek“ Racheteam zündet in Marignane, Frankreich, das Auto eines MHP-AKP Kolaborateur an. „Wir als kurdische Jugendliche in Europa fordern Rache für unser Volk.“ „So lange der Krieg andauert werden wir von nun an unsere Aktionen nur noch verstärken.“ **10.03:** In Pamiers, Frankreich, werden zwei Autos des Energiekonzerns GRDF abgefackelt. **10.03:** Die „AZ Silvio Meier“ hat in Berlin-Friedrichshain einen Gruppenwagen der Polizei in einen Hinterhalt gelockt und mit Steinen attackiert. Die Steine sind als Vergeltung für die ständigen Kontrollen der letzten Wochen gemeint und zur Unterstützung der apoistischen Jugend und der autonomen Gruppen. **11.03:** In Berlin fliegen Mollies auf ein Ditib Zentrum. **11.03:** Farbe für das Wohnhaus vom „Unionbuster“ Helmut Naujoks auf der Elbchaussee in Hamburg. Naujoks ist als Anwalt Spezialist für den Rauswurf unliebsamer Betriebsrät*innen und für schwierige Kündigungen. „Gegen die Stadt der Reichen!“ **11.03:** Der Manager des Innogy Konzerns (RWE Tochter) wurde von unbekanntem mit Säure attackiert und erlitt schwere Verletzungen. Aus dem Umfeld des Hambacherforst erscheint ein Schreiben in dem ihm gute Genesung gewünscht wird mit der Bitte sich mit den Folgen seiner Arbeit für Umwelt und Gesellschaft auseinanderzusetzen.

11.03: In Meschede fliegen Mollies auf einen Graue Wölfe Verein. **12.03:** Farbe und Glasbruch bei der Commerzbank in Hamburg. „Die Commerzbank verdient durch ihre Investitionen in Rüstungsunternehmen, wie Kraus-Maffei Wegmann, am Krieg in Afrin mit.“ „Lang lebe der Widerstand von Afrin!“ 12.03: Die Aktionszelle „Haukur Hilmarsson“ fackelt drei Autos des „Autoparks Gütersloh“ ab, da dieser in letzter Zeit als Sponsor von AKP Propaganda Veranstaltungen aufgefallen ist. Die AZ unterstützt den Aufruf zu militanten Aktionen der autonomen Gruppen und Fight4Afrin. 12.03: Angriff auf Supermarkt in Hamburg-Wilhelmsburg der Graue Wölfe sponsort. 12.03: Ein Auto von Thyssen-Krupp wird in Friedrichshain abgefackelt und es gibt Lagerfeuer auf dem Dorfplatz. Fight4Afrin 12.03: In Berlin wurde im Rahmen von Fight4Afrin eine Commerzbank demoliert. 12.03: Die Antimilitaristische Gruppe „Sehid Efrin Polat“ schmeißt in Soltau Mollies auf Bundeswehlaster. Fight-4Afrin! 12.03: Das Rachekommando „Sehid Avasin Tekosin“ entglast ein SPD Büro in Hamburg. Fight4Afrin! 12.03: Brandanschlag auf Ditib Verein in Ahlen. 12.03: Das Rachekommando „Şehid Cekdar Botan“ greift, in Kassel, ein Gebäude von ATIB an, eine Tarnorganisation der faschistischen Grauen Wölfe. Fight4Afrin! **13.03:** Deutsche Bank in Frankfurt a. M. entglast. Fight4Afrin! 13.03: Das „Illan Kobane“ Rachekommando färbt ein SPD und ein CDU Büro in Marburg ein. Fight4Afrin! 13.03: In Kassel klirren die Scheiben einer Polizeiwache. „Die deutsche Polizei spielt eine Vorreiterrolle in der Kriminalisierung von KurdInnen“ Fight4Afrin! 13.03: In Turin brennt die Flugzeugstatue vor den Toren des Rüstungskonzerns Leonardo-Finmeccanica. Fight4Afrin! 13.03: SPD Büro in Hamburg eingehauen. Fight4Afrin! 13.03: In Celle gibts Glasbruch bei einem Beratungszentrum der Bundeswehr und einem CDU Laden. Fight4Afrin! **14.03:** In Söflingen wird ein AfD Büro eingeworfen. 14.03: Parteitagort der AfD in Heidenheim mit eingefärbt. **15.03:** Das Kommando „Sehid Andrea „Ronahi“ Wolf“ sorgt für Glasbruch bei der Allianz-Versicherung in Berlin. „Als Internationalisten und Internationalistinnen sehen wir Afrin und das gesamte Projekt in Rojava auch als unser Projekt an.““Unsere Aktionen richten sich in keiner Weise gegen die in Deutschland lebende Zivilbevölkerung. Ziele sind diejenigen die schweigen, lügen, kooperieren und profitieren vom Krieg des faschistischen türkischen Besatzerstaats oder diesen unterstützen. Diese Trennlinie gilt es zu ziehen. Schaffen wir ein, zwei, drei, viele Afrins!“ 15.03: Farbe auf das Haus eines NATO. Lobbyisten in Frankfurt a. M. **16.03:** In Hamburg brennt eine Barri. Eine Haspa Filiale wird eingeschlagen und es werden Flyer hinterlassen mit dem Aufruf: „Freiheit für alle Gefangenen! Feuer den Knästen! Freiheit für Nero! Subversive Solidarität bedeutet Angriff!“ 16.03: Im Hambacher Forst werden fünf Jagdstände zerstört. **17.03:** Am Rande von Protesten gegen PEGIDA in München verlieren 10 Wannan ihre Seitenspiegel. **18.03:** Commerzbank in Berlin mit Hämmern und Farbe angegriffen. Fight4Afrin! 18.03: In Enschede brennen Kabelschächte entlang einer Bahnstrecke die evtl. auch von Rheinmetall genutzt wird. Als Beitrag zum Kampf der Gefährht*innen in Afrin. 18.03: Wieder Glasbruch bei

Commerzbank in Berlin. Fight4Afrin! **19.03:** Vor der Eröffnung einer Immobilienmesse in Wien, brennt ein Werbeauto einer Immobilienfirma vor der Tür aus. 19.03: In Ulm fliegt ein Mollie auf eine Ditib Moschee. Fight4Afrin! **20.03:** Autonome dringen in das sich Bau befindliche Polizeirevier in Wuppertal-Elberfeld ein. Sie verwüsten die Einrichtung und hinterlassen Bittersäure. Der Schaden beträgt 500.000 okken und ist als Vergeltung für die Schikanen der Wuppertaler Bullen gedacht. **21.03:** Zum kurdischen Neujahrsfest Newroz, brennt in Kassel das Auto eines türkischen Faschisten. 21.03: In Göttingen wurde ein AfD Landtagsabgeordneter verbodt. 21.03: In Wien wird ein Verein mit mußmaßlichen Kontakten zu den Grauen Wölfen angegriffen.“Wir beschädigten die Fenster und hinterließen den Schriftzug „AFRIN“. Unsere Motivation für den Angriff war nicht ihre Religion oder Herkunft, sondern unser Hass auf ihre faschistische Ideologie“ Fight4Afrin! 21.03: In Genua fackelt ein Funkmast komplett ab. **24.03:** Farbe und Steine gegen Zalando Standort in Berlin. „Doch unser Hass gegenüber Zalando hört nicht bei der Gentrifizierung auf. Dieses Unternehmen steht sinnbildlich für die Industrie 4.0. Die Smart-ifizierung des Lebens wird mit aller Macht voran getrieben. So dringt die Technologie in jeden Bereich unseres Lebens vor und vernetzt diese miteinander. Was vordergründig als pure Philantrophie verkauft wird, ist stumpfer Geschäftssinn.“ 24.03: Kabelbrand an der Zugstrecke nach Kandel um die Anreise der Nazis zu sabotieren. **26.03:** In einer Woche werden in Leipzig acht Filialen von Commerzbank, Allianz Versicherung und Deutsche Bank mit Farbe und Steinen angegriffen. „Wir beabsichtigen mit unseren Aktionen, den Konflikt zwischen dem türkischen Staat und der Revolution in Rojava nach Europa und Deutschland zu tragen und den Kampf für Freiheit auch hier auszufechten“ Fight4Afrin! 26.03: Die Vulkangruppe „NetzHerrschaftzerreißen“ bekennt sich zum Brandanschlag auf Kabelverbindungen unter einer Brücke in Berlin. 6500 Haushalte sind ohne Strom die Reparaturen werden vermutlich bis Ende des Jahres dauern. „Wir haben heute ein paar wichtige Netzwerkverbindungen gekappt und dadurch den Zugriff auf unser Leben unterbrochen – ein bescheidener Beitrag, einen Moment unkontrollierten Lebens zu schaffen.“ Der Sachschaden soll 2,5 Mio Euro betragen. **27.03:** In Leipzig werden Autos der LVZ-Post abgefackelt da die diese Fahndungsfotos nach einer Action gegen Ditib veröffentlichte. 27.03: Das Rachekommando „Barbara Kistler“ zündelt in Berlin vor einer Filiale der Istikbal Kette. Deren Mutterkonzern ist seit 2016 in türkischer Staatshand. Zwei Lkws und die Fassade müssen dran glauben. 27.03: Diplomatenkarre in Paris abgebrannt. „Gegen jede Herrschaft“. **28.03:** Die FAI-FRI Zelle „Circle of Asymetric Urban Warfare“ lässt einen Sprengsatz vor einem Gericht in Athen detonieren. 28.03: In Marburg wird ein Burschi Auto demoliert. **29.03:** Auto von türkischem Restaurant Kent in Wien entglast. Sie bewirteten bei Erdogan besuchen. **30.03:** Steine fliegen auf Wannan und Bullen in der Rigaerstr nach zwei Verhaftungen. **01.04:** In Leipzig wird noch eine Commerzbank gemasht. Fight4Afrin! **02.04:** In Leipzig brennen fünf Autos des Knastprofiteurs Dussmann in

Solidarität mit der Rigaer 94. „Gefängnisse sind verborgene Welten inmitten unserer Gesellschaft und zugleich ein fester Bestandteil von ihr. Dass diese Welten bestehen, dafür sorgen jeden Tag hunderte Mitarbeiter, unter ihnen auch Experten von Dussmann Service.“ **03.04.** In Halle a. S. Brennen vier Autos von Sodexo. Dieser internationale Konzern betreibt mehrere privatisierte Knäste und ist Verantwortlich für ein Gutscheinsystem für Geflüchtete. **03.04:** Schon wieder Glasbruch und Farbe für Commerzbank in Berlin. Fight4Afrin! **03.04:** In Hamburg brennt ein Porsche. **06.04:** In Wurzen werden zwei Restaurants von stadtbekanntem Rechten angegriffen und unzugänglich gemacht. **08.04:** Das Rachekommando „Sehid Legerin Ciya“ sorgt für Glasbruch bei einem ATIB Büro, einem türkischen Reisebüro und einem „faschistischen Dönerladen“ in Darmstadt. Fight4Afrin! **08.04:** In Wuppertal klirren die Scheiben bei CDU, SPD und FDP. „Geflüchtete werden interniert und ein Gesetz gegen Geflüchtete folgt dem Nächsten“ „Greift Rassismus und die Rassist_innen an wie und wo ihr könnt!“ **10.04:** Thyssen-Krupp Auto in Berlin abgefackelt. Fight4Afrin! **11.04:** Allianz Laden in Berlin eingehauen. Fight4Afrin! **11.04:** In Berlin wird eine Streife mit Steinen angegriffen. In Solidarität mit der Rigaer und der ZAD. **12.04:** Thyssen-Krupp Auto in Dresden verbrannt. Fight4Afrin! **12.04:** In Cunewalde wird ein Naziauto abgefackelt und ein Gaffiti hinterlassen: „Nazis jagen!“ **12.04:** Zwei Autos des Vonovia Immobilienkonzerns werden in Berlin angesteckt, als Mobi für die Mietenwahnsinn Demo. **13.04:** In Flörsheim a. M. Wird eine übelriechende Flüssigkeit in den Eingangsbereich eines AfD Parteitagsort eingeleitet. **14.04:** Steine und Büttersäure für NSBM Konzertlocation in Mühlacker. **14.04:** Das „Team Illegal“ sabotiert in Philadelphia, USA, ein Baufahrzeug in Solidarität mit Camp White Pine und der ZAD. **18.04:** Das Frauenrachekommando „Aryen Koçer“ entglast die Deutsche Bank in Dresden. Fight4Afrin! **19.04:** Farbe für Commerzbank in Göttingen. Fight4Afrin! **21.04:** Glasbruch bei AfD Bude in Falkensee. **22.04:** Zucker im Tank und Farbe für drei Baufahrzeuge der Firma PORR in Wien. PORR beteiligt sich weltweit an umweltzerstörenden Baustellen. „Solidarität mit den Kämpfen in der ZAD, Kopf hoch!“ **23.04:** Das Kommando „Sébastien Briat“ brennt in Berlin ein Auto des Vinci und eins des Spie Konzerns ab. Vinci sollte den Flughafen auf der ZAD bauen und Spie lieferte Absetzbagger für den Tagebau Hambach. **23.04:** Feuer in einem Siemens Bürogebäude und unter einem Firmenwagen in Leipzig. Siemens schloss trotz des Krieges in den kurdischen Gebieten milliardenschwere Verträge mit der Regierung. Fight4Afrin! **23.04:** Farbe und Steine auf Makler*innen Büro von Engel & Völkers in Wuppertal. **24.04:** Geldautomat und Scheiben bei Deutscher Bank in Hamburg eingehauen. **28.04:** Maisteine für Ditib Verein in Berlin. Fight4Afrin! **28.04:** Autonome Gruppen haben in Berlin Farbe und Scherben bei der Start up Factory, dem Google Campus und der GSG hinterlassen. „Anstatt endlich mit dem schönen Leben für alle anzufangen werden uns nutzloser Schrott und Lifestyle-Apps als Innovation verkauft.“ **30.04:** Gegen Verdrängung brennt eine Vonovia Karre in Leipzig. **30.04:** Bei München brennt eine Lok des Rüstungskonzerns Kraus-Maf-

fei-Wegmann. Auch in einem Kabelschacht an der Strecke wird Feuer gelegt **03.05:** In Leipzig wurde ein Fahrkartenautomat der DB abgefackelt. Die Aktion war ein kleiner Vorgeschmack auf das was kommen wird, wenn sie das Black Triangle räumen. Und für Öffis zahlen ist eh doof. **05.05:** Klirrende Scheiben bei der Bohnhoff GmbH aus Halstenbek. Das Unternehmen produziert Küchen für Kriegsschiffe, diese werden u.a. an die türkische Armee verkauft. „Kampf dem türkischen Faschismus und seinen Kollaborateuren!“ **08.05:** Farbe und Glasbruch bei Rheinmetall in Bremen. „Rheinmetall hat Waffen an die Türkei verkauft und unterstützt damit direkt den Krieg gegen die kurdische Bevölkerung“. Außerdem: „Mit dem Survivor R rüstet das Unternehmen die hiesigen Bullen unter anderem mit einem tonnen-schweren Panzer aus.“ **08.05:** Antifaschistischer Hausbesuch bei NPD-Nazi in Wetzlar: „Wir haben uns mittels Glasbruch Zugang zu seinem Schlaf- und Arbeitszimmer verschafft und dafür gesorgt, dass der Inhalt dieses Zimmers nun reif ist für den Sondermüll.“ **08.05:** Farbangriff auf ThyssenKrupp-Vorstand an der Uni in Halle unter anderem wegen U-bootlieferungen des Konzerns an die Türkei. **10.05:** Steine gegen Büros der CDU und der Allianz in Hamburg wegen ihrer Unterstützung des Kriegs der Türkei gegen Afrin: „Wir werden den Krieg gegen Afrin/Rojava nicht als Normalität annehmen!“ **10.05:** Die gesamte Glasfront der Wuppertaler Filiale des Premium-Maklerunternehmens „Von Poll“ in der Friedrich-Ebert-Straße im „angesagten“ Luisenviertel wurde entglast. „Wir brauchen keine Luxuswohnungen, sondern Wohnraum für Alle!“ #Autonomer1Mai ? Was sonst! **14.05:** Antimilitarist*innen haben in Stuttgart das Bundeswehrkarrierecenter mit Farbe markiert. „Krieg beginnt hier – Widerstand auch.“ **15.05:** In Leipzig wurden zwei Baufahrzeuge abgefackelt: Die Maschinen standen im Innenhof des Gerichts, in dem für die Staatsanwaltschaft ein Neubau errichtet wird, sowie auf einer Baustelle außerhalb des Justizgebäudes. **16.05:** In Salzgitter wurden in Solidarität mit den Kämpfen in Afrin 6 nagelneue LKW auf dem Fabrikgelände von MAN abgefackelt. „MAN beteiligt sich an Rüstungsproduktion zB zusammen mit Rheinmetall!“ **17.05:** Farbe gegen das französische Konsulat in München in Solidarität mit dem Widerstand gegen die Räumung der ZAD (zone a defendre) bei Notre-Dames-des Landes. **17.05:** In Lüchow-Danenberg ist wieder eine komplette KIK Filiale ausgebrannt. Der Sachschaden beläuft sich wohl auf 500.000 Euro. **17.05:** In Leipzig wird der Dachstuhl eines Neubaus wegen der Gentrifiding im Kiez angezündet. **21.05:** In Kiev wird der Lexus des Abgeordneten der Europa Partei Sergei Grachev abgefackelt. **21.05:** AfD Büro in Salzwedel verliert seine Scheiben. **22.05:** In Berlin wird anlässlich der AfD-Demo ein Büro entglast. **24.05:** Firma von AfD Heini in Berlin angegriffen. **24.05:** Und wieder viel Farbe auf die Bibliothek des Konservatismus. **24.05:** Mollies auf Fahrzeuge der Stadtwerke München. **25.05:** In Berlin brennt ein Maserati. **25.05:** Steine Fliegen durch die Scheiben eines SPD Büros in München. **27.05:** Ein Bus voll mit AfDlern auf dem Weg zur Demo nach Berlin wurde in Leipzig mit Steinen attackiert und gestoppt. **29.05:** Steine und Farbe auf das Bundesinnenministerium.



autonomes **Blättchen**

Liebe Gefährt_innen, werte Genoss_innen, unverzichtbare Läden,

das **Autonome Blättchen** braucht eure Kohle! Ne, im Ernst, uns fehlt ganz schön viel und notorisch Geld, um das Heft kostenfrei zur Verfügung stellen und verschicken zu können. Wir wollen aber daran unbedingt festhalten, das kostenlos zu lassen.

Die Jahresgesamtkosten für Druck und Verschickung belaufen sich auf etwa **10.000 Euro**. Heißt, wenn wir ca. 1 Euro pro Heft bekommen würden, wären diese Kosten gedeckt. Überlegt doch mal, ob ihr uns ein bißchen regelmäßiger Geld schicken könnt, ne Spendendose neben das Blättchen stellt oder Partys macht und uns nen Teil vom Erlös zukommen lasst.

Und wenn wir schon dabei sind, euch zu schreiben: Das mit der Verschickung klappt so lala. Oft kommen Sachen zurück, ist dann doppelt teuer. Checkt doch mal eure Briefkästen. Sind die groß genug für ein Päckchen mit so vielen Zeitungen, wie ihr sie bekommt?

Beste Grüße,
euer Blättchen



Geldspende gut verpackt an: Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

DashCam-Aufnahmen dürfen bei Unfall-Prozessen genutzt werden, auch wenn sie gegen Datenschutzbestimmungen verstoßen. Das hat der Bundesgerichtshof am 15. Mai 2018 entschieden. Erste Autoversicherer raten nun zur Nutzung solcher Kameras. Damit ist klar, dass die Polizei in Zukunft immer häufiger DashCams fahrender und parkender Fahrzeuge auswerten wird. Denn selbst wenn sich zukünftig das empfohlene „Löschen“ der Daten im Normalbetrieb (ohne Unfall) bei den Herstellern durchsetzen sollte, ist es kein Problem, den internen Flash-externe Speicher bzw. die SD-Karte



nach- auszulesen. massiv erweiterte öffentlichen Raumes möglich – auch nachts, da DashCams in der Dunkelheit hinreichend gute Infrarot-Bilder aufzeichnen. Für Aktivisten kann das nur heißen, das Anbringen von DashCams „äußerst unattraktiv“ zu machen. Aufkleber an der betreffenden Stelle der Windschutzscheibe, die der Kamera die Sicht nehmen, sind nur eine von vielen Möglichkeiten, die kleinen Kameras öffentlichkeitswirksam anzugehen.

träglich Damit ist eine Video-Aufzeichnung des